alaska

leben und sterben

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

Leben und sterben lassen

„Nennen wir's Krieg"

TARGET

Zeitschrift für Internationalismus
Heft 225 · Mai 1999
DM 8,-



Nennen wir es mal "lieber Durito"!

Sie mag dich erstaunen, mein teurer lakandonischer Freund, diese Anrede, aber das ist jetzt Mode. Genaugenommen, ist es ein Zwang, mit dem man nicht mehr aufhören kann,

editorial:

wenn man einmal damit angefangen hat. Die Leute stehen beim Bäcker und sagen "Geben Sie mir doch drei von diesen, nennen wir es mal, Brötchen". Die One-Night-Stands verabschieden sich voneinander mit einem knappen "War ganz nett, dieser, nennen wir es mal, Sex mit dir."
Erfunden hat das Rudolf Scharping. Nach über zwanzig Kriegstagen mit schätzungsweise hunderten, nennen wir es mal, Toten wurde Scharping im Fernsehen zu den rauchenden Überresten eines versehentlich bombardierten Flüchtlingskonvois befragt. Üblicherweise heißt so etwas "Kollateralschäden", die bei der "militärischen Aktion" irgendwie durch einen bösen Trick des Gegners "aufgetreten" sind. Scharping sagte jedoch überraschenderweise: "In diesem, nennen wir es mal Krieg, gibt es auch Schäden, die sich beim besten Willen nicht vermeiden lassen."
Das, Durito, ist der neue, unverkrampfte Geist der Berliner Republik. Sicher, Tote sind es nicht, es sind "Schäden", und wir führen keinen Krieg, sondern eine "Mission", aber: nennen wir es doch mal Krieg. Probieren wir doch mal, wie sich das anfühlt. Soviel Lässigkeit können wir uns doch gönnen, 60 Jahre nach dem letzten Angriffskrieg. In einer Atmosphäre der Verdummung und des Betrugs teilen wir gönnerhaft die Wahrheit in kleinen jovialen Häppchen aus. Die Wirklichkeit als postmodernes Zitat. So sicher fühlen sie sich. Es ist zum Heulen.

Mit wütenden und frustrierten, nennen wir es mal, Grüßen

deine alaska



inhalt:

DEBATTE

THEMEN



Der Tod ist immer noch ein Meister aus Deutschland

by Kai Kaschinski

*Kurzfristig hat die Redaktion der **alaska** beschlossen, den für die Nummer 225 geplanten Heftschwerpunkt zum Thema Rassismus zu verschieben. Aufgrund des Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und der Militarisierung der deutschen Politik mit allen ihren Konsequenzen haben wir stattdessen ein Sonderheft mit Diskussionsbeiträgen zum und vor allem gegen den Krieg zusammengestellt. Die hier folgenden Beispiele sind erste Reaktionen und Beiträge, die weniger auf eine genaue Beschreibung des Kriegsverlaufs an sich abzielen, als vielmehr auf eine Debatte um eine politische Analyse des Krieges und eine Positionsbestimmung der Linken.*

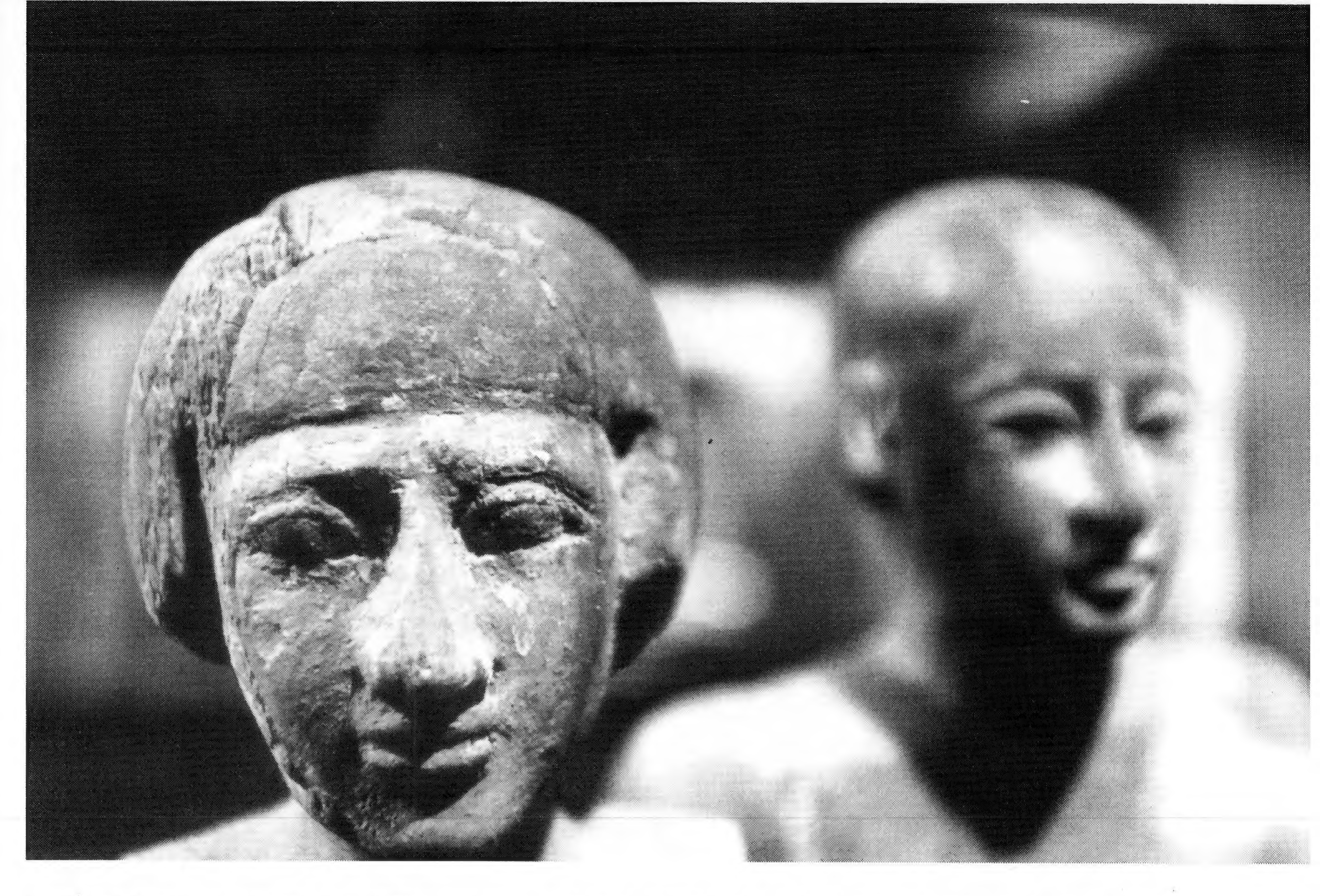
Erster Teil: Im schönen grünen Westerwald

Deutsche Soldaten dürfen wieder international und ohne Einschränkung ihr völkisches Liedgut zum Besten geben. Ohne grösseren Widerstand hat die rotgrüne Bundesregierung die BRD in einen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien geführt. Es ist nicht der erste Krieg dieser Art, an dem die BRD beteiligt ist, aber es ist der erste, an dem deutsche Soldaten auch auf allen militärischen Ebenen direkt eingreifen. Und es ist der erste deutsche Krieg seit zweitem Weltkrieg und Nationalsozialismus, der als solcher in der Öffenlichkeit wahrgenommen wird.

Hiermit wird eine Entwicklung abgeschlossen, die Konrad Adenauer noch vor Gründung der BRD 1949 eingeleitet hatte. Mit Hilfe von Offizieren der nationalsozialistischen Wehrmacht sollte damals sobald als möglich eine neue Armee aufgebaut werden. Ein Prozess, der schliesslich Mitte der 50er Jahre mit Unterstützung der westlichen Kriegsalliierten mit der Gründung der Bundeswehr und deren Eingliederung in die NATO seinen ersten Etappenpunkt erreichte. Für die Eliten der BRD verband sich mit der Remilitarisierung die Erlangung voller staatlicher Souveränität und damit wiederum eine Ausweitung der deutschen Interventionsmöglichkeiten nicht nur in Hinblick auf militärische Optionen. Eine politische Perspektive, die in letzter Konsequenz erst ab 1989 umsetzbar geworden ist. Mit der Auflösung der Ost-West-Konfrontation, der Rekolonisierung der DDR und einer schon in den 80er Jahren betriebenen militärpolitischen Stärkung Europas, wurde es für die BRD schliesslich möglich, ihre erlangte staatliche Souveränität auch auf militärischer Ebene umzusetzen. Dies schlug sich in diversen Militärplanungen nieder. In der Bundeswehr wurde ein Umstrukturierungsprozess begonnen, der mit der Aufstellung von sogenannten Krisenreaktionsstreitkräften und Speziellen Einsatzkommandos, wie der dazugehörigen Logistik und Ausrüstung, von Anfang an eindeutig auf militärische Einsätze jenseits der Landesverteidigung und des NATO-Gebietes hingewiesen hat. Deutlich geworden ist dies auch an den juristischen Streitigkeiten um die Interpretation des Grundgesetzes in Hinblick auf Auslandseinsätze der Bundeswehr und die sogenannten friedensschaffenden bzw. -erhaltenen Massnahmen im Rahmen supranationaler Institutionen wie der UN in Somalia oder Kambodscha. Debatten, die offensichtlich der Akzeptanzschaffung weitergehender Militäreinsätze dienen sollten, eine Absicht, die Ex-Verteidigungsminister Rühe auch durchaus freimütig eingestanden hat.

Die BRD schafft sich mit diesem, immer noch andauernden und auch von der rotgrünen Bundesregierung fortgesetzten Prozess militärische Handlungsmöglichkeiten, die mit denen der Grossmächte Frankreich und Grossbritannien vergleichbar sind. Dies sind Optionen, die nicht dazu befähigen, eigenständig Interventionen vorzunehmen wie es die USA in Panama, Grenada oder Vietnam getan haben. Anders als während des Golfkriegs und in den bisherigen Strukturen militärischer Konflikte verwandelt sich die BRD aber zu einem neu zu bewertenden militärischen Globalplayer, der seine politischen Forderungen mit anderem Nachdruck vertreten wird. Die BRD ist nicht mehr nur Geldgeberin oder logistische Basis für globale Interventionstruppen mit Stützpunkten, wie sie in Spangdahlem oder Ramstein aufgebaut und in Verträgen wie dem "Wartime Hostnation Support"Anfang der 80er Jahre abgesichert wurden.

Der Einsatz deutscher Truppen vollzieht aber nicht nur die Staatswerdung der BRD in letzter Instanz, er spiegelt auch die Formierung des europäischen Teils der Metropolen und deren militärische Seite wider. Der zunehmende Ausbau der WEU und multilateraler, europäischer Einheiten

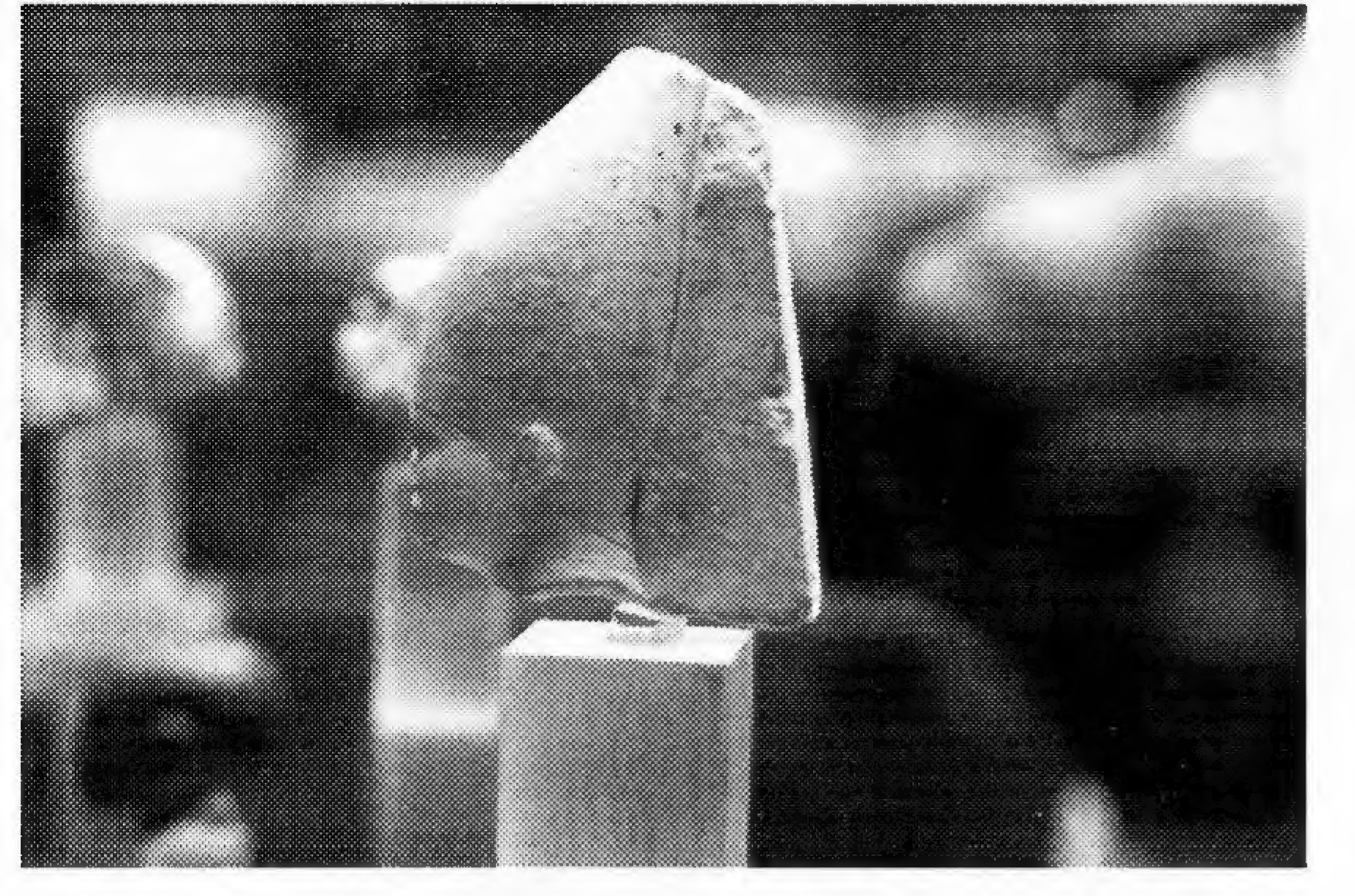


hat dies seit längerem gezeigt. Die darin sichtbar werdende Konkurrenz zwischen den Machtblöcken USA/Canada und EU stellt die Existenz der NATO bisher allerdings nicht in Frage. Wie die BRD als Einzelstaat so ist auch die EU bisher nicht zu grösseren Interventionen ohne oder gar gegen die Interessen der USA fähig. Die Dominanz der Weltmacht Nr.1 ist in diesem Punkt relativ ungebrochen und die innerimperialistischen Konflikte für die aktuellen Entwicklungen des Krieges lediglich zweitrangig. So ist denn das Hauptmotiv des Krieges weder, wie es in neofaschistischen Kreisen diskutiert wird, das Interesse der USA islamische Staaten in Europa zu implementieren, um die EU zu schwächen, noch sind es allein die Mitteleuropa-Konzeptionen Deutschlands, die die NATO in den Krieg führen. Die letzte These vertreten unter anderem gerne Antinationale, die eine kritische Analyse des US-Imperialismus immer häufiger mit Antiamerikanismus verwechseln, welchem sie meinen entgegentreten zu müssen. Sicher gibt es insbesondere in rechten, aber auch in linken Teilen der antimilitaristischen Bewegung Antiamerikanismus, aber ist dieser augenblicklich politisch doch relativ irrelevant. Hervorgehoben werden muss vielmehr, dass in erster Linie an einem gemeinsamen imperialistischen Strang gezogen wird, wenn vielleicht auch nicht immer in dieselbe Richtung. Richtig ist es dabei zu betonen, dass es sich sicherlich nicht mehr um den klassischen US-Coca-Cola-Imperialismus handelt. Die Mischung mit der europäischen Sprudel hat aus der Cola schon seit längerem einen Spezi gemacht.

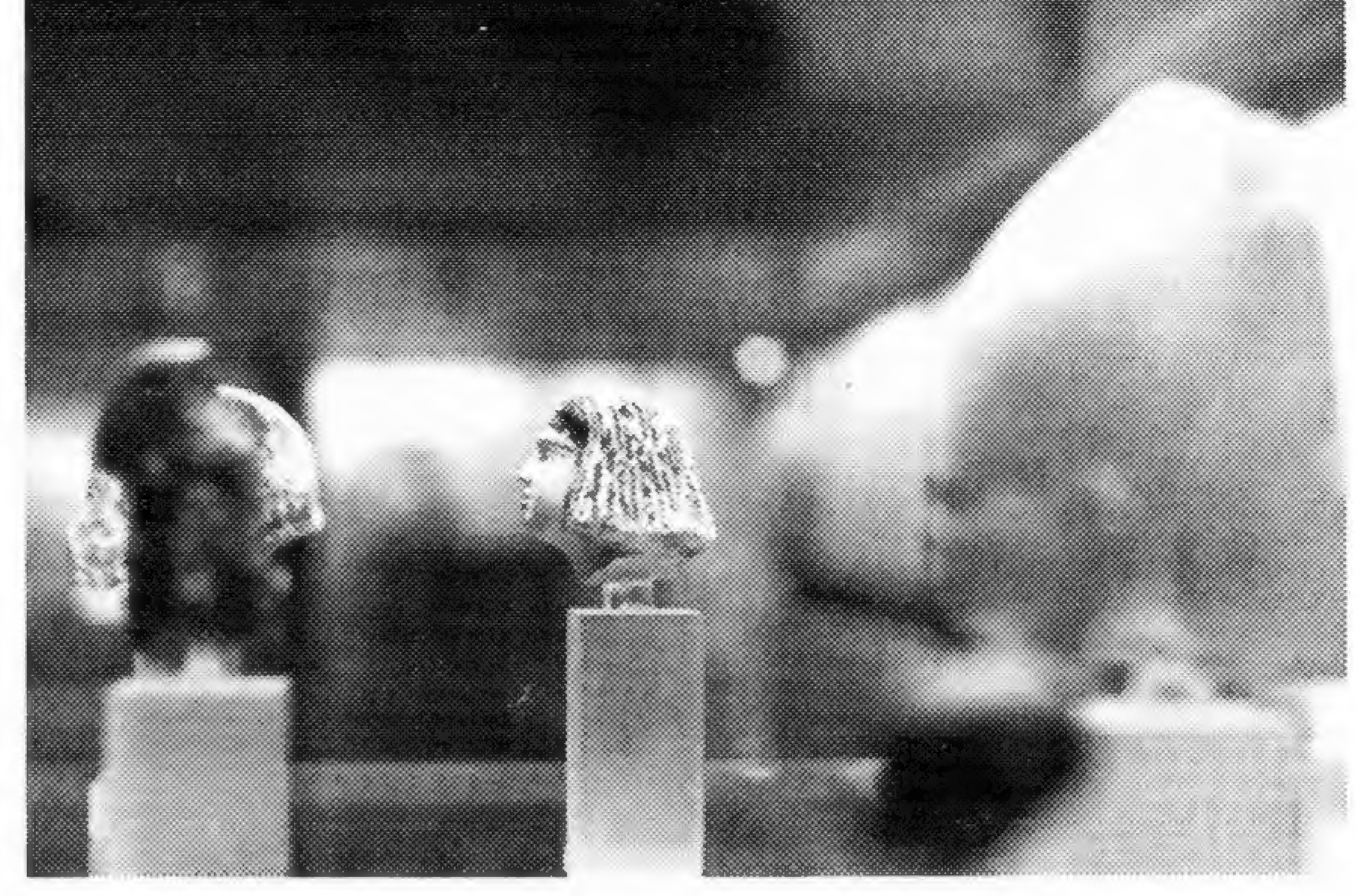
Zweiter Teil: Der Spezi-Imperialismus

Politisch von ebenso zentraler Bedeutung wie die Militarisierung deutscher Politik muss für die Linke der neoimperialistische Charakter dieses Krieges sein, in dem Europa nach 1945 zum ersten Mal wieder zum Schauplatz offener militärischer Kämpfe wird. Dass die NATO dabei als Kriegsherrin fungiert und es nicht einmal für notwendig erachtet wird ein UN-Mandat einzuholen, zeigt, wie unverblümt mit diesem Konflikt die Festschreibung der Neuen Weltordnung, die mit dem Golfkrieg ihren ersten Höhepunkt erlebte, fortgesetzt wird. So wird die Beliebigkeit deutlich, mit der das Argument von der Zivilisierung der internationalen Politik durch die Stärkung der UN gebraucht wird. Der Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts ist nicht mehr als ein Legitimationsmuster, das in geeigneten Momenten herangezogen wird. Dies zeigt nicht nur dieser Konflikt, sondern die gesamte Geschichte und Alltagspraxis der UN-Politik der Metropolen, in der ständig Beschlüsse der Vollversammlung missachtet, Völkerrecht gebrochen und Vetos gegen missliebige Anträge eingelegt werden. Ein in den 80ern und Anfang der 90er in der Internationalismus-Bewegung bekanntes und sehr markantes Beispiel dafür war die US-Politik gegen die antiimperialistischen Kräfte in Nicaragua.

In den letzten Jahren wurden verschiedene neue Feindbilder geschaffen bzw. alte neubelebt, die das Feindbild "Kommunismus" ersetzen mussten. So tauchten an allen Ecken und Enden Probleme von Weltmasstab auf, seien es der angeblich menschenverachtende Islam, der internationale Terrorismus oder die "Reinkarnationen Hitlers" in Form von Saddam Hussein oder Milosevic. Hiermit ging zudem eine weitgehende Neuformulierung oder besser Ergänzung der sogenannten Bedrohungsszenarien einher. Ökologische Katastrophen, Bevölkerungsexplosionen und bedrohte Handelswege rundeten die militärischen Strategiepapiere ab. Dies ist insgesamt nichts anderes als ein Ausdruck der Versuche der NATO-Staaten ihre Interventionsstrategien und deren Legitimation den neuen weltpolitischen Gegebenheiten anzupassen. In dieser Hinsicht war das eigentlich Neue vor allem die Grösse und Offenheit der militärischen Aktionen in den 90ern, nachdem nach dem Vietnam-Krieg vornehmlich die Strategie der sogenannten "Kriege niedriger Intensität" die Militärstrategien gegen den Trikont prägte.Mit dem weitgehenden Wegfall der Sowjetunion als weltpolitischem Gegenspieler konnten die Metropolen ihre Machträume jedoch ungehinderter erweitern. Die Weltkugel und gerade auch Europa wird machtpolitisch umgestaltet und in immer ausdifferenziertere Integrations-, Kontroll- und Ausgrenzungssektoren unterteilt. Die Unterwerfung Jugoslawiens unter die Neue Weltordnung beseitigt jetzt eines der letzten Hindernisse für die imperialistische Machtausdehnung innerhalb Europas.. Die Bundesrepublik Jugoslawien vertrat nach dem Zweiten Weltkrieg in den internationalen Debatten lange Zeit die Utopie eines Dritten Weges jenseits der Systemkonfrontation und war damit ein Sprachrohr der Blockfreien Bewegung. Zudem stand der jugoslawische Staat, der sich als einziger ohne Hilfe der Alliierten von der nationalsozialistischen Terrorbesatzung befreien konnte, für politische Stabilität im Balkan. Die Ethnisierung und damit Zerstörung der sozialen Strukturen Jugoslawiens, wie sie durch die deutsche Anerkennungspolitik gegenüber



Warum also denken tatsächlich Leute, dass ein Militärbündnis, das selbst ständig das Völkerrecht bricht, das sich der gleichen Mittel "ethnischer Säuberung" und innerer Kriegsführung bedient wie die serbische Regie-





rung und ebenso auf seine staatliche Souveränität pocht sowie nie mit humanitären, sondern immer zuerst mit interessensgerichtetem Masstab misst, trotzdem so etwas wie einen gerechten Krieg führen kann?

Kroatien und Slowien vorangetrieben wurde, und die rassistischen Politiken, die sich in Jugoslawien entwickelten, waren in diesem Zusammenhang schlichtweg einkalkuliert. Hiermit verhält es sich nicht anders als im Sudan, Angola oder Afghanistan, wo die Ethnisierung von Konflikten ebenfalls dazu genutzt wird, um die Machtpolitik der entsprechenden Metropolen durchzusetzen.

Dritter Teil: Die zunehmend bekanntere Avocado-Politik

Die vorangegangenen Feststellungen sollen keine rassistischen Massaker in Jugoslawien verharmlosen oder Kriege, wie den des Irak 1990 gegen Kuwait rechtfertigen. Was sie sollen, ist, der Debatte um die deutsche Kriegsbeteiligung einen, die politischen Interessen und den historischen Ort benennenden Standpunkt geben.

Bisher fehlt ein solcher Standpunkt den meisten Kommentaren, bis hinein in eine zum Teil verunsicherte Linke. Die quasi gleichgeschaltete nationalistische Presse zeichnet das Bild eines gerechten Krieges. Flüchtlinge werden gezeigt, nicht zu verschweigende Fehler wie die Bombardierung der chinesischen Botschaft werden bedauert, aus Milosevic, dem Diktator, wird eine Art Unmensch. Mit dieser modernen Form der Kriegspropaganda wird die Debatte um die deutsche Kriegsbeteiligung auf ein scheinbar moralisches Problem zugespitzt, das sich auf 'Bomben auf Belgrad oder Völkermord an den AlbanerInnen im Kosovo' zusammenfassen lässt. Eine Antikriegsposition wird moralisch angeblich genauso verwerflich wie eine Kriegsbejahung zur moralischen Notwendigkeit stilisiert wird. Eine Taktik, die trotz der immensen Ähnlichkeiten dieses Krieges mit der Konstellation während des Golfkriegs wesentlich mehr Leute zumindest zu verunsichern scheint und von der Strasse fernhält als dies 1991 der Fall war.

Ganz wesentlich ist für diese Situatuion die Neue Mitte verantwortlich, die es an einer ganzen Reihe von Punkten geschafft hat, ihre soziale Basis und die Öffentlichkeit mit verschiedenen, an emanzipatorische Diskussionen anschliessende Argumentationsmuster, wie das von der Verteidigung der Menschenrechte und der Zivilisierung internationaler Politik durch die UN, in das Staats- und Kriegsgefüge einzubinden. Hieraus speist sich eine nationale Mobilisierung für den Krieg, die die Konservativen, obwohl sie sich ähnlicher oder gleicher Argumentationen angenommen haben, nie hätten erreichen können. Den Spagat zwischen Rechts und Mitte schafft an diesem Punkt am besten Rotgrün - aussen weich und olivgrün und innen hart und sagen wir rotbräunlich in Hinblick auf die revisionistische Orientierung ihrer Argumente und deren Parallelen zu neurechten Ansätzen.

Am deutlichsten wird der Impetus dieser Regierungspolitik bei den Grünen. Die heute regierenden grünen Realos haben schon seit den 80ern zunehmend versucht, den in der Partei verbreiteten Pazifismus zurückzudrängen. Den Realos war klar, dass eine Anti-NATO-Haltung der grünen Partei extrem regierungshinderlich wäre. Als zentrales Argument wurde deshalb ein moralisch ebenso weitreichendes eingeführt, wie das der Gewaltfreiheit, nämlich die 'Lehren aus dem Faschismus'. Bereits während des Golfkrieges wurde der Einsatz gegen den Irak wie heute der Krieg gegen Jugoslawien von Grünen mit dem Kampf gegen den Faschismus verglichen. Eine politische Ausrichtung, die in der Konsequenz den Geschichtsrevisionismus und die Relativierung des Holocaust mit einer neoimperialistischen Politik mit humanitärem Tarnanstrich verband. Diese Art der historischen Entsorgung leistet jedoch nicht nur für die Grünen eine relevante Verdrängungsfunktion, sondern ist durchaus auch gesamtgesellschaftlich von Bedeutung. Gerade für einen deutschen Militäreinsatz gegen Jugoslawien und die serbische Bevölkerung, die unter dem nationalsozialistischen Krieg und Besatzungsterror stark zu leiden hatte, gilt es die Geschichte des Nationalsozialismus und den Vorsatz des Grundgesetzes, dass vom Territorium der BRD nie wieder Krieg ausgehen soll zu verdrängen. So kann es nicht verwundern, dass die getötete serbische Bevölkerung auch in der grünen Kriegslogik zu notwenigen Opfern eines unumgänglichen Kreuzzugs verkommt und die deutschen Grenzen für die Flüchtlinge des Kosovo, zu deren angeblicher Rettung dieser Krieg geführt wird, im wesentlichen verschlossen bleiben.

Mit diesem Krieg muss für die Linke eine Illusion der 90er zuende gehen. An ihrer Orientierungslosigkeit zeigt sich überdeutlich, dass internationalistische und antimilitaristische Positionen innerhalb der Linken zu sehr an Bedeutung verloren haben und der neoimperialistischen Entwicklung der Neuen Weltordnung zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Aus der durchaus richtigen Analyse struktureller Fehler der internationalistischen Arbeit und des zunehmenden Nationalismus in der BRD, gerade nach 1989, abzuleiten, internationalistische Politik gänzlich negieren oder vernachlässigen zu können hat sich als falsch erwiesen.



Zur VERUNSICHERUNG DER RADIKALEN Linken

by Materialien für einen neuen Antiimperialismus

In den ersten Kriegstagen gab es auch innerhalb der radikalen Linken einiges an Verunsicherung, was die Haltung gegenüber dem Krieg in Kosovo anbelangt. Allerdings war schnell klar, daß wir uns solche Verunsicherung nicht sehr lange leisten könnten. Die Ereignisse haben sich zugespitzt und könnten sich in noch viel dramatischerer Weise zuspitzen, und auf einen umfangreichen und lange anhaltenden Kriegszustand hinauslaufen. Wer darunter zuallererst und am allermeisten zu leiden hat und haben wird, dürfte klar sein. Die Bevölkerung in Serbien, im Kosovo, in Mazedonien, Albanien, Bosnien usw.
Aber auch, wenn es zu einem schnellen Ende der Kriegshandlungen gekommen wäre, (was von Anfang an unwahrscheinlich war) könnten wir uns nicht beruhigt zurücklehnen und durch unser Nichtverhalten, den Kriegseinsatz der BRD und Nato rechtfertigen, die angeblich, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, den Krieg führt(e).

Die durch den erstmaligen Kriegseinsatz der Bundeswehr hervorgerufenen Veränderungen innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft, werden gravierend sein, sie werden nicht einfach wieder rückgängig zu machen sein, und sie werden die Spielräume politischer und sozialer Auseinandersetzungen weiter einschränken. Das ist zumindest eine sich aufdrängende Befürchtung, schaut man sich den Verlauf der Auseinandersetzungen der letzten Wochen an. Bis tief in die vierte Kriegswoche hinein, ist es außer bei den Ostermärschen, zu keinerlei größeren Demonstrationen gegen den Krieg gekommen. Von einer radikalen Linken ist bislang kaum etwas zu hören. Einige waren zumindest in den ersten Kriegstagen verunsichert, ob den Vertreibungen damit nicht doch ein Ende gesetzt werden könnte. Zudem will man nicht als Fürsprecher eines serbischen Nationalismus mißverstanden werden. Andere versuchen das Thema Nationalismus möglichst außen vor zu lassen, weil sie darin eine Schwächung der Proteste gegen den Nato Einsatz sehen (wodurch sich die erst genannten bestätigt fühlen könnten) und offenbaren damit das Dilemma einer Linken deren Verhältnis zu nationalistischen (Befreiungs) -bewegungen noch immer von deren Beziehungen zur ehemaligen SU, bzw. einer marxistisch- leninistischen Rhetorik abhängt.
Auch wenn sich in den bürgerlichen Medien die uneingeschränkte Zustimmung zum Vorgehen der Nato relativiert hat, gibt es kaum ernsthafte Zweifel und eine dem entsprechende Berichterstattung zur Notwendigkeit der Nato- Angriffe. Einzig dann, wenn Flüchtlingszüge unmittelbar durch Nato- Bomben getroffen werden, wächst der Rechtfertigungsdruck. Ansonsten floriert das Geschäft mit der Instrumentalisierung der Flüchtlinge. Wer behauptet, die Nato-Bomben hätten das Ausmaß der Flüchtlingsströme erst hervorgerufen, der "verrät" zwar hie und da "das Vaterland", eine besondere vaterländische Mobilisierung für den Krieg ist trotzdem nicht zu erkennen. Die Akzeptanz für den deutschen Kriegseinsatz wird ja gerade dadurch geschaffen, daß er so zerknirscht, innerlich zerrissen und von Seelenplagen gepeinigt daher kommt (wenn auch der Tonfall von Schröder und Fischer sich da schon verändert hat, und Schröder an Ostern an die deutschen Soldaten denkt, "die von Italien aus ihre Pflicht erfüllen" ARD - Interview).
Der hochgelobte, von Fischer eingebrachte, "deutsche Friedensplan", dient einerseits dazu, die Gefahr einer weiteren Destabilisierung Russlands und eines dadurch wahrscheinlicher werdenden russischen Kriegseintritts, entgegen zu wirken, und andererseits sich innenpolitisch den Rücken frei zu halten. Militärisch wird dennoch der Einsatz von Bodentruppen vorbereitet. Politisch- propagandistisch changiert man zwischen Ablehnung und Verständnis für die Nöte beschränkter Kriegsführungsmöglichkeiten. Die TAZ hat ihn schon mehrmals offen gefordert ("Der Plan, den Krieg in der südserbischen Provinz durch gezielte Schläge aus der Luft zu beenden, ist gescheitert. Und damit steht - ob man das gut findet oder nicht - der Einsatz von Bodentruppen auf der Tagesordnung. Mit allen Risiken für den Weltfrieden". R. Rossig TAZ v. 14.4.99). Die Schaffung eines Flüchtlingskorridors könnte der Türöffner, der Granatenbeschuß auf die UCK- Stellungen in Albanien durch die serbische Armee (oder ähnliches) könnte der Anlaß sein. Sicherlich gibt es hier Widersprüche innerhalb der "Allianz". Albright hat mittlerweile angemahnt, daß, wer wie Deutschland den Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre entscheidend forciert hat, heute nicht vor einer umfassenden militärischen Intervention zurück schrecken darf, was sie den Deutschen damals schon gesagt hätte (laut eines Korrespondentenberichts aus Washington).
Als hegemonial angelegtes Projekt militärischer Einhegung sozialer Kämpfe, emanzipiert sich die Nato (neue Nato- Strategie) von bisherigen, durch UN, Völker- und

Kriegsrecht festgelegten (wie auch immer unzureichenden) Restriktionen. Die BRD emanzipiert sich im Prozeß der sogenannten Normalisierung von den so empfundenen "Altlasten" deutscher Geschichte, um sich in Zukunft auch unmittelbar kriegsmäßig am hegemonialen Zugriff auf die Verwertungsbedingungen ("Einflußsphären") beteiligen zu können. Gegenüber Rußland dokumentiert die Nato ihre Bereitschaft, selbst unter dem Risiko eines russischen Kriegseintritts, als Ordnungsfaktor im Balkan einzugreifen. Darin steckt der Hinweis, dies gegebenenfalls in den südlichen GUS Staaten oder im Kaukasus ebenfalls zu tun, sollte das russische Regime und die instabilen ehemaligen Sowjetrepubliken nicht endlich die IWF und anderen Kredite dazu nutzen, den Modernisierungsangriff gegen die zählebigen Hemmnisse einer verschärften Verwertungsordnug effektiv ein zusetzen.
Im Zusammenhang der "geostrategischen Absicherung ihrer Interessen" steht beispielsweise auch der anvisierte sog. "eurasische Korridor" (Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia, Traceca-Programm der EU, der Bau von Häfen, Straßen, Eisenbahnlinien, Pipelines, Schaffung eines Luftkorridors). "Man spricht bereits von einer neuen Runde des "Großen Spiels", um die Anziehungskraft deutlich zu machen, die dieses Gebiet (Zentralasien, das Kaspische Meer, der Kaukasus), das lange Zeit als exklusiv russische Einflußsphäre galt, auf die multinationalen Konzerne bzw. die westlichen Staaten ausübt". Le Monde diplomatique v. 12.6.98)
Mit dem Krieg in Kosovo setzt die Nato auch ein Zeichen dafür, wie sie zukünftig in Krisenregionen gegebenenfalls vorzugehen gedenkt.

Woher kommt die Verunsicherung?

Es handelt sich in Serbien um ein autoritär totalitäres Regime, das Oppositionsbewegungen rigide unterdrückt, nationalistisch und chauvinistisch agiert, eine ethnisierende Politik bis hin zu Massaker und Vertreibung betreibt. Diese Charakterisierung ist zutreffend und deshalb darf der Protest gegen den Krieg, nicht als Zustimmung für das diktatorische serbische Regime umdeutbar sein.
Der Kosovo war eine Region Jugoslawiens, der seit 1945 vom Zentralstaat, aus unterschiedlichen Gründen mal mehr, mal weniger Autonomie zugestanden wurde und gegen die sich, mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise in Jugoslawien Anfang der 80er Jahre, der serbische Nationalismus massiv richtete. Gleichzeitig tauchten in Zusammenhang mit sozialen Kämpfen in Kosovo ebenfalls albanisch-nationalistische Parolen auf: wie "Kosovo den Kosovaren"
Die Ethnisierung des Sozialen hat in Ex-Jugoslawien mit Hilfe der sog. Ethnischen Säuberungen, und in den Strategien ihrer Ermöglichung eine neue Dimension erreicht. Insbesondere die BRD hat durch ihre (nicht nur) Anerkennungspolitik, gegenüber Kroatien, Slowenien und Bosnien einen erheblichen Anteil am Funktionieren dieser ethnisierenden, und nationalisierenden Gewalt.
Der Prozeß dieser kriegsmäßigen Ethnisierung erleichtert die Durchsetzung patriarchaler Ansprüche in neuen Formen, er unterminiert die Stellung und Stärke der Frauen, die sie in den ehemaligen (ebenfalls patriarchalischen) Reproduktionszusammenhängen noch hatten.
Eine der wenigen, wenn nicht die einzige Möglichkeit, sich diesem Mechanismus der Ethnisierung, durch geplante und gezielte Massaker an hierüber serbisierten, kroatisierten, usw. Bevölkerungsteilen und den Kriegsauseinandersetzungen zu entziehen, war damals wie heute die Flucht. Damals wie heute erschweren und behindern aber die selbsternannten Verhinderer einer humanitären Katastrophe genauso gezielt und bewußt, eben diese Fluchtmöglichkeiten. Deserteure der jugoslawischen Armee wurden abgeschoben, die Grenzen wie wir alle wissen zu kaum mehr zu überwindenden Hindernissen ausgebaut, das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft.

Wie kommen Linke zu der Ansicht der Nato, den USA und der EU ginge es um die Verhinderung einer humanitären Katastrophe?

Auch wenn die Verantwortung für die derzeitige Vertreibung und die Massaker im Kosovo, beim serbischen Regime liegt, so war den Kriegsstrategen der Nato ebenfalls klar, daß ein totalitäres Regime, daß auf ethnische Säuberungen setzt, kaum eine bessere Gelegenheit haben wird diese durchzusetzen und vor der "eigenen" Bevölkerung zu legitimieren, als im Falle eines gegen ihn geführten (nicht erklärten) Krieges.
"Jeder kennt die Begrenzung dessen, was man mit Luftangriffen allein machen kann", so ein namentlich nicht genannter Nato-Stratege in der FR. v. 3.4.98. Je mehr über das Abkommen von Rambouillet an die Öffentlichkeit gelangte, um so deutlicher wurde, daß die Nato den Krieg wollte. Sie hatte die Verhandlungsführung darauf angelegt, ihn als unausweichlich erscheinen zu lassen. Denn nirgendwo auf der Welt gibt es ein Regime, ob im demokratischen oder totalitär-autokratischen Gewand, daß seine Souveränität freiwillig abtritt. Und es war den erfahrenen Kriegsstrategen klar, daß das serbische Regime im Schatten der Luftangriffe seine Vertreibungspolitik intensivieren würde. Sie wußten, daß Luftangriffe im Zusammenhang des Kosovo-Konflikts, anders als im Zusammenhang mit Dayton, eine allgemeine Katastrophe nach sich ziehen würden (vgl. Le Monde diplomatique v. 4/ u. 11/ 98). Hieraus ist nur eine Schlußfolgerung möglich: das Ausmaß des Mordens und der Vertreibung im Kosovo, ist von den Nato-Verbündeten zumindest bewußt in Kauf genommen worden.
Wir müssen uns mit der Möglichkeit vertraut machen, daß dieser Prozeß der Vertreibung und der damit verbundenen Auflösung der alten, sich einer Modernisierung widersetzenden sozialen Zusammenhänge (den Men-

Die Ethnisierung des Sozialen hat
in Ex-Jugoslawien mit Hilfe
der sog. Ethnischen Säuberungen,
und in den Strategien ihrer Ermöglichung
eine neue Dimension erreicht.
Insbesondere die BRD hat durch ihre
(nicht nur) Anerkennungspolitik,
gegenüber Kroatien, Slowenien und Bosnien
einen erheblichen Anteil am Funktionieren
dieser ethnisierenden,
und nationalisierenden Gewalt.



schen werden sämtliche Dokumente abgenommen, ihre Familien werden auseinandergerissen, sie können nicht mehr "beweisen" wer sie sind, woher sie kommen und was ihnen einmal gehörte, sofern es nicht sowieso zerstört ist) durchaus ein Kriegsziel nicht nur des serbischen Regimes, sondern ebenfalls der Nato-Strategen ist. Denn die Verwertungsbedingungen auf dem Balkan lassen sich erst dann profitabel verbessern, wenn die bisherigen sozial-ökonomischen Zusammenhänge radikal über den Haufen geworfen worden sind.

Flucht heißt nicht nur, den Versuch zu unternehmen, sich der Gewalt zu entziehen, sondern heißt insbesondere, die ehemaligen sozialen Strukturen aufgeben zu müssen - im Krieg zwangsmobilisiert zu werden und, sofern man überhaupt wieder zurückkehren kann, unter weitaus schlechteren Bedingungen leben und arbeiten zu müssen. Aus Sicht des Kapitals ein Versuch, günstigere Verwertungsbedingungen durchzusetzen.

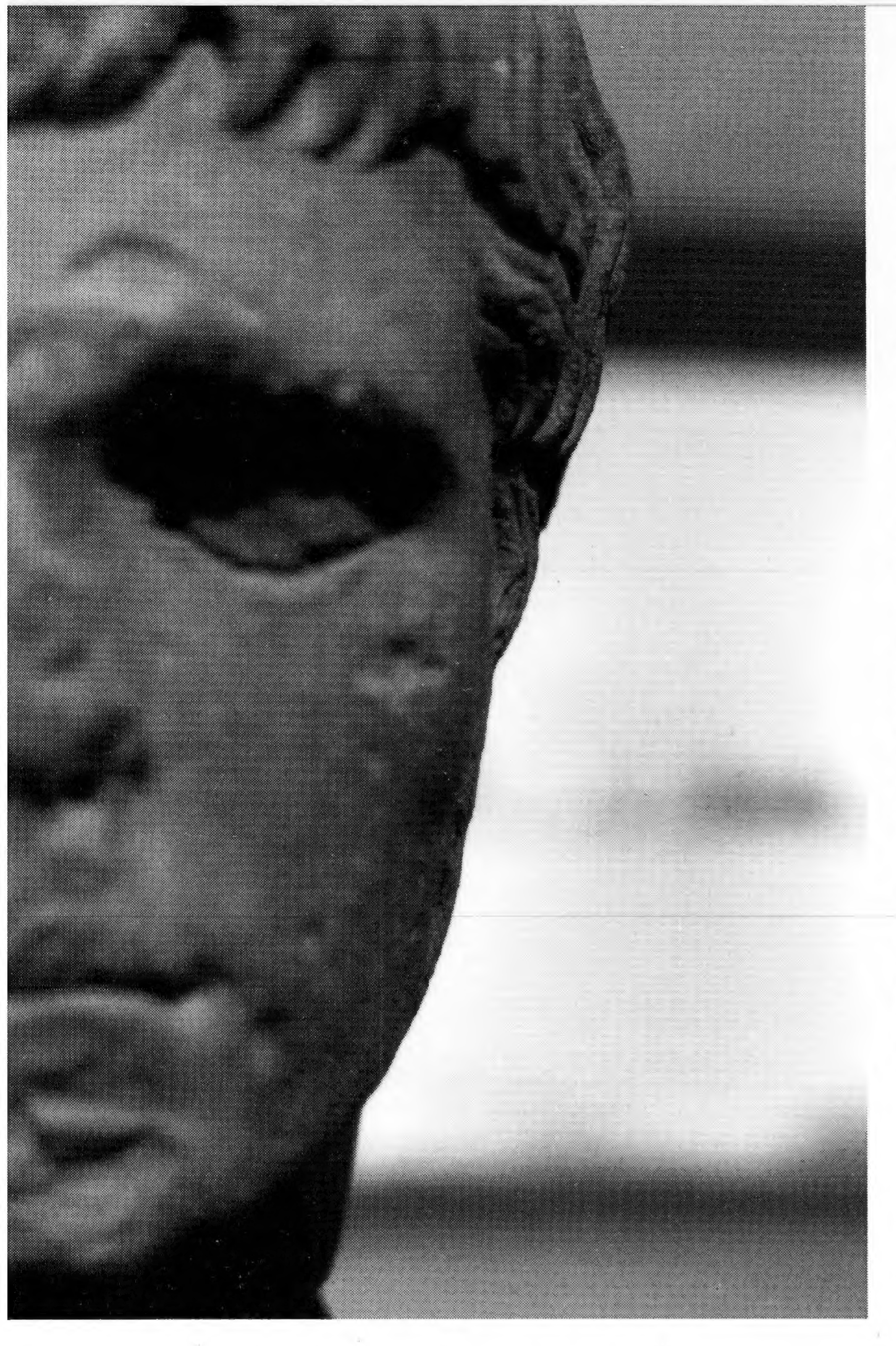
Krieg und Vertreibung sind aus der Sicht des Kapitals noch nie eine "humanitäre Katastrophe" gewesen, sondern immer ein Versuch Blockierungen der Akkumulation, soziale Antagonismen und innere Hemmnisse, durch Mobilisierungs- und Innovationsoffensiven zu überwinden. Auch wenn nicht klar absehbar ist und sie selbst nicht wissen, worauf es genau hinaus läuft. Und Krieg ist immer mit einer ungehemmten Freisetzung patriarchaler Gewalt verbunden, die sich über Tötung, Vergewaltigung und Erniedrigung rekonstruiert.

Die Nato-Partner, allen voran die BRD, hatten schon im Jugoslawienkrieg durch ihre Annerkennungs- und Flüchtlingspolitik, durch die ökonomische Anbindung von Slowenien und Teile Kroatiens, sein Interesse an der Zerstörung des jugoslawischen ökonomisch-sozialen Zusammenhangs deutlich gemacht. Die Anbindung an das europäische Wertschöpfungsgefälle konnte nur gelingen in dem Maße, wie die alten Strukturen der spezifischen jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung in Zusammenhang mit den Subsistenzbasen auf dem Land, durch eine Politik der Vertreibung aufgelöst wurden. Voraussetzung dieser Vertreibungspolitik und der Auflösung starker sozialer Bindungen mit ihren Aneignungsforderungen, waren die letztlich erfolgreichen Strategien der Ethnisierung. In deren kriegsförmigen Durchsetzung erfolgte die patriarchale Restrukturierung der jugoslawischen Gesellschaft.

Die kriegsmäßige Auflösung Jugoslawiens gehört zur unumgänglichen Vorgeschichte des heutigen Kosovo-Krieges. (vgl. Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 6: Die Ethnisierung des Sozialen, Berlin 1993, vergriffen, im Internet bei nadir)

Der Kosovo-Krieg erklärt sich auch aus der Neubestimmung der Nato-Strategie nach dem Ende des Ost-West Konflikts. Hierzu gehört die Verhinderung unerwünschter Migrationsbewegungen genauso wie die Beseitigung unerwünschter Regimes. Unerwünscht sind die Migrationsbewegungen aber vor allem, wenn sie bis in die europäischen Zentren gelangen. Deshalb auch die "humanitären" Anstrengungen die Flüchtlinge in der Region zu belassen.

Das nur ein "Marshall"-Plan auf dem Balkan langfristig mehr "Stabilität" bringen würde, war auch vor dem Krieg bekannt. Jetzt scheint breite Einigkeit darüber zu bestehen, nach dem Krieg einen solchen initiieren zu müssen (siehe EU-Finanzministerkonferenz am 17./18.4.99). Die geschätzten Kriegsschäden belaufen sich für Jugoslawien bis zur vierten Kriegswoche auf ca. 180 Mrd. DM. Anscheinend wurde eine kriegsmäßige Auflösung und Zerstörung, als Voraussetzung für das Gelingen einer neuen Verwertungsordnung angesehen. So ließe sich auch das relative Desinteresse der EU/BRD an der gemäßigten Fraktion eines Rugova im Kosovo und das Gewähren lassen der militant nationalistischen UCK verstehen. (Ohne irgendwelchen Verschwörungstheorien das Wort reden zu wollen, deutet einiges auf die Unterstüt-



zung der UCK durch CIA und BND hin, siehe den Artikel von M. Chossudovsky, Department of Economics, University of Ottawa, in partizan net). Marshall-Plan ist ein Euphemismus. Die Bedingungen an Kreditvergabe und Investitionsvorhaben werden an Rigidität nichts zu wünschen übrig lassen.
Was das Ende des "unerwünschten" serbischen Regimes anbelangt, so ist noch nicht ausgemacht, ob Milosevic die Auseinandersetzung politisch überleben wird. Die Krise in Jugoslawien war jedenfalls vor dem Krieg für sein Regime bedrohlich genug. Der Durchschnittslohn lag bei ca. 150.- DM im Monat, 80% der jugoslawischen Unternehmen arbeiteten defizitär. (vgl. Le monde dipl: v. 16.4.99) In der von Gysi besuchten, zerbombten Fabrik waren zu Hochzeiten 240000 Autos produziert worden. Vor dem Krieg waren es gerade noch 8000 jährlich. Nichtsdestotrotz soll es der Arbeitsplatz von ca. 50000 gewesen sein, was das Ausmaß der verdeckten Arbeitslosigkeit deutlich macht. Auch "der Nationalismus hat (te) keine Zugkraft mehr", so J. A. Derens, in "Ein böses Erwachen für die Opfer des großserbischen Projekts" (ebd.). Zumindest bislang scheint der Krieg der Machtstellung von Milosevic keinen Abbruch zu tun. Im Gegenteil, einer radikalen Opposition wurde durch den Krieg vorläufig der Boden entzogen (vgl. Äußerungen von 17 unabhängigen Basisinitiativen, kursiert als Flugblatt). Die sogenannte demokratische Opposition wurde von Milosevic schon vorher zum Teil integriert bzw. schlägt sich jetzt im Krieg auf seine Seite. Überhaupt scheint unklar, welche Art von Regime eine, wie auch immer geartete Nachkriegsordnung ("Serbien muß einen Platz in Europa haben", Nato- Sprecher J. Shea) durchsetzen soll.
Ob die Konstellation eines Großalbanien, Großserbien und Großkroatien durchführbar ist, was die (nochmalige) Aufsplitterung/Auflösung Bosnien - Herzegowinas, Montenegros und Mazedoniens beinhalten würde, ob Kosowo geteilt werden wird, wofür sich schon seit längerem auch die serbische Akademie der Wissenschaften ausgesprochen hat und dessen Grenzverlauf ungefähr der Nato-Option der Schaffung eines Flüchtlingskorridors entsprechen könnte, oder ob verschiedene Protektorat ähnliche Gebilde den Vorzug erhalten, wird darauf ankommen, wie sich der Konflikt militärisch und politisch weiter moderieren läßt. In jedem Fall wird es ein langfristiges "Engagement" von Nato/UN-Streitkräften geben.
Die BRD ist dabei, ihre lang ersehnte neue Rolle auch als zukünftig wichtigste (?) militärische Macht neben den USA praktisch einzuüben. Dass hierbei noch Reibungsverluste zu verzeichnen sind, ist nicht verwunderlich. Allerdings setzt sich die "neue Mitte" überraschend schnell mit einer hegemonialen Aggressivität in Szene. Ohne Zweifel hätte sich das innerdeutsche Szenario bei einer anderen Regierungskonstellation nicht grundlegend anders abgespielt. Aber in Deutschland hat dabei Rot/Grün eine spezifische Funktion. Das merken auch einige Grüne. Monika Knoche, grünes MdB wirft Fischer ein "ganz übles Geschäft der Rechtswende" vor. Die "vermeintliche linke" Bundesregierung betreibe einen Tabubruch, "den sich eine CDU nicht hätte leisten können". (aus FR v. 19.4.99) Tatsächlich, den ungeheuerlichen Versuch der Legitimierung des deutschen Kriegseinsatzes mit der Verantwortung für Auschwitz, hätte sich ein CDU/CSU- Politiker wohl nicht so unwidersprochen erlauben können.
Sicher, es gab eine jahrelange Einstimmung in der BRD-Öffentlichkeit für einen Kriegseinsatz der Bundeswehr. Dazu gehörten die Einsätze in Somalia und Bosnien, die öffentlichen Gelöbnisse, genauso wie die Debatten um die "Entsorgung" der deutschen Vergangenheit (Walser usw.) und die Art und Weise, wie sich Regierung und Konzerne den Wiedergutmachungsansprüchen der Zwangsarbeiterinnen entledigen wollen. Heute ist man sich darüber einig, daß der erste, auch von Deutschland aus geführte Krieg nach 1945, eine "Zäsur in der deutschen Geschichte" darstellt. Gerade deshalb ist es so verwunderlich, daß von einer starken Anti-Kriegsbewegung (noch) wenig zu sehen ist. Trotzdem liegt das Dilemma der EU und der Nato darin, daß die gesellschaftliche Akzeptanz für den Krieg (hoffentlich) ein enges Zeitfenster vorgibt. Den Grünen steht spätestens Mitte Mai eine ernste Zerreißprobe bevor. Falls es zum Einsatz von Bodentruppen kommt, schon früher. Ob sich daraus Keime einer neuen außerparlamentarische Opposition ergeben, bleibt abzuwarten. Wesentlich ist, ob es gelingt, neue Debatten über den Imperialismus der Jahrtausendwende und die soziale Aggressivität in Europa zu initiieren. Und selbstredend nicht zuletzt den Druck gegen den Krieg auf der Straße zu verstärken.

Die "Materialien für einen neuen Antiimperialismus" haben mit einer Reihe von Veröffentlichungen versucht die Bestimmung sozialrevolutionärer Politik voranzubringen. In Band 6, "Die Ethnisierung des Sozialen", haben sie sich ausführlich mit der Transformation der jugoslawischen Gesellschaft im Medium des Krieges auseinandergesetzt.

Die Geburt der Berliner Republik

Man kennt jetzt Tag und Stunde, in der die Berliner Republik endlich zur Welt kam. Es ist der 24. März, 18.55 Uhr. Alle eloquenten Essays und Schreibwettbewerbe zum Thema Berliner Republik sind damit hinfällig geworden. Wie würde das Kind aussehen? hatte man sich gefragt. Jetzt gibt es Gewißheit. Es trägt keinen schwarzrotgoldenen Strampelanzug, sondern Helm und NATO-Oliv. Es ist nicht schöner oder häßlicher als andere Kinder seiner Familie. Soldaten sind sich alle gleich – lebendig und als Leich. Der Staat Bundesrepublik Deutschland hat an diesem Tag offen jenen Kriegszustand erklärt, in dem er sich bereits des Öfteren verdeckt befunden hat.

Nun ist auch das Rührstück mit der Sonderrolle vorbei. Seit Jahrzehnten diente die Bundesrepublik als Flugzeugträger für die USA und andere Alliierten, – was keineswegs einem Besatzungszustand entsprach, sondern gewollte Teilhabe an der gemeinsamen imperialistischen Politik war. Ab sofort muß das Bodenpersonal eben auch in die Bomber einsteigen. Nun sieht man auch, wieviel Vergangenheitsbewältigung die Bundeswehr braucht und wieviel an preußisch-nazistischem Ballast sie abzuwerfen hat, um als effektive imperiale Macht aufzutreten. Die deutsche Interventionsarmee braucht keine Rudels und Rommels zum Vorbild, – im Cockpit der Tornados sitzen die Nachgeborenen des Bomber Harris, der Hiroshima-Piloten und der Napalm-Bomber von Vietnam. Die Bundeswehr ist also eine hochmoderne Armee, die sich wahlweise auf preußisch-nationale wie demokraktisch-imperialistische Traditionen berufen kann. Angesichts der militärischen Realität des März 1999 ist freilich jede Unterscheidung zwischen dieser oder jener reaktionären Tradition zum reinen Vexierspiel geworden. Der jahrzehntelange Kampf im symbolischen Raum hat sich erledigt. Es gibt Einsatztruppen und Schlachtfelder zu Lande, Wasser und Luft. Es gibt nur noch einen militärischen Raum, der die sozialen und politischen Gewaltverhältnisse neu und nachhaltig bestimmt.

Damit werden Fronten sichtbar, die zuvor im ideologischen Nebel bis zur Unkenntlichkeit umkämpft waren. Wir sind im Krieg! titelte die Hamburger Morgenpost am Morgen des 25. März. Darunter – auf schwarzem Grund – Auszüge aus Schröders Appell an die patriotische Pflicht aller Bürger, jetzt den Soldaten aus Deutschland und ihren Angehörigen beizustehen. Mit Genugtuung muß man zur Kenntnis nehmen, daß diese Erklärung durch eine sozialdemokratisch-grüne Regierung erfolgte. Mit Genugtuung muß man zur Kenntnis nehmen, daß Frau Angelika Beer, die sich früher als Sprecherin des pazifistischen Flügels der Grünen einen Namen gemacht hatte, sich dann aber, nach dem September 1998, sofort um eine Staatssekretärsstelle im Verteidigungsministerium bewarb, – daß diese Dame nunmehr vor dem Bundestag und den wenigen Neinsagern im Parlament den Angriff auf Jugoslawien zu rechtfertigen hat. Einige wenige, die nicht zum NATO-Wir gehören, sehen sich historisch um 85 Jahre zurückversetzt, in das Jahr 1914. Nur daß der historische Fortschritt sich heute insoweit geltend macht, daß diesmal die Sozialdemokratie dem Krieg gar nicht erst zustimmen muß, sondern ihn selbst beschließen kann.

Das Ende des linken Biedermeier

Hier, in der Bundesrepublik, sind die früher möglichen Kräfte einer radikalen Antikriegsopposition zu großen Teilen erschöpft. Das ist auch auf die irreführenden Bewegungen im symbolischen Raum zurückzuführen. Selten hat eine radikale Linke so viel Einfluß gehabt wie in dieser Selbstzerstörung einer möglichen Systemopposition. Wenn heute konkret und andere antinationalen Blätter ihre alte Verteidigung des serbischen Regimes fortsetzen,



Es ist Krieg, und keiner kann mehr weg.

by Martin Rheinländer

„Der Krieg ist ein methodisches, organisiertes, riesenhaftes Morden. Zum systematischen Morden muß aber bei normal veranlagten Menschen erst der entsprechende Rausch erzeugt werden. Dies ist seit jeher die wohlbegründete Methode der Kriegführenden. Der Bestialität der Praxis muß die Bestialität der Gedanken und der Gesinnung entsprechen, diese muß jene vorbereiten und begleiten."
Rosa Luxemburg, 1916

APPELL DER SERBISCHEN NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Entsetzt über NATO-Zerstörungen und das Leiden der Kosovo-Albaner verlangen wir , die Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und der Gewerkschaft "Nezavisnost" (Unabhängigkeit), mit allem Nachdruck von all denen, die für diese Tragödie verantwortlich sind, sofort die Bedingungen für die Erneuerung des Friedensprozesses zu schaffen.
Seit zwei Wochen töten die stärksten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mächte der Welt unablässig Menschen und zerstören nicht nur militärische, sondern auch zivile Objekte, Brücken und Bahntrassen, Fabriken und Heizwerke, Lagerhäuser und Hafenbecken... Zur selben Zeit sind Hunderttausende von Kosovo-Albanern, aus Angst vor den Bombardierungen und Militäraktionen des Regimes und der UCK gezwungen, in einem noch nie dagewesenen Exodus, ihre zerstörten Häuser zu verlassen und die Rettung in der tragischen und unsicheren Flucht zu suchen. Es ist dies offensichtlich ein Weg in die Katastrophe, und die **friedliche und gerechte Lösung des Kosovo-Problems durch internationale Vermittlung**, die wir seit Jahren unterstützen, scheint heute mehr denn je in der Ferne zu liegen. Die Aktivitäten unserer Organisationen in den Bereichen der Demokratisierung, Aufbau der Zivilgesellschaft und Anerkennung der Bundesrepublik Jugoslawien durch alle internationalen Institutionen, haben unter dauerndem Druck und Einschüchterung des serbischen Regimes gestanden.
Als Mitglieder von Vereinigungen der Zivilgesellschaft haben wir mit Mut und Vernunft gegen Krieg und nationalistische Propaganda und für Menschenrechte gekämpft. Wir betonen, daß wir unsere Stimmen immer gegen die Unterdrückung der Kosovo-Albaner, für die Anerkennung ihrer Freiheiten und Garantien für ihre Rechte, erhoben haben. Wir haben auch die Wiedereinführung der Autonomie des Kosovo verlangt. Wir betonen auch, daß die einzigen Kontakte und Kooperationen zwischen Serben und Albanern während all dieser Jahre durch Institutionen der Zivilgesellschaft aufrechterhalten wurden. Die **Militärintervention der NATO hat alle von uns erreichten Ergebnisse unterminiert** und bedroht die weitere Existenz des zivilen Sektors in Serbien.

Angesichts der tragischen Situation in der wir uns befinden, und im Namen der menschlichen Vorstellungen und Werte, als auch in Übereinstimmung mit unseren vergangenen Aktivitäten **fordern wir:**

- sofortiges Ende der Bombardierungen und aller bewaffneten Aktionen;
- Wiederaufnahme des Friedensprozesses mit internationaler Vermittlung auf regionaler (Balkan) und europäischer Ebene, als auch im Rahmen der Vereinten Nationen;
- Aufteilung der Verantwortung zwischen der Europäischen Union und Rußland und ihr Beitrag zur friedlichen Lösung der Krise; - Ende des ethnischen Säuberungsprozesses und sofortige Rückkehr aller Flüchtlinge;
- Unterstützung der Bürger Montenegros zur Bewahrung von Frieden und Stabilität; Lösung der schwerwiegenden Folgen der Flüchtlingskatastrophe und Wiederaufnahme der demokratischen Prozesse, die eingeleitet wurden;
- wir verlangen, daß die serbischen und internationalen Medien die Öffentlichkeit professionell informieren und nicht den Medienkrieg anheizen, interethnischen Hass provozieren, eine irrationale öffentliche Meinung schaffen und Gewalt als höchste Errungenschaft des menschlichen Verstandes glorifizieren sollen.

Wir können diese Forderungen **nicht alleine** durchsetzen. Wir erwarten von Euch, daß Ihr unsere Forderungen unterstützt und mit Euren Initiativen und Aktionen für ihre Durchsetzung sorgt.

Belgrad, 6. April 1999

A.. Bürgervereinigung für Demokratie, Soziale Gerechtigkeit und Unterstützung der Gewerkschaften
B.. Belgrader Kreis
C.. Zentrum für Demokratie und freie Wahlen
D.. Zentrum für den Übergang zur Demokratie - ToD
E.. Bürgerinitiativen F.. Europäische Bewegung in Serbien
G.. Forum für ethnische Beziehungen und Stiftung für Frieden und Krisenmanagement
H.. Gruppe 484
I.. Helsinki-Komitee für Menschenrechte in Serbien
J.. Vereinigtes Büro der Gewerkschaften NEZAVISNOST
K.. VIN - Wöchentliche Videonachrichten
L.. Frauen in Schwarz
M.. Jugoslawisches Rechstanwaltskomitee für Menschenrechte
N.. EKO Centar
O.. ARGUMENT Agentur

Wir danken sehr herzlich Lars Stubbe für die Übersetzung!



Fürs Internet

Hier noch eine besonders interessante Internet-Seite mit Links zum Krieg: http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/serbien.htm

hat das keinerlei Bedeutung mehr für einen praktischen Antiimmilitarismus im eigenen Land. Konkret und seine antinationalen FreundInnen haben bereits zu einem früheren Zeitpunkt selbst die imperialistischen Waffen gewählt, im zweiten Golfkrieg 1991. Und die hartnäckige Eingrenzung auf die besondere Gefährlichkeit des deutschen Nationalismus erfolgte dabei völlig unverblümt zum Ruhme der antifaschistischen Traditionen der US-Armee. Man darf gespannt sein, wie sich diese Damen und Herren aus dieser freiwilligen Auslieferung ans imperialistische Kalkül befreien. Und noch vor nicht allzu langer Zeit mußten sich zwei Autoren dieser Zeitschrift auch von libertären Freunden sagen lassen, wir ließen uns von alten Wessi-Linken-Schablonen leiten, als wir Einspruch erhoben gegen eine verwaschene Verschwisterung mit bosnischen GewerkschafterInnen, die ihrerseits NATO-Angriffe gefordert hatten.
Wenn sich heute, nach all diesen Irrungen und Wirrungen einer sich selbst auflösenden radikalen Linken, die früher gegnerischen Fraktionen möglicherweise dennoch wieder am selben Platz wiederfinden werden, dann ist das gut so. Aber die Schwäche der Opposition hat diese sich selbst zuzuschreiben und deshalb ersteinmal selbstkritisch zu reflektieren, – statt erneut in Ohnmachtsphantasien zu flüchten und neue Projektionen zu gebären, um sich erst gar nicht der so banalen wie brutalen Realität eines ganz normalen Imperialismus zu stellen. Für die radikale Dissidenz ist ein Sonderzustand beendet: Jahrzehntelang diskutierte und agierte man hierzulande anders als die nicht weniger betroffenen FreundInnen und GenossInnen anderer imperialistischer Länder. Jetzt befindet sich auch die Restlinke im Zustand imperialistischer Normalität, einem Zustand, der das Wirken einer alltäglichen Systemopposition weder schwerer noch leichter, aber um einiges klarer werden läßt.
Die Doppeldeutigkeit der bisherigen bundesdeutschen Militärpolitik – mitzumachen, ohne so richtig dabei zu sein, aber am Ende die Ernte mit einzufahren – hat auch innerhalb der Linken, unter Berufung auf den sogenannten Sonderweg Deutschlands, objektiv nationalisierend und deshalb bornierend nachgewirkt. Die Beschwörung, von deutschem Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen, mutete – angesichts der fortdauernden Aggressionen vom NATO-Terrain aus – immer schon etwas biedermeierlich an. Auch damit ist jetzt Schluß. Antikriegsopposition, radikale Dissidenz, Verweigerung der medialen und alltäglichen Militarisierung usw. sind nunmehr weder deutsch noch antideutsch begründete Positionen, sondern Elemente ein und derselben, gleichermaßen international wie universell begründeten gesellschaftlich-politischen Parteinahme jedes einzelnen. Damit ist auch die spezifische Perspektive von radikaler Opposition und Widerstand gegeben. Auf den imperialistischen Krieg kann es keine alternativ-bellizistische Antwort geben. Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Linke jedwede Staatlichkeit – sei sie erst im Werden, als militärische Befreiungsbewegung, sei es als nationalevolutionäres Regime – schönreden konnte. Auf dem Balkan, erst recht auf dem Territorium des alten wie von Rest-Jugoslawien, wird die Linke keinen Bündnispartner innerhalb der Staats- und Militärapparate finden. Das ist freilich eine Erfahrung, die heute nicht zum ersten Mal gemacht wird.

Die Wahl der Waffen

Noch als Kronprinz und angehender „aufgeklärter" Absolutist verfaßte der spätere Friedrich II. von Preußen einen polemischen Essay gegen Machiavelli, den „Anti-Machiavell". Friedrich warf Machiavelli vor, die Politik von der Moral getrennt zu haben. Friedrich hielt dagegen, daß es sehr wohl eine moralische Grundlegung und Zielsetzung der Politik gebe. Wenige Jahre danach begann unter der



Führung von Friedrich II. der erste schlesische Krieg – ein Fallbeispiel für die Differenz zwischen philosophischem Humanismus und realer Humanität! Die große Leistung Machiavellis war es schließlich gewesen, genau die Trennung von der Moral als Begründung jeder realen politischen Macht analysiert zu haben. Und wenn später Clausewitz sagen sollte, der Krieg sei nichts anderes als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, dann hatte er damit schon fast alles über das Wesen der politischen Macht, ihre Gewaltförmigkeit, gesagt. Lenin, als einer der klügsten Theoretiker der politischen Macht, wußte diese Lehre als Banalisierung des Krieges/Bürgerkrieges einzusetzen. Wenn der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, was ist dann gegen ihn einzuwenden, – außer gegen seine bestimmten Ziele?
Am Beginn der linken Kontroversen über den Krieg steht deshalb nicht die Kontroverse über die Kriegsziele, sondern über den Krieg selbst. „Mit anderen Mitteln" heißt ja eben nicht, daß der Krieg identisch mit den Mitteln der Politik ist. Aber der Krieg bleibt weiterhin Politik, wenn auch Politik, die nunmehr einer anderen Eigengesetzlichkeit unterworfen ist. Die Logik der rein instrumentellen Vernunft ist die Logik von zielsetzenden Mitteln. Im Krieg radikalisiert sich diese Logik, – aus Gewaltförmigkeit wird schiere Gewalt, aus Unterwerfung wird Vernichtung. Die politische Macht, einmal kriegerisch radikalisiert, enthemmt alle Gewalten. Vergewaltigungen, Folter, Massaker in brutalsten Formen sind zwar vom Völkerrecht nicht legalisiert, gehören jedoch zur Normalität fast jeden Krieges. Das trifft auf Angreifer wie Angegriffene zu, und die Befreiungskriege mit revolutionären Zielen können nur solange so heroisch beschworen werden, wie über die Zerstörung realer Humanität auch im Lager der Befreiungskämpfer der Mantel des großen Tabus gebreitet bleibt.
Die fatale Philosophie der Gewalt als Neugeburt aus unterdrückter Subjektivität





ist die Religion, die dieses Tabu über diese historischen Erfahrungen verhängt hat. Ohne seinen großen Beitrag zur revolutionären Emanzipation damit zu leugnen, zählt Frantz Fanon zu den Philosophen dieser angeblich befreienden Gewalt ebenso wie zahlreiche andere Intellektuelle, denen das „Freiheit oder Tod!" als existenzialistische Abstraktion leichter aus der Feder kam, als es sich lebende und ums Leben kämpfende Menschen jemals zumuteten. Die Wahl der Waffen im Kampf um Befreiung ist eine Sollbruchstelle innerhalb emanzipatorischer Praxis. Töten heißt, so oder so, auch immer Selbst-Traumatisierung. Gegen Waffen zu kämpfen, zieht den bewaffneten Kampf irgendwann nach sich. Aber es kommt darauf an, diese Waffen niemals als eigene zu akzeptieren und jeden Moment für den Zeitpunkt zu kämpfen, an dem endlich die Waffen weggeworfen werden können. Die politische Kultur der radikalen Linken hat dieser Sehnsucht nach dem Zustand der Waffenlosigkeit selten glaubhaft Ausdruck verliehen.

Opposition und Widerstand gegen den Krieg ist also – in emanzipatorischer Hinsicht – immer mehr als nur Widerstand gegen bestimmte Kriegsziele. Entsprechend können sich Opposition und Widerstand nicht entlang der Kriegsfronten formieren. Diese Fronten definieren im herrschenden Diskurs die Grenzen der „Humanität". Eine Farce, solange man die reale Politik und den militärischen Einsatz nüchtern analysiert. Aber so wie in der Politik die Herrschaft letztlich zwar auf Repression beruht, diese aber von einer hegemonialen Befriedung der Bevölkerung abhängig ist, so kann auch kein Krieg geführt werden ohne ein Minimum an massenideologischem Konsens. Dieser Konsens wird heute wie seit Urzeiten „humanitär" begründet. Eine Kabinettsfigur wie Joschka Fischer ist die spätmoderne Wiedergeburt des frühmodernen preußischen Kronprinzen. Und in beiden Fällen gilt, daß die schwatzhafte Rhetorik der Jugendjahre bald dem Stakkato-Ton der Maschinengewehrsalven weicht.

Reale Humanität war immer schon insofern auch radikal, weil sie sich gegen die theoretischen Abstraktionen des Humanismus stemmte, gegen den Universalismus des Menschen, der als kolonialer Kriegskörper oder streikbrechende Polizeimaschine gegen die Menschen vorrückte. Radikale Humanität wurde zu allen Zeiten nicht nur in der Figur des Partisanen praktisch-real, sondern auch in der des Deserteurs, dessen Suche nach einem Ort des Überlebens im Niemandsland sowohl die totale Verzweiflung an den herrschenden Verhältnissen als auch die totale Verweigerung der militärischen Vernichtungsmaschinerie zum Ausdruck brachte. Auch hier hat die Linke eine alte Restschuld abzutragen. Selbst wenn sie sich um Denkmäler für Deserteure kümmerte, waren dies Deserteuere um eines bestimmten Kriegszieles willen. Die notwendige und berechtigte Aktion zugunsten der Rehabilitierung deutscher Wehrmachtsdeserteure ließ immer noch jene Deserteure verschwinden, die sich von der anderen Seite der Front abgesetzt hatten – in Frankreich, den USA, Großbritannien oder der Sowjetunion, wo sie nach dem Krieg die Exekution zu befürchten hatten.

Humanität im Krieg ist erst dann real und deshalb radikal, wenn sie sich selbst eingesteht, daß nur die zum zivilen Aufstand gewendete Flucht- und Desertionsbewegung jene reale Bewegung sein kann, die den Kriegszustand, und möglicherweise darüberhinaus auch die ihn gebärenden gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnisse, aufheben kann. Wird die Systemopposition, diesseits oder jenseits der Front, nur zu einer neuen Soldateska unter Freiheitsfahnen, findet nichts anderes statt als die Wiedergeburt der Politik aus dem Geist des Krieges.

Radikaler Defaitismus

Die Krise und schließliche Zerstörung Jugoslawiens ist nicht erst durch den NATO-Angriff auf Rest-Jugoslawien zu einer exemplarischen Erfahrung geworden – exemplarisch für die Zerstörung aller Bedingungen eines zivilen, gesellschaftlichen Widerstandes gegen die imperialistische Neuordnung der internationalen wie regionalen Machtverhältnisse nach 1989. Der Krieg selbst ist das Medium dieser Machtrekonstruktion, und deshalb ist er von Anbeginn ein Angriffskrieg von zwei Seiten gewesen, der auf beiden Seiten alles auszulöschen, zumindest zu marginalisieren und auch zu kriminalisieren sucht, was diese imperialistische Neuordnung unterlaufen könnte. Er

hat nie aufgehört, ein sozialer Krieg zu sein. Wenn auch unter anderen historischen Bedingungen, zeigt sich der Krieg heute als das junggebliebene Monster, das freigelassen wird, um die Fronten zwischen Oben und Unten zwischen die Staaten zu verschieben, um auf diese Weise Völker zu machen, die glauben sollen, bloß dann Völker bleiben zu können, wenn sie einander nur noch als Bestien erkennen können. Die manichäischen Weltbilder von Gut und Böse, das satanische Bild, das sich der Westen von Milosevic wie zuvor vom „Irren von Bagdad" als Inkarnation Adolf Hitlers macht, gehören zu dieser ideologischen Bestialisierung ebenso dazu wie die mythischen Nationalkollektive in Ex-Jugoslawien. Der Kriegerkitsch der Amselfeld-Saga findet seinen Gegenpart in der Waffen-Kino-Ästhetik von CNN und „Tagesthemen".

Dieser Krieg hat nicht erst mit dem NATO-Angriff auf Rest-Jugoslawien begonnen. Er wird mit dieser Aggression auch nicht enden, sondern diesen wie andere Orte und andere Zeit-Räume mit seiner Bestialität überziehen. Dieser Krieg hat auch nicht erst mit den innerjugoslawischen Kriegen begonnen, es war nicht der einzige Krieg nach 1989. Aber brutaler und ausdauernder als die Erprobung der Neuen Weltordnung im zweiten Golfkrieg 1991 ist der innerjugoslawische Krieg zum Abbild und zum Labor der neuen Kriegszustände geworden. In der destruktiven Vermittlung internationaler und regionaler, sozialer und politischer Interessen ist eine Versuchsreihe freigesetzt worden, die in nicht mehr abwägbaren Eskalationen endet. Der Imperialismus nach 1989 steuert und kontrolliert dadurch nicht mehr die jeweiligen Eskalationen, er ist selbst zur Eskalation geworden. Als die Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre plakatierte: Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin ..., korrigierten radikale Kritiker: ... dann kommt der Krieg zu dir." Heute müßte es heißen: Es ist Krieg, und keiner kann mehr weg.

Gegen die mediale wie reale Kriegsmaschinerie helfen keine größenwahnsinnigen Debatten über revolutionäre Gegenstrategien. Worum es heute geht, ist der Kampf um die elementarsten Bedingungen zivilen, gesellschaftlichen Widerstandes. Es gibt mehr als nur einen Schlüssel zu diesem Problem. Da ist die Absage ans Mitmachen hier, Dissidenz in allen Bereichen des Lebens und die Verweigerung der militärischen Gefolgschaft. Und da ist die Hoffnung, einer zivilen Opposition möge es in Belgrad und andernorts gelingen, der fortgesetzten Unterwerfungspolitik des serbischen Regimes ein Ende zu machen. Es kann keine gemeinsame Perspektive und keinen strategischen Pakt mit Kräften geben, denen es – in welcher revolutionären oder antiimperialistischen Phraseologie auch immer verborgen und verdreht – nur um entgegengesetzte Kriegsziele geht. Der Terror der ethnischen Vertreibung oder Unterwerfung und Ausgrenzung ändert sich nicht, wenn er lediglich die Richtung wechselt.

Ein radikaler Defaitismus auf beiden Seiten ist die einzig verbleibende Perspektive, und in dieser Perspektive findet jeder und jede einzelne den Ort des eingreifenden Handelns. Eine solche gemeinsame Perspektive ist mehr als nur ein Bündnis. Sie beruht schon auf einer Wertorientierung, die mit der Opposition gegen den Krieg – diesseits und jenseits der militärischen, aber an derselben sozialen „Front" – auch die gesellschaftlich-politischen Verhältnisse angreift, in denen der Krieg die äußerste, aber nicht die einzige Gestalt der sozialen Gewalt ist.

Dieser Beitrag wurde für das Heft II/1999 der Zeitschrift DIE AKTION, Edition Nautilus, geschrieben.
Dieses Heft enthält weitere Beiträge zum Krieg gegen Jugoslawien, unter anderem einen längeren Artikel über "Krise, Klassenkampf und sozialer Krieg in Jugoslawien-Kosovo".
Bestellungen und Nachfragen an:
Edition Nautilus,
Am Brink 10, D-21029 Hamburg,
Fon: 040-7213536, Fax: 040-7218399.
Wir danken dem Verlag für die Freigabe!







Chronologie einer Tragödie

by Hannes Hofbauer

Der 24. März 1999 markiert das Ende der europäischen Nachkriegszeit. In einem beispiellosen Akt militärischer Aggression haben die 19 NATO-Staaten unter der Führung der USA den Krieg nach Jugoslawien getragen. Erstmals seit 1945 ist damit ein souveräner europäischer Staat angegriffen worden. Die nordatlantische Allianz, die sich wenige Tage zuvor bis an die weißrussische Grenze und in die Puszta hinein ausdehnen konnte, hat damit einen völkerrechtlichen Präzedenzfall geschaffen. Die Spielregeln internationaler Politik sind außer Kraft gesetzt. Mit ihrer Militarisierung tritt sie in eine neue Phase. Die westliche Wertegemeinschaft hat den Angriff auf Jugoslawien mit der Mißachtung von Menschenrechten im Kosovo begründet. Der Bombenterror aus Kampfflugzeugen im Dienste der Menschenrechte stellt allerdings dieses Bekenntnis in die Tradition des universalistischen abendländischen Machtanspruchs, der vom Großen Schisma über die Kreuzzüge bis zum Kampf gegen den Bolschewismus tausend Jahre lang eine blutige Spur durch Europa gezogen hat. Die Geschichte Jugoslawiens seit dem Verschwinden Moskaus von der geopolitischen Landkarte bietet ein schauriges Lehrstück westlicher Allmachtsphantasien. Den Preis dafür könnte schließlich Europa als Ganzes bezahlen.

Ein Bürgerkrieg nimmt seinen Lauf

Blenden wir zurück ins Jahr 1989. Am 28. Juni versammeln sich auf dem Kosovo polje, dem Amselfeld, eine Million Serben aus aller Welt, um der verheerendsten Niederlage in der serbischen Geschichte zu gedenken. Auf den Tag genau vor 600 Jahren war das von Fürst Lazar geführte christliche Heer nahe Pristina von den Osmanen unter Sultan Murad vernichtend geschlagen worden. Slobodan Milosevic, der mit großem Pomp per Helikopter auf die Bühne geflogen wird, nützt diesen historischen Gedenktag, um seiner Partei und seiner Person eine nationale, großserbische Aura anstelle der in weiten Kreisen diskreditierten jugoslawisch-kommunistischen Identität zu verpassen. Die Kontinuität der Macht in Belgrad schien damit gesichert. Auf kosovo-albanischer Seite waren schon seit dem Tode Titos im Jahre 1980 die Stimmen lauter geworden, die sich mit der 1974 zugestandenen weitgehenden Autonomie nicht mehr zufrieden geben wollten. Sie forderten die Errichtung einer »Kosovo-Republik«. Frühlingsdemonstrationen albanischstämmiger StudentInnen in Pristina beendete die jugoslawische Polizei am 1. und 2. April 1981 mit brutaler Gewalt. In den Straßen der kosovarischen Hauptstadt blieben damals nach offiziellen Angaben elf Tote zurück, die albanische Seite sprach von 200 getöteten DemonstrantInnen. Eine bis dahin im Kosovo nicht gekannte Radikalisierung setzte ein. Die Verfassungsänderung vom 28. März 1989 schloß das - historisch gesehen - kurze Autonomiekapitel des Kosovo. Das Parlament in Belgrad erklärte feierlich die Rückgabe der staatlichen Souveränität an Serbien. Ein Bürgerkrieg nahm seinen Lauf. Politische Provokationen kosovo-albanischer Führer, die seit langem ausschließlich national argumentierten, verschärften den Konflikt. Im Juli 1990 wurde die Unabhängigkeit des Kosovo ausgerufen, was im Gegenzug die endgültige Auflösung des Parlaments in Pristina zur Folge hatte. Am 18. Oktober 1991 riefen die von Belgrad längst abgesetzten albanischen Abgeordneten eine unabhängige »Republik Kosovo« aus, die bis heute von keinem Land der Welt anerkannt worden ist. Die selbstorganisierten und ohne legale Grundlage abgehaltenen Präsidentenwahlen im Mai 1992 machten den Schriftsteller Ibrahim Rugova zu einem Führer ohne Land. Alle jugoslawischen Einrichtungen werden seither von der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo boykotiert. Belgrad verschärfte zwar die Repression in der Provinz, griff jedoch Ibrahim Rugova, der bereits damals unter dem Schutz des Westens stand, nicht an. Im Jahre 1993 formierte sich eine bewaffnete albanische Untergrundbewegung, die UCK, die von Anbeginn ihrer Tätigkeit Polizeistationen und militärische Einrichtungen im Kosovo im Visier hatte. Die ökonomische Krise »Schuld an der ganzen Misere sind die Kommunisten«, lautete das einfach gestrickte Argument der Jahre 1989/90, das die wirtschaftliche Misere erklären wollte, in die Jugoslawien - wie andere Staaten in Europa auch - geraten war. Die Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs lagen tatsächlich schon lange zurück. Bis Mitte der 60er Jahre galt Jugoslawien als Vorbild an sozialistischer Effizienz, das Bruttonationalprodukt wuchs jährlich um sechs Prozent bis sieben Prozent. Mit Hilfe fetter US-Kredite aus den 50ern, die Jugoslawien aus dem Bannkreis Moskaus fernhalten sollten, wußte die Führung um Josip Broz Tito anfangs noch, sinnvolle Projekte zu entwickeln. Die ersten Krisenerscheinungen machten sich Ende der 60er Jahre bemerkbar. Früher als alle anderen Länder in Osteuropa hatte man Westkredite erhalten, früher als alle anderen mußten sie zurückgezahlt werden. Bereits 1965 wurde im Zuge allgemeiner Dezentralisierung die sogenannte »nationale Ökonomie« auf Republiksebene eingeführt, neun Jahre später kam es zu einer neuen jugoslawischen Verfassung, die der Zentrale nur noch wenige koordinative ökonomische

Funktionen beließ. Die Verantwortlichen glaubten vorerst, mit der Föderalisierung einen machtpolitischen Balanceakt zustandegebracht zu haben. In Wahrheit wurde damit ein entscheidende Schritte in Richtung Desintegration gesetzt. 1979 mündete diese Politik in eine wirtschaftliche Stagnation. Die Rückzahlung ausländischer Kredite geriet ins Stocken. Vorerst noch überschaubar, wuchs der Schuldenberg bis Anfang 1991 auf 16 Mrd. Dollar an, um bis zum Zerfall des Landes 21 Mrd. Dollar zu betragen. Sieben Mrd. Dollar erhielt Belgrad allein zwischen 1985 und 1991; 23 Mrd. flossen im selben Zeitraum ab - an Zinszahlungen und anderen Obligationen. Dieses Mißverhältnis entsprach dem eines hochverschuldeten »Dritte-Welt«-Landes, das mit der Rückzahlung des Schuldendienstes kämpft, ohne je die Schuldenlast verringern zu können. Der Krieg in Jugoslawien brach letztlich auch um die offene Frage aus, wer denn nun die notwendigen neuen Dollar- und DM-Kredite erhalten sollte und wer für die Rückzahlung der aufgelaufenen Altschulden haftbar gemacht werden könnte. Neben den internationalen Schulden existierten auch auf der Ebene zwischen den Republiken Gläubiger-Schuldner-Beziehungen. Slowenien verweigerte seit 1990 das Abführen der Zolleinnahmen an die Zentralregierung. Serbien wiederum betrieb Destruktion am Staatsganzen, als es zur Jahreswende 1990/91 eigenmächtig die Notenpresse in Rotation versetzte, Dinar für umgerechnet 1,8 Mrd. Dollar druckte, um Lehrer, Militärs und sonstige staatliche Angestellte entlohnen zu können. Damit unterlief Belgrad den gesamten, von Ministerpräsident Ante Markovic mit dem IWF (Internationaler Währungsfonds) ausverhandelten Sanierungsplan. Dieser sah eine von Jeffrey Sachs ausgearbeitete Schocktherapie vor, mit Lohnfreeze, Geldverknappung, Subventionsstreichungen für Sozialausgaben und allem, was seit über zwei Jahrzehnten zum Instrumentarium westdiktierter Strukturanpassungsprogramme gehört. Durch das Einschalten der Notenpresse demonstrierte die serbische Seite den unbedingten Willen zur Beibehaltung des politischen Primats über ökonomische Prozesse. In den reformwütigen Monaten der Wendezeit kam diese Haltung einer Kriegserklärung an IWF und Weltbank gleich. Der Westen sah darin dementsprechend auch einen »kommunistischen Akt« und einen »Raubüberfall auf die Bundeskasse«. Seit damals gilt Belgrad als Feind der »freien Welt«. Nach der versuchten Antiinflationspolitik von Präsident Markovic brach schließlich die von westlichen Finanzhilfeorganisationen wie dem IWF und der Weltbank durchgesetzte Öffnung der Märkte wie ein Orkan über die jugoslawische Industrie herein. Innerhalb weniger Wochen zu Beginn des Jahres 1991 wurden sämtliche Importe aus dem Ausland zoll- und bewilligungsfrei. Die totale Marktöffnung hatte verheerende Folgen für alle jugoslawischen Produktionsbetriebe. Dumpingwaren aus Südostasien und Westeuropa überschwemmten die Geschäfte. Dies führte zu Produktionsrückgängen und schließlich Kündigungswellen und bereitete so den Boden für eine andere Verwertung der Arbeitskraft, die künftig nicht mehr in der Fabrik, sondern am Schlachtfeld stattfinden sollte. Die Entwicklungsunterschiede innerhalb Jugoslawiens waren dann auch der Auslöser dafür, daß sich die allgemeine wirtschaftliche Krise zu einer politischen und letztlich zu einer territorialen auswuchs. Slowenien als die



höchstentwickelte Teilrepublik hatte ein - pro Kopf gerechnet - acht Mal höheres Bruttoinlandsprodukt als das Kosovo. Dazwischen lagen Kroatien und Serbien. Das wirtschaftliche Elend der südserbischen Provinz Kosovo und die ebenfalls düstere Lage in Serbien bildeten wesentliche Motive für die Flucht Sloweniens und Kroatiens aus dem Staatsverband. In den Augen der Slowenen waren die bevölkerungsreichen Republiken Kroatien und Serbien zum Hemmschuh auf dem Weg in Richtung Europa - sprich: der Brüsseler Union - geworden, auf dem Weg zu Wohlstand und Prosperität zumindest für die Oberschicht der 1,9 Millionen Slowenen.

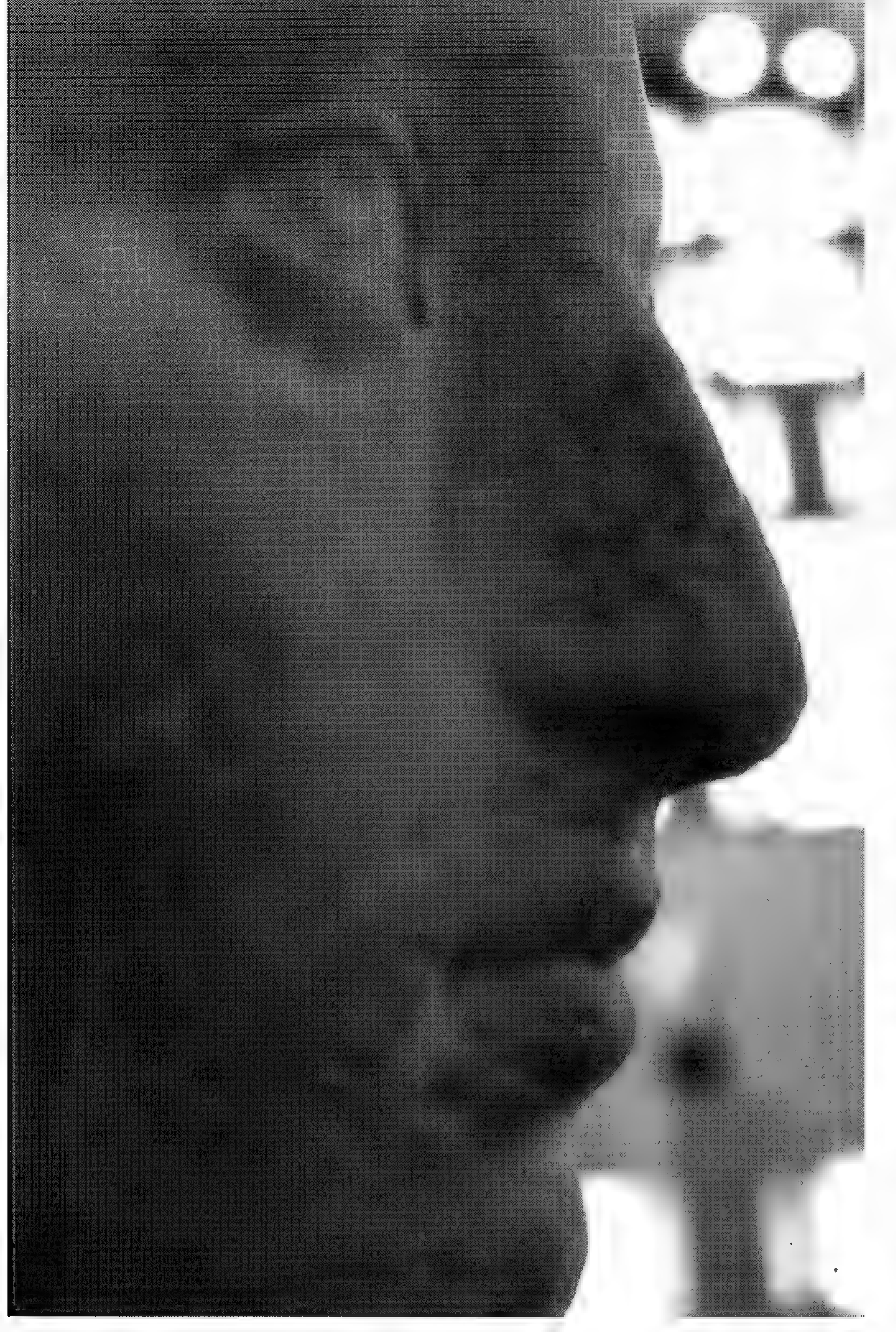
Kroatien serbenfrei

Am 25. Juni 1991 erklärten Zagreb und Ljubljana, mit Rückendeckung Deutschlands und Österreichs, einseitig die Unabhängigkeit ihrer Teilrepubliken. Der jugoslawische Präsident Markovic, wirtschaftspolitischer Gegenspieler des serbischen Führers Milosevic, nahm diese Erklärung nicht zur Kenntnis und befahl der Volksarmee die Sicherung der Staatsgrenzen. Von slowenischen Bürgerwehren besetzt gehaltene Zollstationen wurden daraufhin angegriffen. Nach drei Tagen Krieg, in dem die slowenischen Separatisten über 1.000 jugoslawische Soldaten gefangennahmen, zog sich die Armee in die Kasernen zurück. Der deutschen Außenpolitik schlug die große Stunde, die österreichische assistierte. Im Rausch der nationalen Einheit, die erst kurz zuvor fünf neue Länder an Bonn angeschloßen hatte, zerschlugen Genscher und Kohl das multinationale Jugoslawien. Die sezessionistischen Bewegungen wurden offen unterstützt, die Bundesorgane Jugoslawiens vor den Kopf gestoßen. So z.B. als Österreichs Außenminister Alois Mock lange vor der Anerkennung der slowenischen Unabhängigkeit den späteren slowenischen Außenminister Rupel als Mitglied der österreichischen KSZE-Delegation nach Berlin einlud. Die Diskussionen um einen Ausschluß Jugoslawiens aus den internationalen Organisationen begannen dort. Ideologisches Kernstück der jugoslawischen Desintegration bildete die These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, die ohne jedes kritische Hinterfragen als Recht zur Errichtung eines eigenen, ethnisch möglichst homogenen Nationalstaates postuliert wurde. Im gesellschaftlichen Milieu des Balkans, das wußte jeder, der es wissen wollte, konnte diese Zielvorstellung nur in den Krieg führen. Wo 30 und mehr Völkerschaften auf engstem Raum miteinander leben, ist die Volkszugehörigkeit als Argument für eine territoriale Einheit ein Unding. Die einfache Formel von der Anerkennung neuer Nationalstaaten als Mittel zur Verhinderung von Bürgerkrieg in Jugoslawien, wie sie von CDU bis zu den Grünen gebetsmühlenartig wiederholt wurde, hat sich im Nachhinein als kriegstreiberisch erwiesen. Ohne daß daraus allerdings bisher irgendwelche Konsequenzen gezogen wurden. Zudem haben Regierungen und Oppositionen in deutschen Landen von Anfang an gute und schlechte Nationalismen auseinanderdividiert. Serbisch wurde dabei von deutschen Medien und Politikern durchwegs mit denunziatorischen Adjektiven belegt, während slowenisch, kroatisch und - später - bosnisch einen sympathischen Klang erhielten. Mitte Januar 1991 brachte die »Affaire Spegelj« ein wenig Licht in die dunklen Machenschaften militärischer Vorbereitungen Kroatiens auf einen Bürgerkrieg. Der Kroate Martin Spegelj, selbsternannter Verteidigungsminister aus Zagreb, sprach in einem TV-Interview von der unumgänglichen »Ausrottung« der Serbenhochburg Knin. Dafür hatte er sich von der ungarischen Armee 36.000 Maschinengewehre besorgt. Der Journalist, der die freizügige Rede Spegeljs in Bild und Ton setzte, verstarb zwei Stunden nach Ausstrahlung des Beitrages. Angebliche Todesursache: Selbstmord. Belgrad war alarmiert. Und die serbische Minderheit in Kroatien bekam Angst vor den Sezessionisten aus Zagreb. Folgerichtig beschloß man in Knin, Pankrac und Umgebung, am 22. Februar 1991 eine »Serbische Autonome Provinz Krajina« auszurufen - ganz nach dem Vorbild Sloweniens und Kroatiens. Die kroatische »Nationalgarde«, die es laut Abkommen mit den Bundesstellen eigentlich gar nicht mehr hätte geben dürfen, sollte in den serbisch besiedelten Teilen des Landes keine Exekutivgewalt innehaben. Am 2. März 1991, also noch vor den militärischen Auseinandersetzungen um Slowenien, kam es in der Stadt Pankrac zu einer gezielten Provokation kroatischer Garden gegen die örtliche Polizeistation. Eine kroatische Einheit wollte die durchwegs serbischen Polizisten der lokalen Station dazu zwingen, die ustaschafarbene Schachbrettfahne der damals auch international noch von niemandem anerkannten »Republik Kroatien« zu hissen. Als sich die Polizisten weigerten, kamen die ungarischen Armeebestände zum Einsatz. Die ersten Toten dieses Krieges waren Serben. Zu schlechterletzt sollte sich Spegeljs Vorhersage erfüllen: Nach systematischer Aufrüstung der kroatischen Armee durch westliche, insbesondere US-amerikanische Militärs, bombte sich die junge Republik im Sommer 1995 mittels der Aktionen »Blitz« und »Sturmgewitter« serbenfrei, 200.000 Menschen flüchteten in die serbisch kontrollierten Gebiete Bosniens. Zwischen den Ereignissen von Pankrac und dem kroatischen »Sturmgewitter« hatten jugoslawische Truppen ganze Städte wie Vukovar in Schutt und Asche gelegt und die kroatische Bevölkerung daraus vertrieben. Titos Kampfgefährte, Milovan Djilas, sollte recht behalten. Im Juni 1991 hatte er in der Wiener »Presse« gewarnt: »Die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien durch Deutschland, Österreich oder andere Staaten wird direkt zu einem Bürgerkrieg in Jugoslawien führen. Dieser Krieg würde von unvorhersehbarer Dauer sein und könnte, so fürchte ich, durch die Intervention internationaler Organisationen oder das Eingreifen der Großmächte nicht gestoppt werden.« Die zwei für Westeuropa wirtschaftlich interessantesten Partner - Slowenien und Kroatien - waren nach den Kriegen um die Krajina und Slawonien ethnisch homogen. Bosnischer Dreikampf um eine staatliche Fiktion Die bosnische Tragödie übertraf

Ideologisches Kernstück der jugoslawischen Desintegration
bildete die These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker,
die ohne jedes kritische Hinterfragen als Recht zur Errichtung
eines eigenen, ethnisch möglichst homogenen Nationalstaates postuliert wurde.
Im gesellschaftlichen Milieu des Balkans,
das wußte jeder, der es wissen wollte,
konnte diese Zielvorstellung nur in den Krieg führen.



noch die kroatische. Hier war und ist die ethnische Durchmischung um ein mehrfaches komplizierter. Dennoch setzte die deutsch/österreichichische Außenpolitik auf dasselbe Krisen-"Lösungs"-Muster. Internationale Hilfe wurde an die Ausrufung der Unabhängigkeit geknüpft. Zuvor noch trieb man die bosnische Führung in ein Referendum über die Eigenstaatlichkeit, wohl wissend, daß ein Drittel der Bevölkerung - die Serben - dieses Modell strikt ablehnte. Ein lang andauernder, bis heute nicht wirklich beendeter Bürgerkrieg war die Folge. Anders als in Kroatien, wo die Nationalgarde mit westlicher Hilfe zur entscheidenen Kampfkraft gebracht wurde, war in Bosnien die Lage weniger eindeutig. Einen muslimischen Staat in der Mitte Europas wollte die Brüsseler Union nicht hinnehmen. Zudem standen allerlei Hilfstruppen afghanischer und iranischer Mudjahedin der bosnischen Führung um Alija Izetbegovic zur Seite. Waffenlieferungen aus der Türkei und dem Iran verstärkten den westlichen Unmut. An eine Aufrüstung der Bosnier unter diesen politischen Bedingungen war nicht zu denken. Also entwickelte man einen Interventionsplan, der die NATO - getarnt als UNO- bzw. SFOR-Truppen und ausgestattet mit wackeligem UN-Mandat - auf den Balkan brachte. Am 31. März 1993 wurde auf Beschluß der UNO über Bosnien ein Flugverbot verhängt. Damals begann die Intervention der westlichen Allianz, die von Rußland nicht zuletzt deshalb gebilligt wurde, weil auch Moskau an einer Muslimherrschaft im Herzen Europas kein Interesse hatte. Der 28. Februar 1994 sah die ersten Angriffe amerikanischer F-16-Bomber auf bosnisch-serbische Flugzeuge. Mitte April begann dann der militärische Einsatz der NATO in Bosnien; über die Konstruktion der »Partnerschaft für den Frieden« nahmen daran auch Soldaten aus Rußland, der Ukraine und Österreich teil. Vorerst lag die Einsatzzentrale im ungarischen Kaposvar. Zu diesem Zeitpunkt stand Belgrad schon längst unter UN-Embargo. Am 27. März 1992 übertrugen sämtliche TV-Stationen der Welt grauenhafte Bilder einer Explosion im Zentrum von Sarajevo, bei der 16 Menschen getötet und viele weitere verletzt worden waren. In eine nach Brot anstehenden Menge in der Vase-Miskina-Straße schlugen, so der Kommentar zum Film, serbische Granaten ein; am Boden kriechende Schwerverletzte mit zerfetzten Beinen blieben der Welt in Erinnerung - als Opfer serbischer Aggression. Drei Tage später, am 30. Mai, verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 757. Harte Sanktionen gegen Belgrad waren damit, als unmittelbare Antwort auf den Terror, in die Tat gesetzt. Später kamen Zweifel auf, ob es tatsächlich von serbischen Positionen abgefeuerte Granaten waren, die das Massaker in der Vase-Miskina-Straße verursacht hatten. Eine Untersuchungskommission der UNO vermisste beispielsweise die für Granatentreffer typischen Einschläge im Asphalt. Auch die Tatsache, daß die Straße eine Woche vor dem mörderischen Zwischenfall von bosnischen Behörden gesperrt gehalten wurde, ließ Vermutungen, es könnte sich bei dem Terrorakt um eine gezielte Provokation bosnischer Milizen handeln, aufkommen - zumal ein bosnisches Fernsehteam an Ort und Stelle war, um die Schreckensbilder in alle Welt zu senden. Belgrader Quellen nennen auch eine - später von bosnischen Behöden verhaftete - Augenzeugin, die von ihrem Wohnfenster aus gesehen haben wollte, wie bosnische Polizisten vor dem Anschlag jenen Teil der Straße abgesperrt hätten, der in ein moslemisches Viertel der Stadt führt, sodaß es mehrheitlich serbische Bürger aus Sarajevo waren, die um Brot anstanden. Ob serbische Granaten oder bosnische Bomben, blieb letztlich ungeklärt. Das gegen Belgrad verhängte Embargo wäre jedenfalls bei einer genauen Untersuchung des Vorfalls nicht argumentierbar gewesen. Trotzdem bestimmte es jahrelang das Leben von mehr als zehn Millionen Menschen im Rest Jugoslawiens und weiteren Millionen in Rumänien, Bulgarien, Makedonien und Ungarn, die mehr als der Westen Europas oder gar die USA unter der zwangsweisen Einstellung sämtlicher Wirtschaftsbeziehungen zu Belgrad litten. In den ersten Stunden des 30. August 1995 startete schließlich die NATO ihre bis dahin größte Militäraktion am Balkan. Mehr als 60 Kampfflugzeuge griffen Stellungen bosnischer Serben rund um Sara-



jewo an. Zwei Tage zuvor hatte ein angeblich bosnisch-serbischer Artillerieangriff 41 Menschen getötet. Zwei Monate später stellte sich heraus, daß das Massaker vom 28. August, das der NATO die Legitimität zum Eingriff lieferte, eine gezielte, fürchterliche Provokation der Regierung in Sarajewo war. Britische Experten hatten herausgefunden, daß die Granaten, die den Balkan in eine weitere Spirale des Krieges hineinzwangen, von bosnischen Regierungstruppen abgefeuert worden waren. Französische und russische UN-Fachleute teilten diese Meinung. Immer wieder war zu jener Zeit - auf den hinteren Seiten der westlichen Medien - von Provokationen bosnischer Einheiten die Rede, so auch Anfang August 1995, als der Chef der französischen SFOR/NATO-Truppe bekannt gab, daß seine Marinesoldaten bosnische Heckenschützen ausgehoben hatten, die tagelang gezielt auf die eigene Bevölkerung feuerten, um Punkte im Propagandakrieg zu sammeln. Der französische General wurde bald darauf von seinem Posten in Sarajevo zurückbeordert. Izetbegovic gewann, mit Hilfe der amerikanischen PR-Agentur Ruder Finn, die Propagandaschlacht. Die USA konnten sich militärisch als Sieger fühlen. Der Dayton-Vertrag vom 21. November 1995 besiegelte die Teilung Bosniens. Er war von Kampfjets der USA herbeigebombt worden, die letztlich gezielte Provokationen aus den Reihen der bosnischen Grünen Barette zum Anlaß nahmen, um die serbische Seite in die Knie zu zwingen. Freilich lag den Westalliierten auch daran, die politische Macht Sarajewos zu beschneiden, was - folgt man der totalen Absenz der bosnischen Führung in den westlichen Medien - auch gelungen scheint.

Nächster Akt: Die Zerstörung Serbiens

Nun soll Belgrad endgültig in die Knie gezwungen werden. Als einziges Land am Balkan, dessen Regierung sich dem IWF- und NATO-Diktaten bislang nicht zu beugen gewillt war, bekommt Jugoslawien die volle Gewalt der abendländischen Wertegemeinschaft zu spüren. Da kommen die rebellischen Albaner im Kosovo mit ihren verzweifelten Hilferufen an die NATO gerade recht. Schon mehrere Male in diesem Jahrhundert hatten sich albanische Freiheitskämpfer an Wien, Rom, London oder Berlin um Hilfe gewandt, um osmanische oder serbische Bedrückungen abzuschütteln. Und jedesmal kam monarchischer oder faschistischer Entsatz, der die Aufforderung zur Hilfe als Initialzündung für die Erweiterung des eigenen Machtbereichs begriff. Die albanische Frage brachte das westliche Imperium regelmäßig, wenn auch bislang nur kurzfristig, in die Offensive. Die dem Völkerrecht und selbst dem NATO-Statut, wonach nur ein um Hilfe rufendes Mitgliedsland militärischen Entsatz verdiene, widersprechenden Luftangriffe der nordatlantischen Allianz auf das souveräne Jugoslawien bilden den vorläufigen Höhepunkt einer westlichen Destabilisierungspolitik auf dem Balkan. Medial wird diese von der ständischen Schuldzuweisung an »die Serben« oder an »Präsident Milosevic« begleitet. Wenn die Politik Belgrads auch einen gehörigen Anteil an der Zerschlagung Jugoslawiens hat, die Auslöser dieser Tragödie sitzen in Zagreb, Ljubljana und Sarajewo, die Strategen in Bonn/Berlin und Washington. Während sich Bonn/Berlin von der Zerstückelung des Vielvölkerstaates die Teilnahme der Filetstücke an der westeuropäischen Integration versprach, dürften die Motive der USA, die ja bis Sommer 1991 im Gegensatz zu Deutschland an der Einheit Jugoslawien festhalten wollte, geopolitischer Natur sein. Der Balkan, so ließ man sich nach und nach im Pentagon und auf dem amerikanischen Kapitol überzeugen, ist als Aufmarschgebiet gegen zukünftige slawische Unruheherde bestens geeignet. Insbesondere läßt sich von hier aus das Schwarze Meer und damit die Ukraine und Rußland auch vom Südwesten aus erreichen. Ein ökonomischer Effekt der Zerstörung Jugoslawiens bleibt für den Westen dies- und jenseits des Atlantiks auf jeden Fall: Der Wiederaufbau devastierter Landstriche von Kroatien über Bosnien bis Serbien bringt fette Aufträge. Eine zweite mögliche Strategie der US-geführten NATO-Schläge könnte sich auch indirekt gegen Westeuropa wenden. Wirtschaftliche Kleinkriege zwischen Brüssel und Washington sind ja bereits auf der Tagesordung. Die euroschwangere EU stellt zudem einen nicht ausmachbaren Konkurrenten für US-Amerika dar. NATO-Schläge zur Destabilisierung der EU-Ränder verursachen langfristig politische Kosten auf dem Kontinent. Nach dem direkten Eingriff der NATO werden nationalistische Bewegungen über Jahre die Kultur am Balkan bestimmen. EU-Europa ist in der Folge mit einem Problem beschäftigt, das man sich eigentlich vom Hals schaffen wollte: der Ethnisierung sozialer Probleme an der Peripherie. Wer alles den Preis für diese Politik bezahlen wird, steht noch nicht fest. Die Albaner auf jeden Fall. Sie gehören zu den größten Opfer der jugoslawischen Katastrophe.

Der Artikel erschien zuerst in Österreich in der Zeitung: Volksstimme 13/99.



Hinter der Rhetorik

by Noam Chomsky

Es hat viele Untersuchungen über die NATO (was in erster Linie bedeutet US- Bombardierungen) im Zusammenhang mit dem Kosovo gegeben. Viel wurde über das Thema geschrieben, nicht zuletzt Znet Kommentare. Ich möchte ein paar allgemeine Anmerkungen machen und halte mich dabei an Fakten, die nicht ernsthaft in Frage gestellt werden.
Es geht hier um zwei grundlegende Punkte:
1. Welche sind die akzeptierten "Regeln der Weltordnung", die hier zur Anwendung kommen sollten?
2. Wie lassen sich diese oder andere Erwägungen auf den Fall Kosovo anwenden?

1. Welche sind die akzeptierten "Regeln der Weltordnung", die hier zur Anwendung kommen sollten?

Es gibt ein für alle Staaten verbindliches Regime internationaler Ordnung und Gesetze, basierend auf der UN-Charta, daran anschließenden Resolutionen und Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes. Kurzum, Androhung oder Einsatz von Gewalt sind geächtet, wenn sie nicht ausdrücklich vom Sicherheitsrat autorisiert wurden, nachdem dieser zu dem Schluß gekommen ist, daß friedliche Mittel versagt haben, oder als Mittel der Selbstverteidigung gegen "bewaffnete Angriffe" (ein enges Konzept) bis der Sicherheitsrat handelt.
Selbstverständlich gibt es noch mehr dazu zu sagen. So gibt es mindestens Spannungen, wenn nicht sogar offene Widersprüche zwischen den Regeln der Weltordnung, wie sie in der UN-Charta niedergelegt worden sind und den Rechten, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, festgehalten worden sind. Sie bilden den zweiten Pfeiler der Weltordnung, die nach dem zweiten Weltkrieg auf Initiative der USA etabliert wurde. Die Charta ächtet Gewalt, die staatliche Souveränität verletzt; die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte garantiert die Rechte von Personen gegen unterdrückerische Staaten. Das Anliegen der "humanitären Intervention" entsteht aus dieser Spannung. Die USA/NATO nehmen im Kosovo das Recht auf "humanitäre Intervention" in Anspruch, und das wird im Allgemeinen durch die Kommentare und Nachrichten der Medien unterstützt (im letzteren Fall, sogar reflexiv durch die Wahl der Ausdrucksweise).
Die Frage wird in einem Bericht der New York Times vom 27. März angesprochen, der mit "Juristen unterstützen den Einsatz von Gewalt" im Kosovo übertitelt ist. Es wird ein Beispiel gegeben: Allen Gerson, vormals Berater der US-Delegation bei den Vereinten Nationen. Zwei weitere Gelehrte werden zitiert. Einer von ihnen, Ted Galen Carpenter, "äußerte sich abschätzig über das Argument der Regierung" und verneinte das angebliche Recht zur Intervention. Der dritte ist Jack Goldsmith, ein Spezialist für internationales Recht an der juristischen Fakultät in Chicago. Er sagt, daß die Kritiker der NATO-Bombardierungen "ein gutes juristisches Argument haben", aber "viele Leute glauben, daß [eine Ausnahme für humanitäre Intervention] auf der Grundlage des Gewohnheitsrechts existiert". Damit sind die angebotenen Beweise für die in der Überschrift angegebene, bevorzugte Schlußfolgerung zusammengefaßt.
Goldsmiths Bemerkung ist vernünftig, zumindestens, wenn wir darin übereinstimmen, daß Fakten entscheidend für die Bestimmung des "Gewohnheitsrechts" sind. Wir sollten auch einen Gemeinplatz beachten: das Recht auf humanitäre Intervention, so es denn existiert, basiert auf den "guten Absichten" der Intervenierenden, und diese Annahme basiert nicht auf ihrer Rhetorik, sondern auf ihrer historischen Bilanz, insbesondere auf ihrem Verhalten in Bezug auf die Einhaltung der Prinzipien internationalen Rechts, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes, und so weiter. Wenigstens in Bezug auf andere ist dieses eine Binsenwahrheit.
Man betrachte z.B. die iranischen Angebote in Bosnien zu intervenieren, um Massaker zu verhindern, zu einer Zeit, als der Westen dieses ablehnte.
Diese wurden abgelehnt und verpottet (in Wirklichkeit ignoriert); wenn es außer der Unterordnung unter die Macht Gründe dafür gab, dann, weil beim Iran "gute Absichten" nicht angenommen werden konnten. Ein rationaler Mensch stellt dann offensichtliche Fragen: ist die iranische Bilanz in Bezug auf Intervention und Terror schlimmer, als die der USA? Und weitere Fragen, wie z.B.: wie sollen wir die "guten Absichten" des einzigen Landes bewerten, das ein Veto gegen die Entschließung des

Sicherheitsrates, die alle Staaten aufruft, sich an internationales Recht zu halten, ablehnt? Was ist mit dessen historischer Bilanz? Wenn solche Fragen nicht zuoberst auf der Tagesordnung des Diskurses stehen, wird ein ehrlicher Mensch ihn als bloße Treue zur Doktrin abtun. Eine sinnvolle Übung besteht darin zu ermitteln, welcher Anteil der Literatur, Medien oder anderes, die Erfüllung solch elementarer Anforderungen gewährleistet.

2. Wie lassen sich diese oder andere Erwägungen auf den Fall Kosovo anwenden?

Im vergangenen Jahr kam es im Kosovo zu einer humanitären Katastrophe, die in überwältigendem Masse den jugoslawischen Streitkräften anzulasten ist. Die Hauptopfer sind albanische Kosovaren, ungefähr 90% der Bevölkerung dieses jugoslawischen Gebietes. Es wird allgemein geschätzt, daß es zu 2000 Toten und mehreren hunderttausend Flüchtlingen gekommen ist.
In solchen Fällen haben Außenstehende drei Möglichkeiten:
(I) zu versuchen die Katastrophe eskalieren zu lassen,
(II) nichts zu tun,
(III) zu versuchen die Katastrophe zu lindern.
Diese Möglichkeiten lassen sich durch andere gegenwärtige Beispiele illustrieren. Wir werden hier einige Beispiele ungefähr desselben Ausmaßes diskutieren und abschließend versuchen zu bestimmen, wie Kosovo in dieses Raster paßt.

(A) Kolumbien.

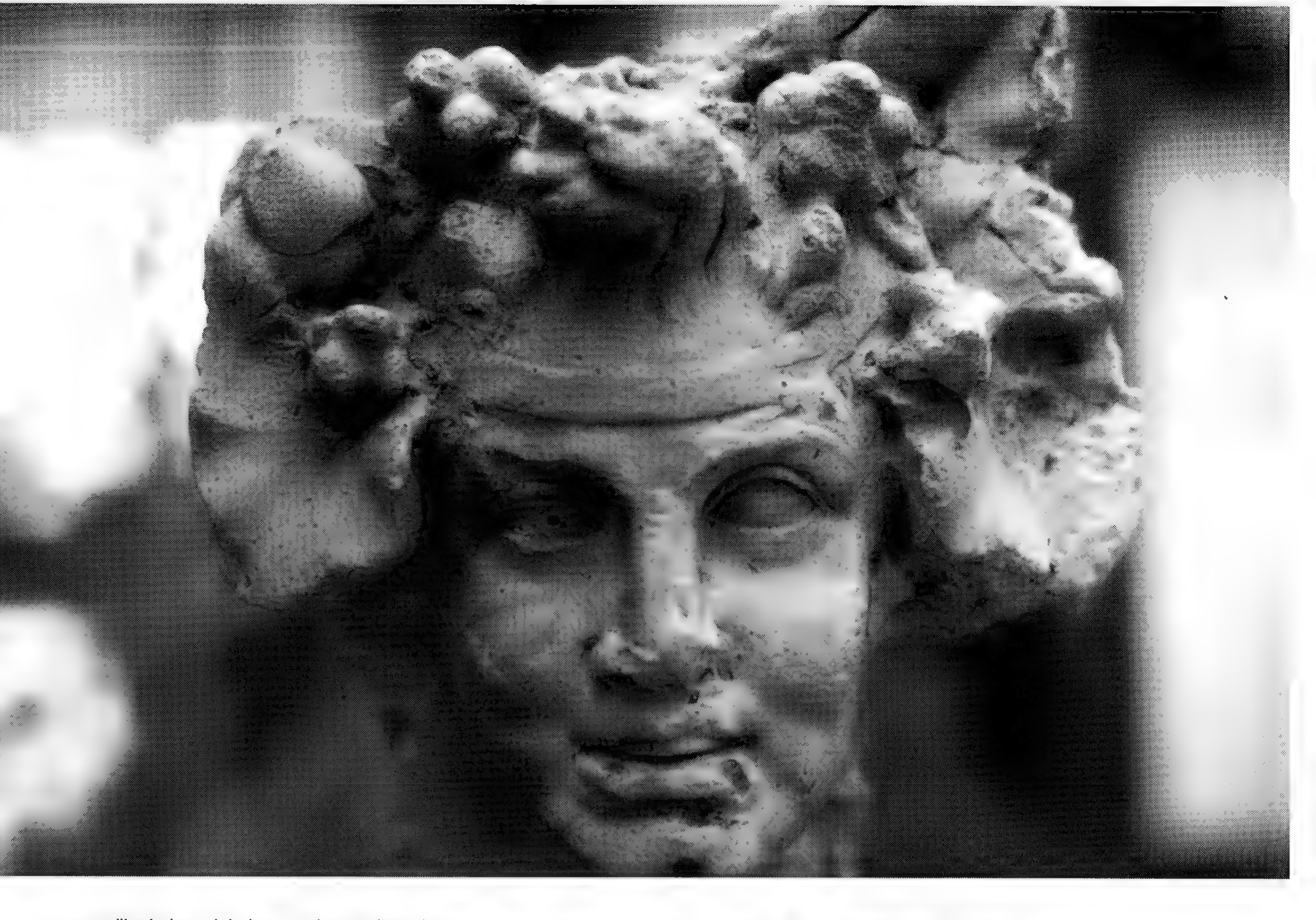
Nach Schätzungen des US-Außenministeriums liegt die jährliche Zahl der politischen Morde durch die Regierung und ihre paramilitärischen Verbündeten ungefähr auf der Höhe des Kosovos und die Zahl der Flüchtlinge, die, in erster Linie, vor diesen Grausamkeiten fliehen liegt bei weit über einer Million.
Während des Anstiegs der Gewalt in den 90ern ist Kolumbien, in der westlichen Hemisphäre, zum größten Empfänger von Waffen und Ausbildung aus den USA geworden. Unter dem Vorwand eines "Drogenkrieges" wird die Unterstützung derzeit noch verstärkt, obwohl alle ernstzunehmenden Kommentatoren diese Erklärung ablehnen. Die Clinton-Regierung hat Präsident Gaviria, unter dessen Amtsführung es nach Angabe von Menschenrechtsorganisationen zu einer "entsetzlichen Anzahl von Gewalttaten" gekommen ist, besonders enthusiastisch hochgehalten. Er hat damit sogar noch seine Vorgänger übertroffen. Detaillierte Informationen sind reichlich verfügbar.
In diesem Fall zeichnet sich das Verhalten der USA aus durch (I): Ausweitung der Greueltaten.

(B) Türkei.

Nach sehr konservativen Schätzungen fällt die Repression der Kurden durch die Türkei in die Kategorie des Kosovo. In den frühen 90ern erreichte sie einen Höhepunkt; ein Anzeichen ist die Flucht von über einer Million Kurden vom Land in die inoffizielle kurdische Hauptstadt Diyarbakir zwischen 1990 und 1994, als die türkische Armee die Dörfer auf dem Land zerstörte. Das Jahr 1994 sticht durch zwei Entwicklungen hervor: es war "das Jahr der schlimmsten Repression in den kurdischen Provinzen" der Türkei, wie Jonathan Randal als Beobachter vor Ort schilderte, und das Jahr in dem die Türkei "größter Einzelimporteur US-amerikanischer Rüstungsprodukte und damit größter Waffenkäufer der Welt" wurde. Als Menschenrechtsgruppen den Einsatz von US-Flugzeugen bei der Bombardierung von Dörfern aufdeckte, schaffte es die Clinton-Regierung, Gesetze, die das Aussetzen von Waffenlieferungen vorsehen, zu umgehen, so wie sie es auch in Indonesien und anderswo tat.
Kolumbien und die Türkei erklären ihre (durch die USA unterstützten) Greueltaten damit, daß sie ihre Länder gegen die terroristische Bedrohung verteidigen müßten. Wie dies auch die jugoslawische Regierung tut.
Erneut verdeutlicht dieses Beispiel (I): den Versuch die Greueltaten zu eskalieren.

(C) Laos.

Jedes Jahr werden Tausende Menschen, in erster Linie Kinder und arme Bauern, in der Ebene von Jars im Norden Laos getötet. Es scheint dies der Ort der massivsten, und wohl grausamsten, Bombardierungen ziviler Ziele in der Geschichte: Washingtons rasende Angriffe auf eine arme bäuerliche Gesellschaft hatten wenig mit den Kriegen in der Region zu tun. Die schlimmste Periode begann 1968, als Washington gezwungen war, Verhandlungen aufzunehmen (ausgelöst durch Druck der Bevölkerung und der Wirtschaft), wodurch die regelmäßigen Bombardierungen Nordvietnams beendet wurden.
Kissinger-Nixon entschieden sich dann dazu, die Flugzeuge zur Bombardierung von Laos und Kambodscha umzuleiten.
Die Toten stammen von "Bombies", kleinen Antipersonenwaffen, weitaus schlimmer als Bodenminen: sie sind speziell konstruiert um zu töten und zu verstümmeln und haben keine Auswirkungen auf Lastwagen, Gebäude usw. Die Hochebene war gesättigt mit mehreren hundert Millionen dieser kriminellen Geräte, die nach Angaben des Herstellers Honeywell eine Fehlzündungsrate von 20-30% besitzen. Diese Zahlen deuten entweder auf eine bemerkenswert schlechte Qualitätskontrolle oder aber eine gezielte Politik zur verzögerten Tötung von Zivilisten hin. Dabei stellten sie nur einen Bruchteil der eingesetzten Technologie dar, die auch fortgeschrittene Raketen beinhaltete, die Höhlen, in denen Familien Schutz suchten, durchdringen konnten. Derzeit werden die jährlichen Unfälle durch "Bombies" von einigen Hundert pro Jahr bis zu "einer jährlichen nationalen Unfallrate von 20.000" geschätzt, von denen mehr als die Hälfte zum Tod führen, nach Angaben des langjährigen Asien-Journalisten des Wall Street Journals, Barry Wein, in der Asien-Ausgabe des Magazins. Eine konservative Schätzung ist es denn, daß die Krise diesen Jahres in etwa vergleichbar mit dem Kosovo ist, wenngleich die Toten in der Mehrzahl Kinder sind, nach Angaben von Analysen aus Berichten des Mennonite Central Committee, welches seit 1977 dort, zur Linderung der anhaltenden Greuel, tätig ist.
Es gab Versuche Informationen über diese humanitäre Katastrophe zu veröffentlichen und sie zu beenden. Eine britische Mine Advisory Group (MAG) versucht die tödlichen Gegenstände zu entfernen, aber die USA "fehlen offensichtlich unter der Handvoll westlicher Organisationen, die MAG gefolgt sind" berichtet die britische Presse, obwohl sie schließlich der Ausbildung einiger laotischer Zivilisten zugestimmt haben. Mit einiger Verärgerung berichtet die britische Presse auch über die Vorwürfe von MAG-Spezialisten über die Weigerung der USA ihnen die "Prozeduren zum Unschädlichmachen" auszuhändigen, die ihre Arbeit "erheblich schneller und sicherer" machen würden. Diese Prozeduren bleiben Staatsgeheimnis wie überhaupt die ganze Affäre in den Vereinigten Staaten. Die Bangkoker Presse berichtet über eine ganz ähnliche Situation in Kambodscha, insbesondere im Osten, wo die US-Bombardements seit Anfang 1969 am intensivsten waren.
In diesem Fall ist die Reaktion der USA (II): Nichtstun. Und die Medien und Kommentatoren reagieren mit Schweigen. Hierbei folgen sie dem Theorem, nach dem der Krieg gegen Laos als "Geheimkrieg" angelegt war, was bedeutet, daß er bekannt war, aber Informationen unterdrückt wurden, wie auch im kambodschanischen Beispiel vom März 1969. Das Ausmaß an Selbstzensur war damals, wie auch in der gegenwärtigen Phase, außerordentlich. Die Bedeutung dieses schockierenden Beispiels sollte ohne weitere Bemerkungen offensichtlich sein.
Ich werde weitere Beispiele für die Varianten (I) und (II), von denen es reichlich gibt, überspringen, wie auch das große Schlachten irakischer Zivilisten durch eine besonders bösartige Form biologischer Kriegsführung. Befragt nach ihrer Reaktion auf die Ermordung einer halben Million irakischer Kinder in 5 Jahren bezeichnete Madeleine Albright 1996 dies als "eine sehr schwierige Entscheidung" im US-Fernsehen, aber "wir denken der Preis ist es wert". Derzeitige Schätzungen liegen bei 500 getöteten Kindern monatlich und der Preis ist es immer noch "wert". Diese und andere Beispiele könnten vielleicht auch im Hinterkopf behalten werden, wenn wir die Ehrfurcht einflößende Rhetorik über den endlich vernünftig funktionierenden "moralischen Kompaß" der Clinton-Regierung, wie das Beispiel Kosovo zeige, lesen.
Was genau aber zeigt dieses Beispiel? Die Androhung von Bombardierungen durch die NATO führte zu einer scharfen Eskalation der Greueltaten der serbischen Armee und



paramilitärischen Einheiten, und zum Abzug internationaler Beobachter, welches selbstverständlich dieselbe Wirkung hatte. Der Oberkommandierende General Wesley Clarke erklärte, daß die Intensivierung des serbischen Terrors und Gewalt, genau wie geschehen, "vollständig vorhersagbar" gewesen war. Zum ersten mal erreichte der Terror die Hauptstadt von Pristina, und es gibt glaubwürdige Berichte über ausgedehnte Zerstörungen von Dörfern, Ermordungen, Schaffung eines massiven Flüchtlingsstroms, vielleicht ein Versuch einen Großteil der albanischen Bevölkerung zu vertreiben, all dieses eine "vollständig vorhersagbare" Konsequenz der Drohung mit und dem anschließenden Einsatz von Gewalt, wie General Clark richtig bemerkt.

Kosovo ist darum ein weiteres Beispiel für (I): den Versuch die Gewalt zu eskalieren, genau in Erwartung derselben.

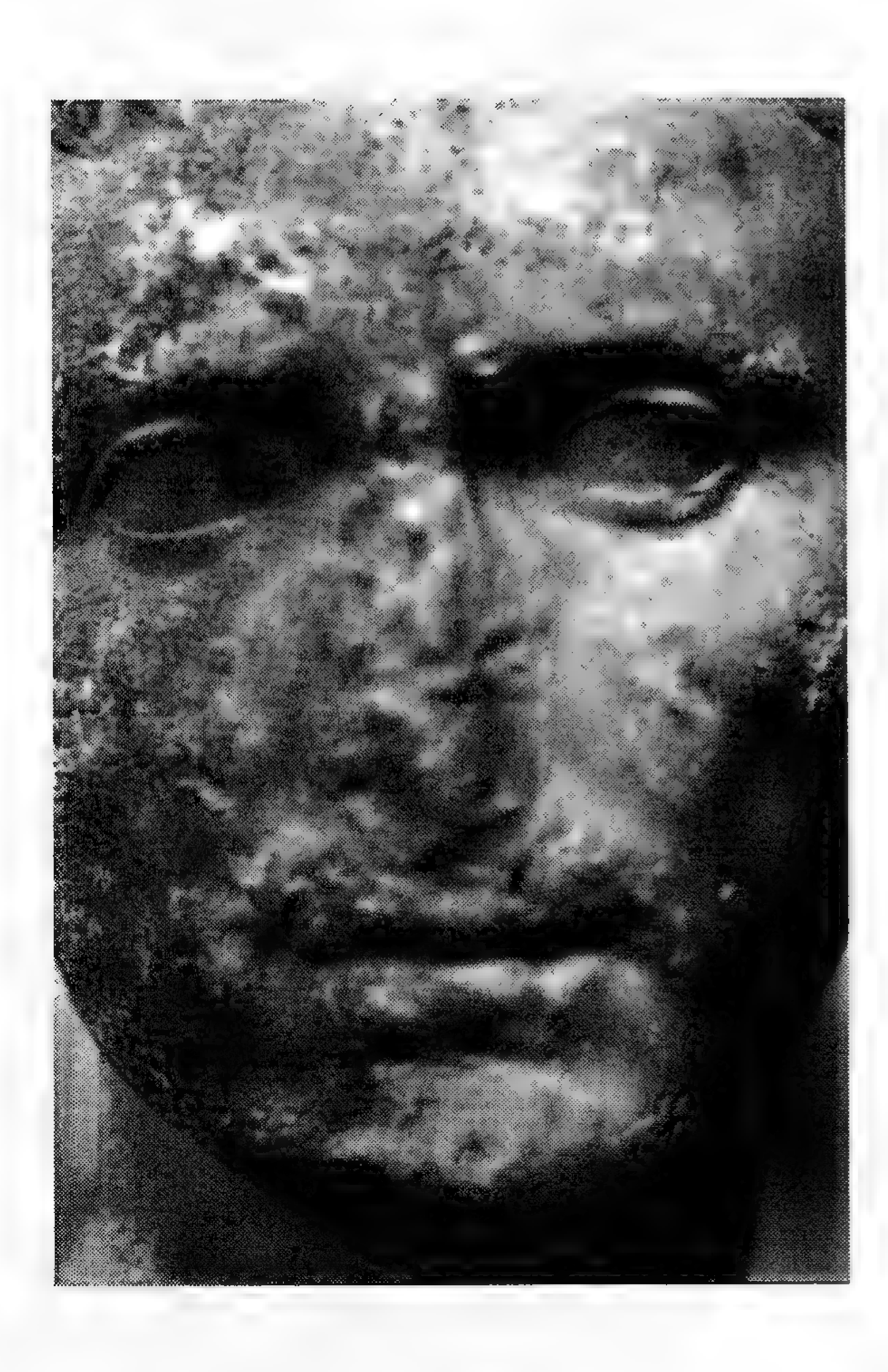
Es ist fast zu einfach Beispiele für das unter (III) beschriebene Vorgehen zu finden, zumindestens, wenn wir uns an die offizielle Rhetorik halten. Die groß angelegte, kürzlich erschienene, akademische Untersuchung über "humanitäre Intervention" von Sean Murphy überprüft erneut die Bilanz nach dem Kellogg-Briand-Pakt von 1928, der Krieg als Mittel der Politik ausschloß, und weiter seit der UN-Charta, die diese Vorkehrungen verstärkte und darlegte. In der ersten Phase, so schreibt er, waren der japanische Angriff auf die Mandschurei, Mussolinis Invasion in Äthiopien und Hitlers Besetzung von Teilen der Tschechoslowakei die bekanntesten Beispiele "humanitärer Intervention". Alle waren begleitet von moralisch erhebender humanitärer Rhetorik, wie auch sachlichen Rechtfertigungen. Japan wollte, mit Unterstützung eines führenden chinesischen Nationalisten, einer weitaus glaubwürdigeren Figur als allen, welche die USA jemals während ihrer Angriffe auf Südvietnam präsentieren konnten, ein "irdisches Paradies" errichten, indem es die Mandschurier vor den "chinesischen Banditen" verteidigte. Mussolini befreite tausende von Sklaven während er die westliche "zivilisierende Mission" ausführte. Hitler verkündete Deutschlands Absicht die ethnischen Spannungen und Gewalt beenden und "die nationalen Eigenheiten der deutschen und tschechischen Völker sicherstellen" zu wollen, durch eine Operation, "die von dem ernsthaften Wunsch den wirklichen Interessen der in dieser Region lebenden Völker zu dienen geleitet wird", in Übereinstimmung mit dem Willen derselben; der slowakische Präsident bat Hitler Slowakien zum Protektorat zu erklären.

Eine weitere hilfreiche intellektuelle Übung besteht darin, diese obszönen Rechtfertigungen mit denen zu vergleichen, die für Interventionen, einschließlich "humanitärer Intreventionen", in der Periode seit der UN-Charta angeboten werden.

In diesem Zeitraum ist wahrscheinlich die vietnamesische Invasion nach Kambodscha im Dezember 1978, die Pol Pots Greueltaten, die damals ihren Höhepunkt erreichten, beendete, das bezwingendste Beispiel für (III).

Vietnam nahm das Recht auf Selbstverteidigung gegen bewaffnete Angriffe, in einem der wenigen glaubwürdigen Fälle dieser Periode, in Anspruch: das Regime der Roten Khmer (Demokratisches Kampuchea, DK) führte mörderische Angriffe gegen Vietnam in den Grenzregionen aus. Die Reaktion der USA ist sehr erhellend. Die Presse verurteilte die asiatischen "Preußen" für ihren ungeheuerlichen Bruch internationalen Rechts. Für ihr Verbrechen das Schlachten Pol Pots beendet zu haben wurden sie hart gestraft, erst durch eine (von den USA unterstützte) chinesische Invasion, dann durch die Errichtung extrem harter Sanktionen durch die USA. Die USA anerkannten das vertriebene DK als die offizielle kambodschanische Regierung aufgrund dessen "Kontinuität" mit dem Regime Pol Pots, wie das US-Außenministerium erklärte. Nicht allzu verdeckt unterstützten die USA die Roten Khmer in ihren weiterhin stattfindenden Angriffen in Kambodscha. Dieses Beispiel gibt uns mehr Auskunft über das "Gewohnheitsrecht", welches die Grundlage für die "sich

herausbildenden gesetzlichen Normen humanitärer Intervention" bilden.
Trotz der verzweifelten Anstrengungen der Ideologen zu beweisen, daß Kreise quadratisch sind, gibt es keine ernstzunehmenden Zweifel daran, daß die NATO-Bombardierungen das, was von der zerbrechlichen Struktur internationalen Rechts bleibt, weiter unterminieren. Die USA machten dieses in der Diskussion, die zu der Entscheidung der NATO führte absolut deutlich. Außer Großbritannien (das mittlerweile ein so unabhängiger Akteur ist, wie die Ukraine in den Jahren vor Gorbatschow) waren die NATO-Länder der US-Politik gegenüber skeptisch und waren besonders verärgert über das "Säbelrasseln" (Kevin Cullen, Boston Globe, 22.2.99) der US-Außenministerin Albright. Je genauer man sich heute der vom Konflikt betroffenen Region zuwendet, desto größer ist die Opposition zu dem Beharren Washingtons auf dem Einsatz von Gewalt, selbst innerhalb der NATO (Griechenland und Italien). Frankreich hat eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verlangt, um die Stationierung von NATO-Friedenserhaltungskräften zu ermächtigen. Die USA lehnten dieses rundheraus ab, dabei auf "ihrer Position, daß die NATO in der Lage sein sollte, unabhängig von den Vereinten Nationen zu handeln", bestehend, wie Sprecher des Außenministeriums erklärten. Die USA weigerten sich, die Benutzung des "neuralgischen Wortes 'ermächtigen'" in der abschließenden Stellungnahme der NATO zu erlauben, nicht gewillt, der UN-Charta und internationalem Recht irgendwelche Autorität zuzugestehen; nur das Wort "zustimmen" wurde erlaubt (Jane Perlez, New York Times, 11.2.99). Gleichfalls war die Bombardierung des Irak ein unverschämter Ausdruck der Mißachtung der UN, bis hin zum genauen Zeitpunkt, und wurde auch so verstanden. Und natürlich gilt dasselbe auch für die Zerstörung der Hälfte der pharmazeutischen Produktion eines kleinen afrikanischen Landes wenige Monate zuvor, ein Vorgang, der gleichfalls nicht anzeigt, daß der "moralische Kompaß" sich von der Selbstgerechtigkeit entfernt, gar nicht zu reden von einer Bilanz die sofort höchstrangig untersucht würde, wenn Fakten relevant für die Bestimmung dessen wären, was "Gewohnheitsrecht" ist.
So könnte auch ziemlich glaubhaft argumentiert werden, daß die weitere Zerstörung der Regeln der Weltordnung irrelevant ist, gerade so, wie sie ihre Bedeutung in den späten 30ern dieses Jahrhunderts verloren hatten. Die Verachtung der führenden Weltmacht gegenüber dem Rahmen der Weltordnung hat sich dermaßen gesteigert, daß es nichts mehr zu diskutieren gibt. Eine Analyse der internen dokumentierten Aufzeichnungen zeigt, daß diese Haltung bis in die frühesten Tage zurückverfolgbar ist, sogar bis hin zum ersten Memorandum des neugegründeten Nationalen Sicherheitsrates im Jahre 1947. Während der Jahre unter Kennedy wurde diese Haltung erstmals öffentlich ausgesprochen. Die wesentliche Neuerung der Jahre unter Reagan und Clinton ist, dass die Mißachtung internationalen Rechts und der Charta mittlerweile ganz offen vor sich geht. Sie ist auch mit sehr interessanten Argumentationen gestützt worden, die auf den Titelseiten zu lesen wären, und an erster Stelle schulischer und universitärer Lehrpläne stünden, wenn Wahrheit und Ehrlichkeit als wichtige Werte angesehen würden. Mit brutaler Deutlichkeit erklärten die obersten Behörden, daß der Internationale Gerichtshof, die UN und andere Institutionen irrelevant geworden seien, da sie nicht länger den Vorgaben der USA folgen würden, wie sie es noch in den ersten Nachkriegsjahren getan hätten.
Man könnte dann die offizielle Position vertreten. Das wäre eine ehrliche Position, zumindestens wenn sie von der Weigerung das zynische Spiel der selbstgerechten Pose, und des Hochhaltens der verabscheuten Prinzipien



internationalen Rechts, als hochgradig selektive Waffen gegen wechselnde Feinde einzusetzen, begleitet würde. Während die Reagan-Anhänger bereits zu neuen Ufern aufbrachen, hat unter Clinton die Mißachtung der Weltordnung so zugenommen, daß sogar den Falken zuzurechnende Analytiker in Besorgnis geraten. In der aktuellen Ausgabe von Foreign Affairs, dem führenden Journal der herrschenden Elite, warnt Samuel Huntington davor, dass Washington einen gefährlichen Kurs einschlägt. In den Augen eines Großteils der Welt, wahrscheinlich sogar fast der gesamten, wie er schreibt, sind die USA dabei "zur verbrecherischen Großmacht zu werden", die als "größte, einzelne äußere Bedrohung ihrer Gesellschaften" angesehen würden. Die "Theorie internationaler Beziehungen" der realistischen Schule, so fährt er fort, sagt voraus, daß es zu Koalitionen kommen könne, um ein Gegengewicht gegen diese verbrecherische Großmacht zu setzen.

Aus pragmatischen Gründen sollte deshalb diese Position überdacht werden. Amerikaner, die ein anderes Bild ihrer Gesellschaft bevorzugen, könnten für ein Überdenken aus anderen als pragmatischen Gründen plädieren.

Wie beantwortet all dieses die Frage, was man im Kosovo tun soll? Es läßt sie unbeantwortet. Die USA haben einen Kurs gewählt, der, wie sie ausdrücklich anerkennen, die Greueltaten und Gewalt "vorhersagbar" eskalieren lassen; ein Kurs der auch einen weiteren Schlag gegen das Regime internationaler Ordnung führt, welches den Schwachen wenigstens ein Minimum an Schutz vor räuberischen Staaten bietet. Auf lange Sicht sind die Konsequenzen jedoch nicht vorhersagbar. Eine glaubwürdige Beobachtung ist, daß "jede Bombe, die auf Serbien fällt und jeder ethnischer Mord im Kosovo vermuten läßt, daß es für Serben und Albaner kaum möglich sein wird, Seite an Seite in einem wie auch immer gearteten Frieden zusammenzuleben" (Financial Times, 27.3.99). Es wurde bereits bemerkt, daß einige der möglichen Langzeitergebnisse außerordentlich häßlich sind.

Ein Standardargument ist, daß wir etwas tun mußten: wir konnten nicht einfach untätig dabeistehen als die Greueltaten weitergingen. Das ist niemals wahr. Eine Möglichkeit besteht immer darin, dem hippokratischen Prinzip zu folgen: "Zuallererst, füge kein Leid zu". Wenn es keinen Weg gibt, bei diesem Prinzip zu bleiben, dann tue nichts. Es gibt immer Wege, die in Betracht gezogen werden können. Diplomatie und Verhandlungen sind nie am Ende. Es ist wahrscheinlich, daß, nachdem die Vorwände des Kalten Krieges ihre Effektivität verloren haben, das Recht auf "humanitäre Intervention" in den kommenden Jahren regelmäßiger in Anspruch genommen wird, vielleicht berechtigterweise, vielleicht nicht. In einer solchen Ära mag es lohnend sein, den Ansichten hochrespektabler Kommentatoren Beachtung zu schenken, ganz zu schweigen vom Internationalen Gerichtshof, der ausdrücklich in dieser Materie urteilte, dessen Entscheidung aber von den Vereinigten Staaten abgelehnt wurde und über dessen Kernpunkte nicht einmal berichtet wurde.

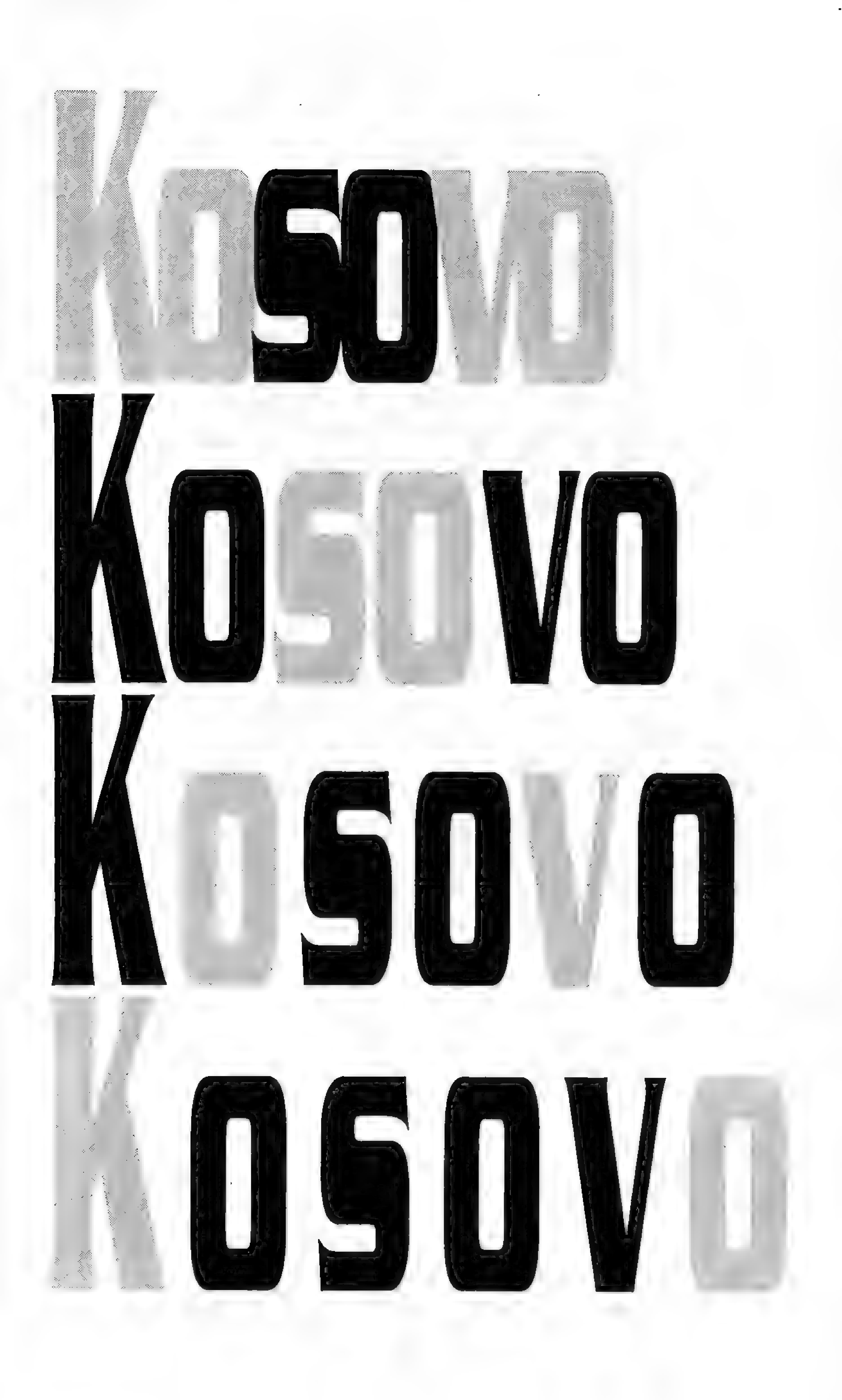
Es dürfte schwer sein respektablere Stimmen als Hedley Bull oder Leon Henkin in den wissenschaftlichen Disziplinen der internationalen Angelegenheiten und des internationalen Rechts zu finden. Bull warnte vor 15 Jahren davor, daß "einzelne Staaten oder Staatengruppen, die sich zu autorisierten Richtern des Wohlergehens der Welt aufschwingen, unter Mißachtung der Ansichten anderer, tatsächlich eine Bedrohung der internationalen Ordnung, und damit des wirksamen Vorgehens auf diesem Gebiet, darstellten". In einem Standardwerk zur Weltordnung schreibt Henkin: "[der, L.S.] Druck, der das Verbot der Anwendung von Gewalt aushöhlt, ist bedauerlich, und die Argumente, mit denen die Anwendung von Gewalt in diesen Fällen gerechtfertigt wird, sind gefährlich und überzeugen nicht (...) In der Tat kommen Verletzungen der Menschenrechte nur allzu häufig vor und wenn es erlaubt wäre, ihre Verletzung durch den Einsatz äußerer Gewalt zu beheben, gäbe es praktisch kein Gesetz den Einsatz von Gewalt irgendeines Staates gegen irgendeinen anderen Staat zu verhindern. Ich denke, die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte und dem Beheben anderer Ungerechtigkeiten, muß durch andere, friedliche Maßnahmen durchgesetzt werden, und nicht dadurch, daß der Aggression Tür und Tor geöffnet werden und die grundsätzlichen Fortschritte im internationalen Recht, die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik und das Verbot des Einsatzes von Gewalt, zerstört werden.



Anerkannte Prinzipien des internationalen Rechts und der Weltordnung, bindende Vertragsauflagen, Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes, all dieses führt nicht automatisch zur Lösung bestimmter Probleme. Jede Angelegenheit muß für sich betrachtet werden. Diejenigen, die nicht die Standards von Saddam Hussein annehmen, müssen viele Beweise erbringen, um die Androhung und den Einsatz von Gewalt durchzusetzen und damit die Prinzipien der internationalen Ordnung zu verletzen. Vielleicht können diese Beweise erbracht werden, aber das muß gezeigt werden, nicht nur mit leidenschaftlicher Rhetorik vorgetragen werden. Die Konsequenzen solcher Verletzungen müssen genauestens bewertet werden, insbesondere was wir unter "vorhersagbar" verstehen. Und für diejenigen, die wenigstens ein bißchen ernsthaft sind, gilt, daß die Gründe für das Vorgehen analysiert werden müssen, wiederum nicht einfach durch Verherrlichung unserer Führer und ihres "moralischen Kompasses".

Übersetzung von Lars Stubbe.

Der Text ist in seiner amerikanischen Fassung aus dem Labournet, das unter der Adresse www.germany.labournet.org im Netz zu finden ist, entnommen worden.



Zwischen Vietnam und Waterloo

by Stefan Gose

Eine Frage der Ehre

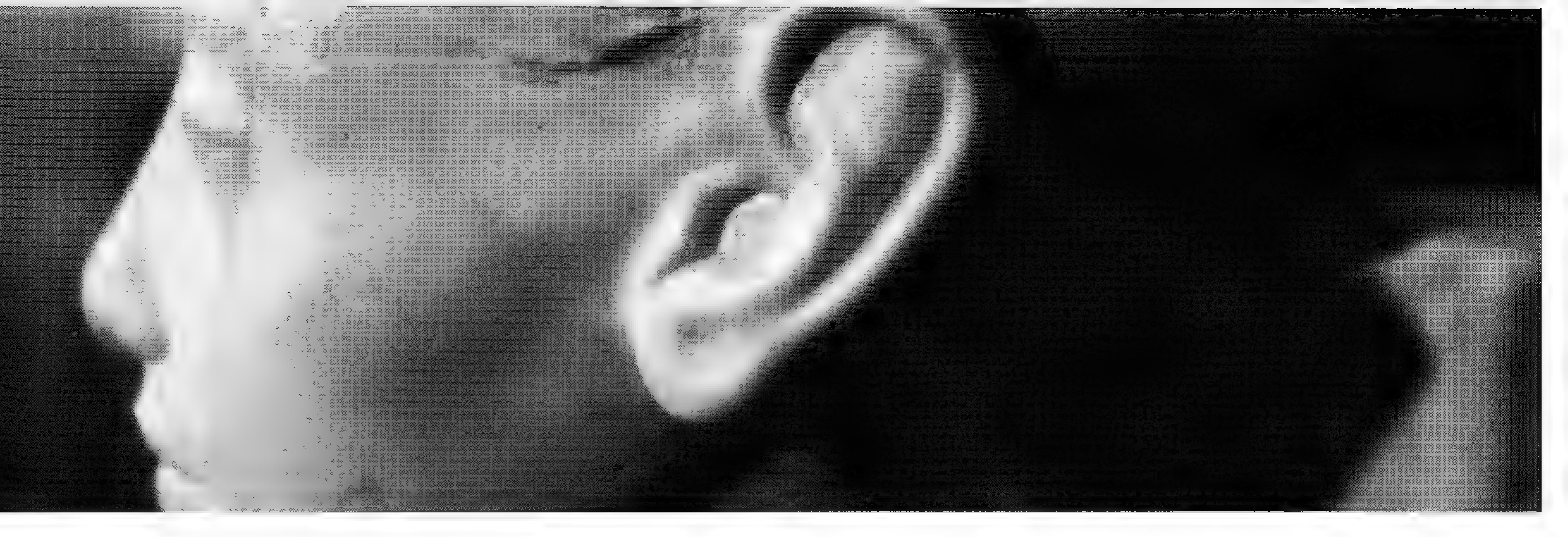
Am 24. März warf die NATO die ersten Bomben auf Serbien und den Kosovo. Am 24./25. April wollen die Mitgliedsregierungen den 50. Geburtstag der NATO feiern. Nicht viel Zeit also, um den Mythos eines schlagkräftigen "Garanten von Frieden und Freiheit" unter Beweis zu stellen. Doch schon nach zwei Wochen stellt ein drittklassiger Despot das stärkste Militärbündnis der Welt vor die Alternativen Waterloo oder Vietnam.
Im Kosovo feiert das politische Versagen seinen 50 jährigen Geburtstag. Jahrzehnte hatten die NATO-Regierungen ihre nukleare 'Abschreckung' mit Konfliktprävention verwechselt oder gar für Politik gehalten. Bereits das erste NATO-Bombardement 1995 in Bosnien und die nachfolgenden IFOR/SFOR-Truppen hatten als Befriedungsbeitrag auf dem Balkan nur Wenige überzeugt. Verblendet vom Glanz ihrer Waffen drohten die NATO-Regierungsvertreter dennoch in Rambouillet von Ultimatum zu Ultimatum. Niemand erwog die Konsequenzen. Die NATO mußte Slobodan Milosevic einfach beeindrucken, Zweifel am Sieger des Kalten Krieges hätten das westliche Weltbild zerstört.

Die militärische Spirale

Doch Milosevic rüstete unverdrossen weiter. Die NATO hatte sich in eine Glaubwürdigkeitsfalle manövriert. Für einen Befreiungsschlag brauchte das Militärbündnis allerdings politische Gründe. Also galt als erstes Ziel der NATO-Luftangriffe, Milosevic zur Unterschrift des Rambouillet-Vertrages zu zwingen, der aus serbischer Sicht den Verlust des Kosovo bedeutet. Als die US- und EU-Regierungen endlich erkannten, daß eine erzwungene Unterschrift wertlos wäre und das Rambouillet-Papier mit der ersten NATO-Bombe tot - formulierten sie ein neues Ziel ihrer Bombardements: Schwächung der jugoslawischen Armee, um den humanitären Exodus im Kosovo aufzuhalten. Jeder wußte allerdings, daß Luftangriffe allein Bodentruppen nicht stoppen können. Da aber kein NATO-Partner gewillt war, Kontingente für eine 200.000 Mann Bodentruppe zu entsenden, wurden die Luftangriffe nun mit dem dritten Ziel begründet: Sturz von Milosevic. Für dieses "humanitäre Ziel" wurden die NATO-Bombardements auf zivile Ziele wie Brücken, Verwaltungsgebäude und Industrieanlagen ausgeweitet. Zivile Opfer wurden mit Bedauern dem Despoten Milosevic angelastet. Schritt für Schritt rückte der Luftkrieg dem Boden näher. Erwartungsgemäß konnten panzerbrechende A-10-Thunderbolt-Tiefflieger wenig ausrichten, da Serbien keine massierten Panzerziele bietet. Nun sollen AH-64 Apache-Kampfhubschrauber in die letzten Winkel des Guerillakrieges vordringen. Soweit die militärische Logik.

Das rechtliche Versagen

Das juristische Versagen von Bundesregierung und NATO-Partnern wurde nicht nur von GegnerInnen des NATO-Einsatzes bisher ohne Konsequenzen beklagt:
Die deutschen Tornados in Jugoslawien brechen Artikel 25 des Grundgesetzes (Völkerrecht ist Bundesrecht) und Art. 26 GG (Verbot eines Angriffskrieges), was gemäß § 80 StGB mit einem Strafmaß zwischen 10 Jahren und Lebenslänglich zu ahnden ist.
Ebenso verstößt der Bundeswehreinsatz gegen Art. 2 des 2+4-Vertrages (Verbot eines Angriffskrieges, UN-Mandat). Völkerrechtlich bricht das NATO-Bombardement insbesondere Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta (Verbot von Drohung und Anwendung von Gewalt) in Verbindung mit Art. 53 Abs. 1 UN-Ch (UN-Mandat) und einer Reihe nachgeordneter Artikel.
Was für Bundeswehrsoldaten gemäß § 22 Soldatengesetz (Verbot der Ausführung rechtswidriger Befehle) im Beson-



deren gilt, hat auch für die übrige Bevölkerung mit Art. 20 Abs. 4 GG Verfassungsrang: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Das NATO-Konfliktmanagement

Die NATO-Regierungen präsentieren hier ein peinliches bis zynisches Bild: zunächst ignorierten sie den erbitterten russischen Widerstand und versüßten Jelzins Stillhalten mit einem IWF-Scheck über 8 Mrd. $. Als die NATO-Bomben erwartungsgemäß vorwiegend am eigenen Image kratzten, setzte die Allianz plötzlich Hoffnungen in die erfolglosen Vermittlungsversuche des russischen Premierministers Primakov.

Ähnlicher NATO-Zynismus mit der UNO: In Rambouillet wurde eine UN-Truppe nicht einmal erwogen, die UNO wurde vor dem "humanitären" Bombardement nicht gefragt. Als die NATO-Bomben aber zu den absehbar erhöhten Flüchtlingsbewegungen führten, erklärte sich die NATO für nicht zuständig. Sie rief das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen/UNHCR und private Hilfsorganisationen zur Hilfe. Erst nach zwei Wochen erklärten sich die NATO-Staaten zur Aufnahme von 100.000 der mittlerweile ca. 1,4 Millionen Flüchtlinge bereit. Alleine das bettelarme Albanien hat über 130.000 Flüchtlinge aufgenommen. Zynisch erklären westliche Politiker, weitere Flüchtlinge aus den Elendsquartieren aufzunehmen, würde nur die serbische Vertreibungspolitik bestätigen. Die bisher von der Bundesregierung zugesagten 45 Mio. DM für humanitäre Hilfen entsprechen den Kosten von etwa 60-100 HARM-Raketen der deutschen Tornados.

Vom Luftkrieg auf den Boden der Tatsachen

Die künftige Entwicklung des Jugoslawienkrieges hängt von der innenpolitischen Situation in Jugoslawien und der innenpolitischen Debatte in den NATO-Staaten ab: Nachdem die serbische Vertreibungspolitik im Kosovo zu einer weitreichenden Entvölkerung des Gebietes von AlbanerInnen geführt hat, ist Slobodan Milosevic nun bemüht, abhängige Marionetten wie den einstigen Albanerführer Rugova oder eine neue Militärführung in Montenegro einzusetzen und der NATO ein Ende aller Kampfhandlungen anzubieten. Mit dieser 'Friedhofsruhe' möchte Milosevic der unschlüssigen NATO den Anlaß nehmen, kämpende Bodentruppen ins Land zu schicken. Eine serbische 'Spielart' zur Diskreditierung weiterer NATO-Luftangriffe ist die Geiselnahme von Kosovaren, die als 'menschliche Schutzschilde' vor serbischen Stellungen mißbraucht werden. Sollten die NATO-Regierungen auf diese 'enthnische Befriedung' eingehen, würden sie die serbische Vertreibungspolitik auf dem Rücken der Kosovaren belohnen.

Bislang haben die zweifelhaften Waffenstillstandsangebote aus Belgrad die NATO nur als Anzeichen serbischer Schwäche zu weiterer Kriegsführung ermutigt. Doch der Preis dafür ist nicht minder hoch: Jeder weitere Kampf ums Kosovo findet zunehmend am Boden statt. Das bedeutet, auch für die NATO-Truppen steigt die Gefahr eigener Verluste. Die öffentliche Empfindlichkeit beim Abschuß eines amerikanischen "Tarnkappenbombers" F-117A oder der Gefangennahme eines amerikanischen Bodenkommandos im Kosovo-Mazedonischen Grenzgebiet zeigt, daß ein jugoslawischer Bodenkrieg an der Heimfront in den NATO-Staaten schnell verloren werden kann. Erklärte NATO-Generalsekretär Solana zunächst gebetsmühlenartig, "Wir führen keinen Krieg," appelierten amerikanische Politiker plötzlich alarmiert, Serbien solle die drei gefangenen GIs korrekt gemäß der internationalen Kriegsgefangenenkonvention behandeln.

Trotzig sandte die US-Regierung 20 weitere F-117A aus Holloman/Texas nach Spangdahlem in die Eifel. Britische Tornados starten nun vom niederrheinischen Brüggen, die Bundeswehr schickte zwei zusätzliche Tornados nach Piacenza. Auf das künftige Schlachtfeld weist allerdings die Verlegung von 24 amerikanischen AH-64 Apache-Kampfhubschraubern mit 2.000 Soldaten nach Albanien: den Boden. Die NATO-Strategie dahinter ist durchsichtig: Massive Luftschläge sollen die jugoslawischen Truppen zermürben, denn eine kämpfende Bodentruppe von etwa 200.000 Soldaten wird die NATO nicht aufbringen. Gelingt es der NATO aber, aus einer Position eigener Stärke einen Waffenstillstand zu diktieren, könnten die etwa 28.000 Soldaten genügen, die die NATO für ein Protektorat im Kosovo für erforderlich hält.

Nationale Interessen statt Humanität

Im Sinne dieser Logik wurden jüngste Waffenstillstandsinitiativen von deutscher,

Auf das künftige Schlachtfeld
weist allerdings die Verlegung
von 24 amerikanischen AH-64 Apache-Kampfhubschraubern
mit 2.000 Soldaten nach Albanien:
den Boden.



russischer und UN-Seite mit verstärktem Bombardement erstickt. Zugleich sollten wachsende Zweifel an den Zielen der Allianz gesprengt werden. Denn seit Anfang April Details des Rambouillet-Papiers bekannt wurden, wonach ganz Jugoslawien in ein NATO-Protektorat mit unbeschräknten Vollmachten der Allianz umgewandelt werden sollte, ahnen auch anfängliche BefürworterInnen des Bombardements, daß ein solcher Siegfrieden für keine serbische Regierung akzeptabel gewesen wäre. Statt der humanitären Vorwände werden in Regierungsgängen wieder die nationalen Interessen an einer Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawien erörtert. Bündnisgrüne, die die militärische 'ultima ratio' bislang verteidigten erklären nun, sie wußten gar nicht, was in Rambouillet eigentlich verhandelt wurde, - ob also wirklich alle diplomatischen Möglichkeiten seriös 'ausgeschöpft' wurden. Schon wackelt die Zahl von 10.000 Flüchtlingen, die Otto Schily maximal ins Land lassen wollte. Erste Alleingänge, wie das militärisch risikoreiche Abwerfen von Hilfsgütern über dem Kosovo, wurden von Frankreich bereits angekündigt, um Forderungen abzuwehren, auch Frankreich müsse Flüchtlinge aufnehmen. Das gegenüber Flüchtlingen vergleichsweise liberale Italien hat mit der direkten Beteiligung an den Bombardements mittlerweile einen restriktiven Schwenk vollzogen. Die Türkei wirbt mit der Aufnahme von Flüchtlingen um Sympathien unter den NATO-Regierungen. Die humanitäre Geste der USA beschränkte sich auf die Aufnahme eines Flüchtlingskontingents auf dem kubanischen US-Stützpunkt Guantanamo. Im Zentrum der amerikanischen Balkananalyse steht jedoch nach wie vor das Postulat, die NATO müsse ihre angeschlagene Glaubwürdigkeit durch einen Sieg über Serbien wieder herstellen. Die britische Analyse folgt ihrer Tradition, daß ein eigener Standpunkt in der NATO die eigene Position nur schwächen würde.

Die Zeit arbeitet für Milosevic

Je größer die vorherigen Zerstörungen, desto kleiner das spätere Interventions-Risiko, lautet die NATO-Strategie. Dies weiß auch Slobodan Milosevic. Und der ist keineswegs der "Verrückte", zu dem westliche Regierungen und in ihrem Schlepptau die Medien gerne ihre Gegner entmenschlichen. Nüchtern spielt der serbische Despot auf Zeit. Denn je länger Serbien sich von dem NATO-Bombardement unbeeindruckt zeigt und brutale Fakten im Kosovo schafft, desto bohrender werden die Fragen der westlichen Öffentlichkeit, wem diese NATO-Bomben noch helfen sollen. Solange serbische "Sicherheitskräfte" sich kampfbereit zeigen, ist der Einsatz einer NATO-Bodenstreitmacht unwahrscheinlich. Sollte die NATO-Luftwaffe aber schließlich verkünden können: 'Operation gelungen, Patient tot,' hätten sie die eigentliche humanitäre Frage des Krieges noch vor sich.

Protektorat oder feindliche Besatzung?

Fraglos haben die NATO-Bomben die Versorgung der serbischen Truppen beeinträchtigt. Es ist nur eine Frage des Zerstörungsgrades, wann Rußland, die UNO oder eine neutrale Persönlichkeit um ernsthafte Vermittlung gebeten werden. Da die NATO-Staaten als "ehrliche Makler" diskreditiert sind, gleichzeitig aber als einzige über ein Instrumentarium für eine wirksame UN-Verwaltung des Kosovo verfügen, ergäbe sich ein mehrfaches Dilemma: die militärpolitische Rolle Rußlands auf dem Balkan würde wachsen, ohne daß von Rußland ein humanitärer Wiederaufbaubeitrag zu erwarten ist. Neutrale Staaten könnten mit UN-Mandat ebenfalls wenig im Kosovo ausrichten, solange sie nicht auf Logistik und Gelder aus NATO-Staaten zurückgreifen könnten. De facto würde unter einem solchen kraftlosen UN-Regime die serbische Regierung wieder an Gestaltungsspielraum gewinnen. Zwar gibt es neutrale Staaten mit einiger humanitärer Hilfserfahrung wie etwa Japan, Australien, Neuseeland, Österreich oder Schweden. Doch erstens muß bezweifelt werden, daß solche Länder von serbischer Seite wirklich als neutral akzeptiert werden, zweitens fehlt auch ihnen manche Logistik und die Motivation zum Kosovo-Einsatz und drittens wird sich die NATO in Europa nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen wollen.

Deshalb wird ein Jugoslawien-Protektorat einem Siegfrieden der NATO sehr ähnlich sehen. Eine zivile Verwaltung des Kosovo unter UN- oder OSZE-Mandat, an dem die NATO-Staaten maßgeblich beteiligt sind, wird aus serbischer Sicht eine faule Demütigung bleiben. Anders als bei SFOR in Bosnien würde eine solche Kosovo-Implementation Force von serbischer Seite als feindliche Besatzungsarmee verstanden. Die Risiken für UNO, OSZE und Rußland wären hoch, ihre Reputation als Erfüllungsgehilfen der NATO zu verspielen. Um erneute Kampfhandlungen zu vermeiden, müßte eine solche Truppe ausgerechnet auf die Autorität der serbischen Vertragspartner setzen. Gleichzeitig kann eine solche Mandatsmacht nur das Vertrauen der Konfliktparteien gewinnen, indem sie durch substanzielle Wiedereraufbauhilfen überzeugt. Die Londoner Bank Lehman Bros. hat das Verhältnis von Wiederaufbaukosten und militärischen Kosten - ohne größere Infrastukturmaßnahmen - mit mindestens 4:1 beziffert. Doch Forderungen nach einem gesamt-jugoslawischen Marshallplan sind bisher nur Lippenbekenntnisse.

Nutzen die NATO-Staaten ihre "2. Chance"?

Damit stehen die NATO-Regierungen nach mehreren hundert Toten, militärischen Milliardenverschwendungen, ungezählten Zerstörungen und unabschätzbarem Vertrauensverlust nun wieder dort, wo ihnen vor zwei Wochen nur noch Bomben einfielen. Es ist daher hochaktuell, heute nochmals die Kardinalfehler der NATO-Regierungen bis zu ihrer "ultima ratio" zu benennen, die keine war. Nach wie vor besteht mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal eine völkerrechtliche Handhabe gegen die Kriegstreiber im Kosovo, - selbst Rudolf Scharping hat das mittlerweile bemerkt. Noch immer bietet sich die UNO zur friedlichen Konfliktbeilegung an. Wer täglich 500 Mio. DM zur Kriegsführung auszugeben bereit ist sollte erst den Beweis für die Behauptung erbringen, mit diesem Geld lasse sich nicht friedlich auf den Balkan-Konflikt einwirken.

Die NATO-Regierungen haben es sich planlos erschwert, ihrer humanitären Rhetorik Taten folgen zu lassen. Doch zu einer anreizbedingten Abrüstungspolitik und einem substanziellen Marshallplan für den gesamten Balkan existiert keine Alternative. Sollten sich die NATO-Regierungen auf ein halbherziges Militärprotektorat wie in Bosnien ohne spürbaren gesellschaftspolitischen Wiederaufbau beschränken wollen, werden sie im Kosovo ihr Waterloo erleben.

Stefan Gose ist Redakteur der Zeitschrift "antimilitaristische information" (ami) aus Berlin.

Hey Joe!
Where ya going with that Gun in your Hand?
Botschaft an die Truppen der NATO

by *Jimi Hendrix*

Ihr wurdet aufgefordert, den souveränen Staat Jugoslawien anzugreifen.
Für die amerikanischen Truppen ist es bereits der vierte Angriff gegen ein unabhängiges Land in den letzten 9 Monaten. "Surgical Strikes"("Operative Schläge") wurden in Afghanistan, Sudan, Irak, und jetzt Jugoslawien durch den sogenannten "Friedenskandidaten" Präsident Clinton, angeordnet. Er führt jetzt die Statistik mit den meisten Militäraktionen vor allen anderen Oberbefehlshabern seit Richard Nixon - dem "Friede mit Ehre" Kandidaten von 1972.
NATO Truppen, die eigentlich Europa verteidigen sollen, gehen jetzt in die Offensive. Ihr greift ein anderes europäisches Land an; entfesselt den ersten Krieg auf dem Kontinent seit dem zweiten Weltkrieg, der Blitzkrieg wieder einmal unter der Doktrin "First Strike - First Kill."
Deutsche Truppen ziehen zum ersten Mal seit 1945, als die NAZI Truppen zerschlagen wurden, wieder in den Kampf. Ihr werdet dazu aufgerufen, genau das Volk anzugreifen, welches sich vor sechzig Jahren heldenhaft gegen Hitlers Waffen-SS und Wehrmacht wehren musste.
Eure Offiziere, Eure Oberbefehlshaber, Eure Politiker, Eure" freie Presse" und vielleicht sogar Eure Freunde und Familienangehörige erzählen Euch, daß Eure Mission im Namen der Menschlichkeit stattfindet. Euch wird befohlen, Leben zu nehmen, um Leben zu retten. Ein General in Vietnam sagte einmal: "Wir müssen das Dorf zerstören, um es zu retten.'
Was ist so human an massiven Luftangriffen, wenn Cruise Missiles, A-6's, B-2's, B-52's, Tornados, F-16's, F-15's, und 2000 Pfund Bomben, auf ein Land regnen, welches nicht größer als der Staat Tennessee/USA ist? Eure Führer sagen euch, es werden "Colateral Damage" stattfinden, ein netter militärischer Ausdruck für die Verluste von Männern, Frauen und Kindern in der Zivilbevölkerung. Sie sagen, daß auch einige von Euch ihr Leben verlieren werden. Für was?
Für die Menschen des Kosovo? Nein! Lest zwischen den Zeilen, und ihr werdet feststellen, daß die Kosovaner als Schachfiguren in einem großen machtvollen politischen Schachspiel herhalten müssen -- wie die Slowenen, Bosnier und Kroaten vor ein paar Jahren. Es besteht keine Absicht, eine unabhängige "Republik Kosovo" zu etablieren. Der Plan ist vielmehr, die Weiterführung der serbischen Dominanz in der Region mit ausländischer Überwachung der Albanischen Rechte.
Wenn die NATO so sehr um die Menschenrechte besorgt ist, warum hat sie denn bis jetzt noch nicht gegen die ethnischen Säuberungen gegen die Kurden in der Türkei in den letzten 15 Jahren eingegriffen? Was ist mit den "ethnischen Säuberungen" der eingeborenen Indianer in der amerikanischen Geschichte? Was ist mit der gegenwärtigen "ethnischen Säuberung" der schwarzen Bevölkerung, die in großer Zahl durch amerikanische Behörden im heutigen Amerika ermordet oder ins Gefängnis geworfen wird?
Deutschland fing mit der Aufteilung Jugoslawiens 1989 an, sehr zur Verachtung von England, Frankreich und der USA die einen starken serbischen Staat für ihre "Neue Weltordnung" benötigten. Heute sind die USA am Drücker, sie vereinigen ihre Allierten um ein Programm, welches Serbien als stärkstes Land des Balkan vorsieht, um dort am Besten ihre eigenen Interessen wahrnehmen zu können. Ihr Hauptinteresse in dieser Region besteht darin, eine Ausbreitung von Instabilität zu verhindern - besonders um die sich zuspitzenden Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei, zweier NATO-Verbündeter in der Region zu verhindern. Die USA und ihre Verbündeten betätigen sich als "Globale Polizei", um die Kontrolle für ihre allgemeinen Interessen zu stärken - damit es ihnen möglich ist die Menschen und Länder dieser Welt für den "Allseelig-machenden Gott Profit" zu plündern und auszubeuten. Der Einsatz ist hoch! Sie riskieren sogar eine nukleare Konfrontation mit Rußland - 3.Weltkrieg - in ihrem Machtkampf zur Kontrolle des Balkan.
Schenkt dem ganzen Gerede keinen Glauben! Wir, Veteranen zurückliegender Kriege sowie Reservisten und Soldaten heutiger Kriege rufen die Truppen aller NATO Staaten auf, nicht an diesem Programm teilzunehmen. Zu töten, sterben oder dem Sterben deiner Freunde für "ihr Land" zuzusehen, hat nichts mit "Ehre" zu tun, aber viel mit Profit. "Eure Länder" gehören und werden von einer Hand voller Parasiten kontrolliert, die vom Blut, Schweiß und den Tränen von Millionen dieser Welt leben. Unsere militärische Erfahrung lehrt uns, daß Soldaten nichts anderes als Kanonenfutter im Machtspiel um die Weltherrschaft sind.
Widersetze Dich! Wir haben gelernt, daß man sich auch innerhalb des Militärs widersetzen kann. Soldaten müssen eine aktive Rolle bei der Beendigung des Krieges spielen. Schließt Euch uns und anderen Anti-Kriegs-Bewegungen in Eurer Umgebung an um gegen diesen Krieg zu demonstrieren.

Wir rufen Soldaten, Reservisten und Veteranen von allen Ländern auf diese Botschaft zu unterschreiben und zu verteilen!
Darnell S. Summers, Vietnam Veteran; David Blalock, Vietnam Veteran; Peter Gunn, Anti-Vietnam Veteran, Supporter of "FighT bAck"; Scotty Cade, facilitator of VVAWAI Hawaii Chapter; Fredy Champagne, Vets for Peace; Hayden Fisher, VVAWAI LA; James M. Kearney, WA Vets for Peace; Marty Kunz, U.S. Navy, 1970-1976; Stan Nishimura, CT.; Jeff Paterson, 1st Gulf War Resister; Hank Roth, aka TheGolem Listmaster: PNEWS-L; W. W. Taylor , USMC, Hue (1967-68); T. Peter Schoonmaker Jr.,VVAWAI; George Silver, Vietnam, 75th Rangers, 1968-71; Marvin Simmons, Northwest Vets For Peace; Bill Warrick, Gainesville Vets For Peace; Sonny Williams, VVAWAI Cincinnitti; Vietnam Veterans Against the War/A.I., National Office, Seattle, WA, USA

Kontaktaddresse:
STOP THE WAR BRIGADE, Gaustrasse 36, 67547 Worms, Germany
Tel: 0177-4816128, FAX: STWB 06221-164489, Email: STOPTHEWARBGDE@hotmail.com,
Website:http://www.oz.net/~vvawai

Kriegstagebuch

Notizen aus dem Internet

by Alexandra Bader

Samstag 17. April 1999

Während die NATO von "demokratischen Piloten eines zivilisierten Staates" bei der üblichen Pressekonferenz spricht, aber ansonsten nur die neuesten Treffer, nicht aber den auf den Flüchtlingskonvoi thematisieren will, lassen Journalisten nicht locker. Die zahmeren unter ihnen fragen nur nach dem in Aussicht gestellten Bordvideo. Und vergessen offenbar, daß sie das auch beim Angriff auf den fahrplanmäßigen internationalen Reisezug nicht bekommen haben. (Anm. am 19.4. - es gibt ein Tonband vom Piloten, das zitiert wurde, in Sachen Konvoi, das Video bekommen die Medien nicht zu Gesicht) Die Couragierten recherchieren vor Ort und berichten, wie Robert Fisk, The Independent, in seinem Artikel "This atrocity is still a mystery to Nato. Perhaps I can help... ". Er besuchte den "highway of death" zwischen Prizren und Djakovica. Also jene Strecke, auf der die NATO nach serbischen Angaben mindestens 74 Kosovo-albanische Flüchtlinge in einer Serie von Bombenangriffen niedergemetzelt hat. Fisk beschreibt, wie er wenige Stunden, nachdem er neben einer alten türkischen Brücke den Torso eines toten Mannes, die Leiche einer jungen Frau mit blutüberströmtem Kopf gesehen hat. Und dann NATO-Sprecher Shea im TV sieht, wie dieser zu erklären versucht, warum die Allianz immer noch nicht weiß, was am 14. April passiert ist. O-Ton Fisk weiter: "All those torn and mangled bodies I had just seen - the old man ripped in half and blasted into a tree at Gradis, the smouldering skeleton with one bloody, still flesh-adhering foot over the back of a trailer at Terezick Most, the dead, naked man slouched over the steering wheel of a burnt tractor - all, apparently, were a mystery to Nato. So perhaps The Independent can help clear up this unhappy state of affairs with some evidence - damning perhaps, certainly important - from the scene." Er schildert, wie er im Kosovo, am Tag danach, vier Busse voll von ängstlichen Frauen und Kindern gesehen hat. Und in der ansonsten bereits verlassenen Stadt Pozeranje begegneten ihm zumindest 200 Kosovo-Albaner, erschöpft, voll Furcht, mit Plastiksäcken voller Kleidung und Habseligkeiten. Sie standen alle zusammen, wie Tiere, die sich gegenseitig beschützen. Fisk vermutet, daß sie auf einen Bus warteten. So muß es vor mehr als einem halben Jahrhundert in Osteuropa gewesen sein, meint er. Als er einen Tag danach wieder vorbeifährt, ist der Ort leer, auf der Straße laufen vier Pferde frei herum. Warum er an den Ort fuhr, an dem 74 Menschen starben? Nun, weil es nicht nur die Propaganda der NATO auf dem Prüfstand ist, sondern auch die Moralität, hinter der sie sich verschanzt. Immerhin wird uns immer wieder gesagt, daß die NATO "uns" vertritt, die guten und würdigen Menschen, die gegen Lüge und Mord sind. Stand der Dinge ist, daß die NATO "glaubt", einen Traktor getroffen zu haben. Und so listet Fisk, weil es der NATO mit ihrem Computersystem ja leicht fallen müßte, binnen weniger Stunden herauszufinden, ob das ihre Bomben waren, die Nummern und Buchstaben auf, die auf den Bruchstücken identifizierbar sind: SCHEM 872110 ( ) 96214ASSY 8721122 - MSN 63341 [die restlichen Ziffern durch die Zerstörung bei der Detonation unleserlich], X6214 - 837XNY [sehr stark beschädigt, in Velika Krusa, hat einen Wagen zerstört, der die Habseligkeiten von 35 albanischen Flüchtlingen transportierte, vier davon, sämtlich Frauen, wurden dabei getötet], WING ASSEMBLY 96214ASSY 78-201872 872128 DATE OF MFG 3/78 [ein voller Code, Fundort Gradis], 96214ASSY 887760-4 [ein ähnlicher Teil, Gradis], - TER Co Inc 13250 [dürfte ein Hinweis auf den Hersteller sein, Gradis], BENDIX [ein anderer Bombenteil]. Die meisten der Shrapnelle waren so scharf, daß man sich in die Hand schneiden konnte, wenn man sie berührte. Die Körper der Toten zeigten, was passiert, wenn sie lebend erwischt werden - einer der Leichen

in Terezicki Most war die Stirn einfach weggerissen worden, samt Gehirn und Augen. Eine Frau hatte einen aufgerissenen Hals. Möglicherweise findet die NATO raus, daß diese Bomben- und Missile-Teile zu Waffen gehören, die an andere Regierungen verkauft wurden, bemerkt Fisk abschließend. Wenn sie nun sagen, daß es sich dabei um einen Balkanstaat handelt, könnten sie behaupten, die jugoslawische Luftwaffe hätte sie eingesetzt. Allerdings sah Fisk weder im Kosovo noch in Belgrad noch sonstwo seit Beginn der NATO-Angriffe auch nur ein jugoslawisches Flugzeug am Himmel. Fisk betont, daß Angehörige der Armee ihn nicht an seinen Untersuchungen und am Fotografieren hinderten, aber nicht verstanden, warum er sich für die Kennzeichnungen interessierte, die ihnen nicht wichtig erschienen. Währenddessen fanden in einer Entfernung von weniger als einer Meile NATO-Luftangriffe statt (dem Lärm nach mit Clusterbomben) - weswegen Fisk es für unmöglich hält, daß die Serben Zeit hatten, diese schreckliche Szenerie zu konstruieren. Es war für ihn nicht schwer, sich vorzustellen, daß auch die Flüchtlinge, die sich in beiden Richtungen auf der Straße bewegten, Angst vor den Bomben hatten, die rundherum explodierten und den Luftdruck änderten. Fisk fand keinen Hinweis auf militärische Verluste, nur ausgebrannte zivile Wagen, und durch die Luftschläge getötete Zivilisten (in Terezicki Most traf eine Missile einen Traktor, er zählte 13 Tote und weitere einzelne Körperteile, im Spital in Prizren wurden 6 Getötete aufbewahrt, wobei sie einen Mann noch nicht identifizieren konnten). Er meint, die NATO sei ihnen und uns die Antwort schuldig....Genug davon? Aber nicht doch: Paul Watson schreibt in der Los Angeles Times, daß die Krater und die rätselhaften flossenförmigen Metallstücke, die neben den attackierten Zivilfahrzeugen im Kosovo gefunden wurden, auf Clusterbomben hindeuten. Diese wurden an sich erfunden, um Panzer zu zerstören. Ähnliche Indizien wurden an mehreren Plätzen gefunden, die von der NATO innerhalb der letzten vier Tage im Kosovo angegriffen wurden. Auch Watson mißt den Inschriften auf den Resten Bedeutung bei: das eingestanzte ALCOA weist auf die US Aluminium Compagny als Hersteller hin. Natürlich behaupten nun z.B. die Briten, daß sie zwar Clusterbomben einsetzen, aber die Piloten sie nur dann abwerfen, wenn sie absolut sicher sind, daß keine Zivilsten in der Nähe sind...wer's glaubt....

Montag 19. April 1999

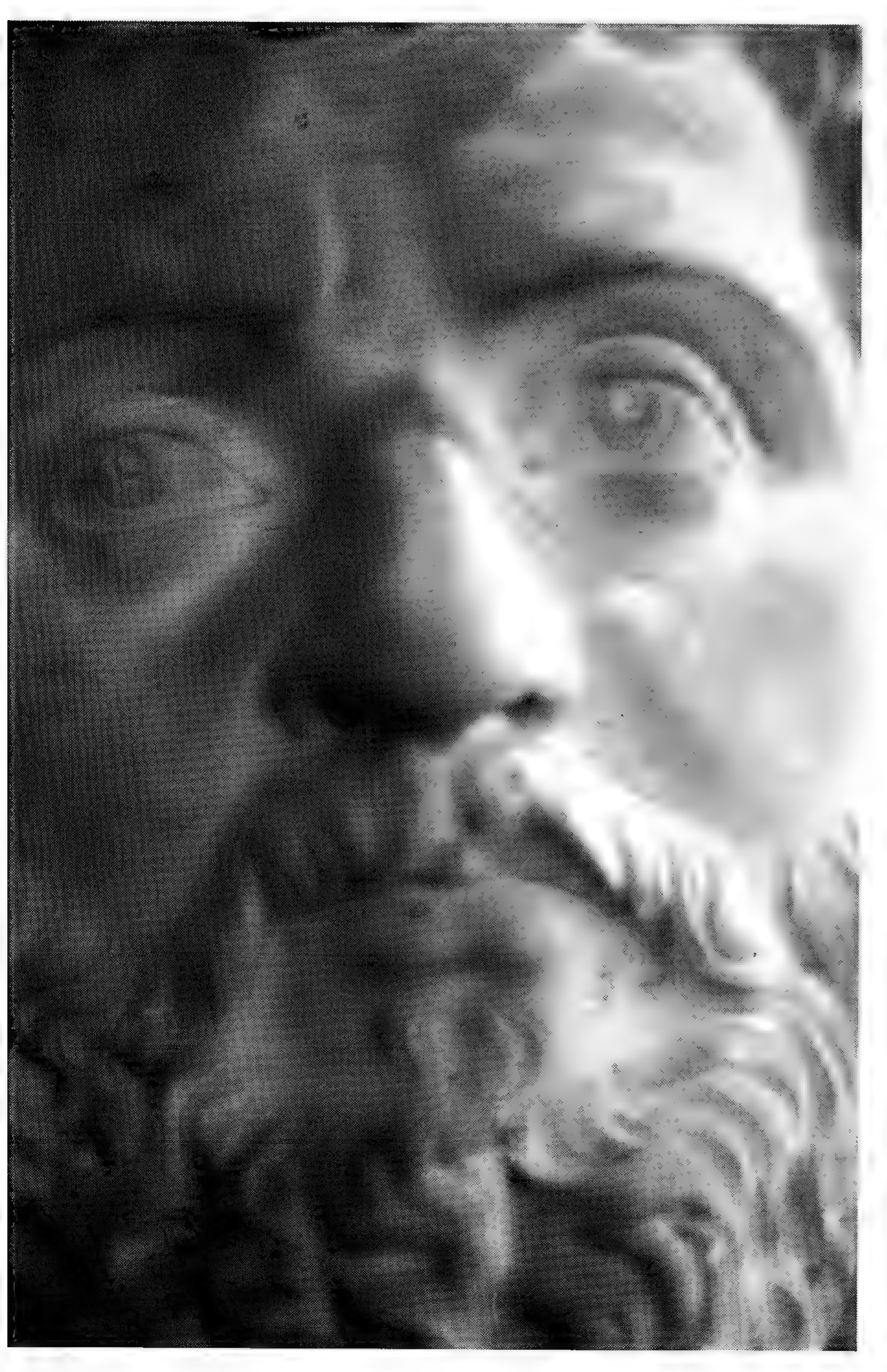
Manche Frauen meinen, zu mir und zu anderen Frauen, daß Krieg irgendwie kein wirkliches Thema für sie sei. Weil, es ist sowieso mehr oder minder unmöglich, durchzublicken, was nun stimmt und was nicht. Ich kann dann auf die Präsenz von Frauen in der internatioaneln Debatte verweisen - mal davon abgesehen, daß etwa Madeleine Albright oder auch Christine Amanpour (CNN) durchaus wichtige Rollen spielen. Und, nicht zu vergessen, die kriegführenden Männer haben auch Ehefrauen. Die sicherlich nicht ganz ohne Einfluß sind, will ich mal annehmen.... Wenn Cynthia Cokburn von den Women in Black/London schildert, wie ihre FreundInnen in Belgrad mailen, daß bei Demonstrationen der Sexismus nicht nur in Form von Monica Lewinsky-Plakaten und Sprüchen zunimmt, so hat das ein Äquivalent in der Berichterstattung. Im Salonmagazine wendet sich eine Leserin an Camilla Paglia mit der Frage, ob diese auch so genervt sei von Formulierungen wie "im Kosovo wurden viele unbewaffnete Personen, auch Frauen und Kinder, massakriert". Paglia stimmt ihr zu, weil Frauen und Kinder auf diese Weise als eine separate, hilflose Gruppe von Wesen behandelt werden. Tatsächlich sind aber alle, ob Frauen oder Männer, auf bloßes Überleben reduziert. Für ihr Empfinden werden die Flüchtlinge "wie üblich" von den US-Medien ausgebeutet, um populäre Stimmungslagen noch mehr hochzupushen. An die Würde der gezeigten Menschen denkt dabei keine/r. Das schlimmste Beispiel war, so Paglia, wie am 12. April die letzte Privatsphäre einer flüchtenden Albanerin verletzt wurde: die Frau wurde gefilmt, wie sie ihr Baby säugte, mit entblößter Brust. Sie meint, nun werde "natürlich die Vergewaltigungskarte" von US-Regierungssprechern gespielt. Nach dem Motto, serbisches Dämonentum und albanische Heiligkeit. Apropos, dazu lesen wir im Daily Telegraph, Großbritannien, am 17. April in einem Artikel von Auberon Waugh, daß der britische Außenminister Robin Cook einfach geschilderte Einzelfälle von Vergewaltigung quasi "zusammengezählt" hat, aber keine Beweise für systematische Vergewaltigungen vorliegen ("rape factories").Der Autor zweifelt unter anderem deshalb daran, weil Vergewaltigungen von Kriegführenden üblicherweise, leider, als scheinbar unvermeidliche Begleiterscheinung betrachtet werden, von bislang jedem Gegner der Briten begangen wurden, aber kein Thema für Außenminister sind. Was wiederum die zynische Sichtweise von Warlords offenbart - Frauen zählen nicht, "civilian casualties", wie es so



schön heißt.

Mittwoch, 21. April 1999

Der Widerstand gegen den Krieg in den USA hat auch viel mit dem Interesse zu tun, doch nicht dafür Steuern zahlen zu wollen. Viele fügen hinzu, wo doch Millionen Amerikaner keine Krankenversicherung haben, wo viele Menschen zwei und mehr Jobs brauchen, um überleben zu können, wo es Millionen an homeless people gibt, wo das Sozialsystem so schwach ist, und so weiter. Doch, es naht insofern Hoffnung, als daß sich zwar nicht das Ende des Krieges abzeichnet, aber doch eine billigere Kriegführung. Fred Kaplan schreibt gestern im Bosten Globe, daß die nächsten fünf Monate Krieg nur doppelt soviel kosten werden wie die ersten 27 Tage. Grund: man wechselt von "smart bombs", also lasergesteuerten, zu billigeren, die "dumb bombs" genannt werden, bezeichnenderweise. Clinton verlangt dafür 6 zusätzliche Dollarmilliarden - das meiste davon wird für Treibstoff, Munition und andere



Kriegsgüter draufgehen. Etwa 900 Millionen Dollar sollen den Kosovo-Flüchtlingen und den Ländern in der Gegend, wo sie Schutz finden, zugute kommen. Der stellvertretende Verteidigungsminister John Hume meint, daß man in einer Operation wie dieser zuerst die präzise Munition verwendet, also Cruise Missiles und smart bombs. Jetzt ist man bereits dabei, die "dumb bombs" zu verwenden. Ein Blick ins Wörterbuch: dumb ist gleich stumm. Nach dumb steht dum-dum für Geschosse, die ebenfalls eine verheerende Wirkung haben. Alles eine Preisfrage: eine Cruise Missile kostet mehr als 1 Million $ pro Stück, lasergesteuerte Bomben rund 100.000 $ das Exemplar, die hochentwickelten AGM-130s, die von F15E-Flugzeugen aus abgefeuert werden, je $ 800.000. Die alten auf der Schwerkraft beruhenden Bomben, die altmodischen Dinger, die einfach runterfallen, sind wesentlich billiger. Bisher hat die NATO, nach eigenen Angaben, zu mehr als 90% präzise Bomben verwendet - und daher auch bereits fast 700 Millionen $ ausgegeben. Wenn nun die Gesamtkosten der nächsten fünf Monate nur 1,5 Milliarden $ sein sollen, dann ist es recht wahrscheinlich, daß kaum smart bombs verwendet werden, schließt Kaplan aus den vorliegenden Angaben. Er zitiert einen Militärspezialisten der Federation of American Scientists, John Pike: "Wenn man diese Zahlen als Plan für den Krieg nimmt, dann sieht es mehr aus wie Vietnam als wie 'Wüstensturm' (Golfkrieg 1991). Fünf Monate dumb bombs auf den Kosovo abwerfen - das wird die Gegend in eine Mondlandschaft verwandeln." Die Videos, die bei den täglichen Pressebriefings der NATO gezeigt werden, beweisen den zunehmenden Einsatz von Clusterbomben. Diese zerfallen in bis zu 200 Teile und werden üblicherweise dazu verwendet, große Gebiete zu bombardieren, in denen Truppen und Waffen verteilt sein können. Pike meint, man könne davon ausgehen, daß nun viel mehr Clusterbomben abgeworfen werden. Warum diese Strategie? Na, es gibt nun mal nur eine begrenzte Anzahl von Zielen, bei denen die präzisen Bomben "Sinn" machen. Es ist, aus zynischer Militärlogik, vergeudetes Geld, Panzer mit smart bombs zu attackieren. Dagegen ist es zielführend, Panzer, Lastwägen und alles, was danach aussieht, mit dumb bombs zu bewerfen. Wenn ein paar Flüchtlingskonvois oder andere sog. ZivilistInnen auch unterwegs sind, haben sie wohl ganz einfach Pech gehabt. Mit Waffenarsenalen hat das wenig zu tun, denn knapp werden nur die Cruise Missiles, nicht die smart bombs. Von letzteren solls "Tonnen" geben, außerdem werden sie ständig nachproduziert. Was vermutlich die US-Rüstungsindustrie freut, die ja vom Staat lebt und subventioniert wird.

Donnerstag, 22. April 1999

Wir haben hier schon mal Meldungen erwähnt, wonach einiges an internationalen Hilfsgütern in Albanien verschwindet, bevor es jene erreicht, die diese so dringend benötigen. Die Berichte von apathischen Kindern, die nicht essen, reden, sich bewegen wollen, kennen wir nun nicht nur aus den Flüchtlingslagern, sondern auch von österreichischen Ärzten, die sich schon hier im Land um diese Kinder kümmern. Umso schlimmer ist es, wenn es, etwa in den Yahoo-AFP-Nachrichten heißt: "Albanian aid truckloads 'evaporate' into Mafia hands". Und zwar auf dem Weg vom nahen Hafen nach Tirana.
Das Institute for Public Accuracy in den USA verweist immer wieder in kurzen Meldungen auf Warnungen von WissenschafterInnen zu den in Mainstreammedien vernachlässigten Aspekten des Krieges. So eine Presseerklärung von Tara Thornton (Military Toxics Project, dort Koordinatorin für die Kampagne gegen DU, abgereichertes Uran in Munition): am Earth Day 1999, dem 22. April, führen die USA Krieg gegen zwei Staaten. "Wir haben DU-Waffen im Irak verwendet, die toxisch und radioaktiv

sind. DU-Staub, der entsteht, wenn diese Waffen abgefeuert werden, hat eine Halbwertszeit von 4,5 Milliarden Jahren. Viele nehmen an, daß DU einer der Gründe für das Gulf War Syndrome bei unseren Veteranen ist und ebenso für die berichteten angestiegenen Raten von Krebs und Leukämie bei Kindern im südlichen Irak. DU kann auch Luft, Wasser, Landwirtschaft und Nutztiere kontaminieren." Rania Masri, Koordinatorin der Iraq Action Coalition und Umweltwissenschafterin, fügt hinzu, daß die Bombenangriffe auf Jugoslawien an die auf den Irak erinnern. Im Golfkrieg wurden 300 Tonnen DU eingesetzt und chemische und biologische Fabriken, Raffinerien, Wasseraufbereitungsanlagen, Fabriken und Felder bombardiert. Als Ergebnis - verbunden mit beinahe 9 Jahren Sanktionen - sind undefinierbare Pflanzenkrankheiten aufgetaucht, mehr als 15 Millionen Bäume gestorben, die Krebsrate hat sich verdreifacht und die Nahrungskette wurde kontaminiert. "Wir dürfen nicht zulassen, daß Jugoslawien das Gleiche passiert." Und Robert Hayden, Direktor des Zentrums für russische und osteuropäische Studien an der Universität Pittsburgh kommentiert den Rambouillet -Vertrag als viel mehr "PR-Betrug" denn politischer Kompromiß. "Er sah die Unabhängigkeit des Kosovo in allem nur nicht namentlich vor und die militärische Besetzung ganz Jugoslawiens, nicht nur des Kosovo durch die NATO. Es war einfach ein Vorschlag, den keine Regierung akzeptieren kann." Und zur ökologischen Zerstörung: "Daß die NATO die petrochemische Fabrik in Baric nur wenige Meilen von Belgrad entfernt bombardiert hat, bedeutet, das Leben, die Gesundheit und die Sicherheit einer Zivilbevölkerung von 2 Millionen in Belgrad riskiert zu haben. Der Angriff setze Giftwolken über Belgrad frei, die zum Glück vom Wind über die Stadt getrieben wurden. Ironischerweise hat Clinton die Serben eben noch davor gewarnt, chemische Waffen zu verwenden." Fragt sich nur, wann die deutschen Grünen endlich kapieren, daß sie unter anderem Umweltverbrechen begehen lassen...Yahoo

Freitag, 23.April 1999

"Krieg ist nicht nur Männersache", so stand's letzte Woche in der deutschen Illustrierten "Bunte". Kein Blatt, das als Vorkämpferin von Emanzipation bekannt ist, sondern eher für Herz-Schmerz-Klatschgeschichten. Einerseits, weil die "neuen Waffen" keine Muskeln mehr erfordern, andererseits, weil Frauen und Männer emotional auf "diese neue, fast unerträgliche Art der Individualisierung", sprich Krieg im Fernsehen, reagieren. "Vielleicht liegt ein Glück darin, daß es besonnene und sensible Männer wie Rudolf Scharping und Joschka Fischer sind, die derzeit die Verantwortung tragen. Männer, die - sie mögen es verzeihen - dem weiblichen Denken näher sind als die meisten ihrer Geschlechtsgenossen." Naja, erstens ist mir neu, daß die "Bunte" als konservatives Blatt ausgerechnet auf rotgrüne Minister abfährt. Und zweitens sind jedenfalls meinem weiblichen Denken und dem von Bekannten und Freundinnen die Männer um einiges näher, die gegen jeden Krieg sind und für die Menschenrechte auch universell gelten.Aber diese "Nähe" zu uns Frauen beziehungsweise unserer Denkungsart ist wahrscheinlich so gemeint, daß all diese neuen Warlords sorgenvoll leben. Zumindest jetzt, solange sie Krieg führen. Das zeigt uns auch die "Bunte", denn im Anschluß wird Scharping unter anderem "über seine Ängste" interviewt. Der Termin kann nicht ganz genau eingehalten werden, sondern wird dann verspätet irgendwie zwischen verlängerter "täglicher Lagebesprechung mit den Generälen" und Information der Fraktionsvorsitzenden reingezwängt. "Bunte" auch gleich weiblich, pardon, männlich einfühlsam: "Sie sehen müde aus, Herr Minister..." Er meint, angespannt, da er nur vier, fünf Stunden schlafen kann, und dann auch noch manchmal nachts wegen wichtiger Nachrichten geweckt wird. Aber er kann trotzdem konzentriert arbeiten. Und, so teilt er uns mit, seine Familie ist "politisch sehr aufgeweckt". Zu den zivilen Opfern befragt, meint er, "das ist zutiefst bedauerlich. Ich weiß, daß die NATO eine Fülle von Angriffen abgebrochen hat, teilweise Minuten vor dem Bombenabwurf, weil es keine ausreichende Sicherheit gab, daß die nicht auch Schaden anrichten können." Naja, ich kenne doch die Sache mit dem Zug und mit den Flüchtlingskonvois, und Aleksinac, und die Zastava-Fabrik, und eben wurde wieder ein Lager mit serbischen Flüchtlingen, Opfer ethnischer Säuberungen mit NATO-Hilfe in Bosnien und Kroatien, bombardiert (diesmal mit Toten). Aber ich weiß auch, daß in der "Bunten" üblicherweise romantisches Zeugs steht - warum solls nicht auch edle Krieger geben, wenns ewige Liebe ebenso geben soll?! Scharping verwendet die Gelegenheit auch gleich, zu behaupten, in Wahrheit würden ja die Serben Häuser in die Luft jagen. Er soll aber unser Mitgefühl wecken, denn er arbeitet immerhin 20 Stunden täglich am Kosovo-Konflikt. Rennradfahren geht ihm ab und das Zusammensein mit seinen Kindern. Ein Trost, daß auch die Opfer der NATO-Bomben und der Vertreibungen nicht sonderlich gut schlafen können. Und auch für vieles keine Zeit mehr haben, das sie in Friedenszeiten zu tun pflegten. Auch das Interview mit dem NATO-Generalsekretär im neuen "Stern" beginnt ähnlich: "Herr Solana, schlafen Sie eigentlich noch gut?" Auch dieser Mann ist ein Glückskind, das mit wenig Schlaf auskommt. Und außerdem nachts meistens telefonieren muß. Vermutlich u.a. mit Herrn Scharping aus der "Bunten"?! Der Stern fragt früher nach den zivilen Opfern, bekommt aber eine ähnliche Antwort: "Wenn es zu Opfern unter der Zivilbevölkerung kommt, ist dies sehr bedauernswert. Die Piloten haben den klaren Auftrag, Bomben nur auf militärische Ziele zu richten." Das Wort "wenn" suggeriert den absoluten Ausnahmefall, der aber, nach unterschiedlichen Schätzungen bislang 500 bis 1000 Menschen getötet und mindestens 3000 schwer verletzt hat. "Nur militärische Ziele" ist ein schwammiger Begriff, wenn so gut wie alles zu einem solchen erklärt wird. Und was würde der beste Auftrag nützen, wenn nicht mehr die entsprechend "zielgenauen" Waffen eingesetzt werden, sondern, siehe gestriges Tagebuch, immer mehr Clusterbomben und dumb bombs? Solana glaubt, "daß es in der Geschichte bislang keine militärische Operation gegeben hat, die sie sich selbst so klare Grenzen gesetzt hat". Abgesehen davon, daß es auch einige gibt, die "glauben", Parallelen zwischen Serben und Nazis ziehen zu können, ist zumindest mir nach wochenlanger Lektüre von Megabytes an Artikeln, auch von Militärs nicht klar, wo diese klaren Grenzen sein sollen. Werden doch die Kriegsziele immer modifiziert, erweitert, grad halt so, daß ein Weiterbomben irgendwie gerechtfertigt werden kann. Verglichen damit hatte bspw. Boadicea vor rund 2000 Jahren ausgesprochen präzise definierte Kriegsziele: haut die römischen Eroberer raus aus Britannien! Aber was will die NATO eigentlich? Den Kosovo unbewohnbar machen, dank Zerstörung und radioaktiver Munition? Im Kosovo statt Bodentruppen die UCK in bester Contra-Manier kämpfen lassen, ausgerüstet und finanziert von USA/NATO? Jugoslawien zerstören, möglichst viele Leute erwischen, in der Hoffnung, daß irgendwann die statistische Wahrscheinlichkeit größer wird, auch einen gewissen Herrn Milosevic zu verwunden oder gar zu töten? Nein, das ist jetzt kein kindischer Gedanke, den ich der NATO unterstelle - welchen Sinn hatte es denn, eine seit langem unbewohnte Villa Milosevics zu bombardieren? Oder, Firmen, die mit seiner Familie verbunden sind? Dabei auch ein Bürohochhaus, das oben und unten zu brenen anfängt....und wieder Fernsehgebäude, mit mindestens 15 Toten....? Solana meint allen Ernstes "wir sind nicht im Krieg mit dem serbischen Volk". Na, wer wird denn getroffen? Wie Barbara Ehrenreich in "Faces of Evil" schreibt: es ist wohl eine Art SM-Psychodrama, daß nicht das Volk gesehen wird, sondern nur "er" = Milosevic, den es zu schlagen gilt. Es wird "seine Versorgung" zerstört, "seine Infrastruktur", als ob "er" ein Land von 8 Millionen Menschen wäre. Wahrscheinlich auch, weil sich niemand für ein Match NATO : Jugoslawien ereifern wird, wohl aber mit Bill Clinton versus Milosevic identifiziert. Deshalb bildet man sich auch ein, gegen Milosevic zu kämpfen, aber die Bevölkerung zu treffen. Und, daß die Leute schon verstehen könnten, daß nicht sie gemeint sind. Es wird sie auch ganz bestimmt trösten, daß es keine gewissenlosen alten kalten Krieger sind, die die Befehle ausgeben. Sie werden vielleicht sogar mitfühlen mit den sorgenvollen Männern, die nur wenige Stunden Schlaf haben und ständig von Telefonanrufen geweckt werden. Wenn sie einfach aufhören würden mit den Tätigkeiten, die so viel Sorge bereiten????

Last modified April 1999 by CeiberWeiber®Das Frauen-Onliuemagazin

Im Internet sind die Ceiberweiber unter der Adresse www.ceiberweiber.com zu finden.

Für die sofortige Beendigung des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien!

Erklärung des BUKO zum Krieg in Kosovo

by Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Eine weitere Bombennacht liegt hinter den Menschen in Jugoslawien. Wieder einmal heißt es aus NATO-Kreisen, man könne nie ausschließen, daß es im Krieg zivile Opfer gebe. Wo gehobelt wird, da fallen eben Späne.

Präzedenzfall für selbstmandatierte NATO-Einsätze

50 Jahre nach ihrer Gründung führt die NATO zum ersten Mal Krieg - einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Unter dem Vorwand, zur Abwendung einer "humanitären Katastrophe" zu Ausnahmemethoden greifen zu müssen, schafft die NATO einen Präzedenzfall für das, was nach der gerade beschlossenen, neuen NATO-Doktrin zukünftig zum Regelfall werden soll: die Selbstmandatierung für Kampfeinsätze außerhalb des Bündnisgebietes. Auch zukünftig kann die NATO ein Mandat der UNO erbitten, wenn sie als Weltpolizist auftreten will - sie muß es aber nicht. Mit dem Wegfall des Systemgegners ist die NATO auf der Suche nach neuer Legitimation und neuen Einsatzfeldern. Die NATO ernennt sich selbst zur Hüterin der Menschenrechte - wie weit es damit wirklich her ist, zeigt sich in Kurdistan, wo die Armee des NATO-Partners Türkei ihren Vertreibungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung ungestört intensivieren kann.

Sofortige Beendigung der Luftangriffe - Keine Intervention mit NATO-Bodentruppen

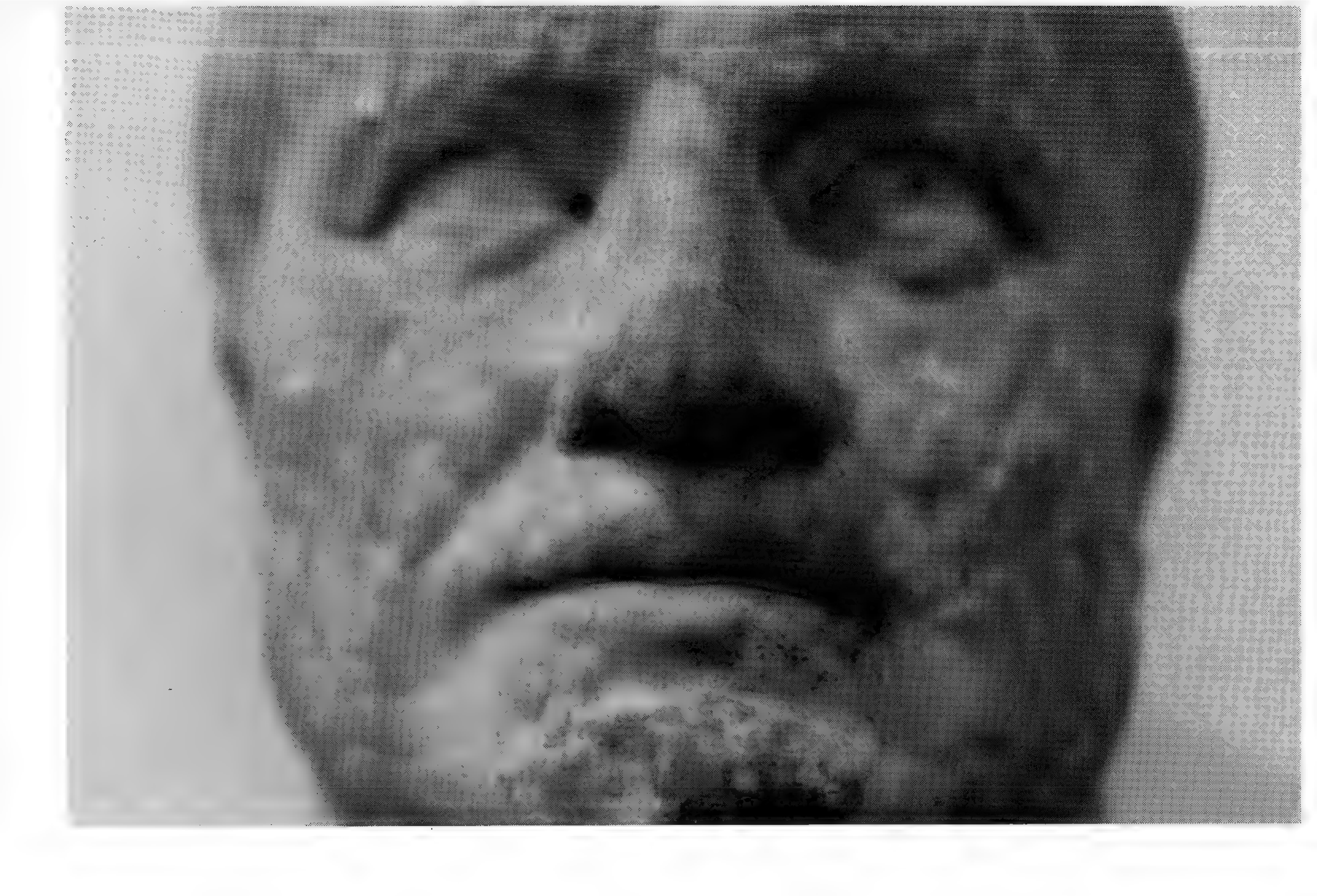
Mit ihren Angriffen hat die NATO eine Eskalationsspirale in Gang gesetzt, die den Weg zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes dauerhaft verbaut. Seit dem Beginn der NATO-Luftschläge am 24. März hat sich das Leiden der Zivilbevölkerung im Kosovo, aber auch in anderen Teilen Jugoslawiens weiter verschärft. An ein friedliches Zusammenleben der albanischen und serbischen Bevölkerungsgruppen ist nach dieser Aktion, die die ethnische Aufspaltung der Balkanregion weiter vorantreibt, nicht mehr zu denken. Der Angriff auf Jugoslawien stellt einen Bruch der UN-Charta dar und entzieht der UNO faktisch das Mandat zur Konfliktregulierung. Die deutsche Beteiligung an der Intervention stellt auch einen massiven Bruch des Grundgesetzes dar, das Angriffskriege gegen souveräne Staaten ausdrücklich verbietet. Sollte es zu einem Einsatz von Bodentruppen kommen, werden noch mehr Menschen in den Krieg hineingezogen und das Flüchtlingselend zunehmen. Dabei droht eine Ausweitung des Konfliktes auf die ganze Region.

Sofortige Aufnahme politischer Verhandlungen ohne Vorbedingungen

Wir fordern Bundesregierung und NATO auf, ab sofort nach ernsthaften und sichtbaren, zivilen Lösungsansätzen zu suchen. Lösungen der Konflikte können nicht durch eine militärische Organisation wie der NATO erreicht werden, sondern nur unter Federführung der Vereinten Nationen.

Unbürokratische Aufnahme und Unterstützung aller Kriegsflüchtlinge und Deserteure

Die NATO-Angriffe haben keine Vertreibungen verhindert, sondern im Gegenteil das Flüchtlingselend vergrößert. Die Mitgliedsstaaten der NATO und der EU zeigen jedoch kaum Bereitschaft, für das von ihnen mitverschuldete Flüchtlingsdrama Verantwortung zu übernehmen. Nur eine verschwindend kleine Anzahl von Flüchtlingen findet Aufnahme in Westeuropa. Das Auffangen der wachsenden Flüchtlingsströme wird den verarmten Nachbarländern des Kosovo aufgebürdet, die so unweigerlich in den Konflikt hineingezogen werden. Dabei verkaufen die westeuropäischen Regierungen selbst ihre Abschottungspolitik noch als Akt der Humanität. Für die Menschen, so heißt es, sei es das beste, nahe der Heimat untergebracht



zu werden - nur die Betroffenen selbst fragt niemand. Während die NATO-Staaten täglich rund eine halbe Milliarde Mark in Tod und Zerstörung investieren, müssen humanitäre Organisationen um Spenden betteln, um wenigstens ein Minimum an Versorgung der Flüchtlinge in der Region sicherzustellen. Wir halten es für unerträglich, daß es in der BRD bis zum heutigen Tage keinen allgemeingültigen Abschiebestopp für die Flüchtlinge gibt. Wir fordern die Bundesrepublik und die anderen am Krieg beteiligten Staaten auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und für die schnelle und unbürokratische Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien Sorge zu tragen.

Für die politische Gleichberechtigung aller im Kosovo lebenden Menschen

Wir verurteilen den aggressiven Nationalismus, der das politische Leben in großen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens weitgehend bestimmt und zu ethnischen Vertreibungen geführt hat. Die Außenpolitik der NATO-Staaten, insbesondere der BRD, hat diesen Nationalismus befördert, indem sie die Aufteilung Jugoslawiens in ethnisch definierte Staaten unterstützte. Die Bombardements der NATO haben die Eskalationsspirale der Gewalt zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsteilen zusätzlich angeheizt. Wir verurteilen die seit 1989 einsetzende ethnische Benachteiligung der albanischen Bevölkerungsgruppe sowie die seit dem Abzug der OSZE-Beobachter und der Bombardierungen durch die NATO begonnene rücksichtslose und grausame serbische Unterdrückungs- und Vertreibungspolitik und fordern die jugoslawische Regierung auf, diese sofort einzustellen. Auch die UCK, die immer mehr Unterstützung aus den NATO-Ländern bekommt, steht nicht für eine zivile und menschliche Lösung der Probleme in der Region. Die aus den Reihen der UCK wiederholt erhobene Forderung nach einem "Großalbanien" zeigt, daß hier ebenso wie in der jugoslawischen Regierung aggressive Nationalisten am Werk sind, die darauf zielen, die Grundlagen eines friedlichen, gleichberechtigten Zusammenlebens in einer multiethnischen Gesellschaft zu zerstören. Parteilich sind wir daher nur mit den bedrängten Menschen in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawiens und den politischen Strömungen, die sich dem Nationalismus und der Logik von Haß und Gewalt widersetzen. Eine politische Lösung der Konflikte im Kosovo und eine positive gesellschaftliche Entwicklung erfordert das sofortige Ende jeglicher ethnischer Unterdrückung und Vertreibung, die wir auch von der jugoslawischen Regierung fordern.

Deutsche Regierungsparteien sind Kriegsparteien

Deutsche Truppen sind in den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts in Jugoslawien einmarschiert. Die Greueltaten der deutschen Besatzer, die von ihnen betriebene Spaltung des Landes und ihre Unterstützung faschistisch-nationalistischer Organisationen in Kroatien und anderen Regionen, sind in Jugoslawien bis heute nicht vergessen. Schon aus historischen Gründen sollte sich Deutschland einem Einsatz von Waffen in Jugoslawien verweigern. Stattdessen bemühen die Minister Fischer und Scharping die angeblichen Lehren der Geschichte, um den Kriegseinsatz der Bundeswehr zu legitimieren. Wer Milosevic mit Hitler vergleicht und die Vertreibungspolitik der serbischen Paramilitärs mit Auschwitz, der betreibt die Relativierung und Entsorgung der deutschen Geschichte. Es sind grüne und sozialdemokratische Politiker, die heute dazu aufrufen, die Verbrechen der Vergangenheit dadurch wiedergutzumachen, daß neue begangen werden. Wir wenden uns aber nicht nur gegen die offiziellen RepräsentantInnen der deutschen Politik und ihre folgsame Parteibasis, sondern auch gegen die Medien, die sich selbst zu Propagandainstrumenten der NATO herabsetzen. Das militärische Eingreifen hat den Konflikt nicht gelöst, sondern nur verschärft. Deshalb fordern wir ein sofortiges Ende der NATO-Luftangriffe und die Aufnahme politischer Verhandlungen durch die UNO.



Zur Kriminalisierung des EXPO-Widerstands

Presse und Staatsschutz im repressiven Gleichklang

by Hans Hansen

Wie bei den verschiedensten politischen Auseinandersetzungen wird der Widerstand auch in Bezug auf die EXPO seitens der Herrschenden kriminalisiert. In der regionalen und überregionalen Presse erscheinen Artikel, die zum einen einen Zusammenhang zwischen militanten Anschlägen und dem EXPO-Widerstand konstruieren und zum anderen eine angeblich zunehmende Organisierung des Widerstands als kommende Gefahr für die öffentliche Ordnung beschreiben. Hiermit scheint der Boden für eine mögliche Kriminalisierung und entsprechende Strafverfahren bereitet oder doch zumindest angedroht zu werden. Insbesondere die behauptete Verbindung des Widerstands zu den immer wieder herangezogenen Anschlägen weist auf geplante 129§- oder 129a§-Verfahren hin. Gerade dieser in den 80er Jahren erlassene Paragraph 129 wurde eingerichtet um die politische Justiz weiter zu forcieren. Die Dehnbarkeit des Paragraphen erlaubt es widerständige Gruppen ohne Beweise für tatsächliche Handlungen mit Verfahren zu überziehen, um weitreichende Ermittlungen starten zu können und sie so oder mit schweren Haftstrafen politisch mundtot zu machen.
Nach aussen hin soll eine entsprechende Pressekampagne mit ihrer Definition von verfassungskonformen und unrechtmässigem politischem Handeln für eine Spaltung des Widerstands sorgen. Hierbei gehen weite Teile der Presse mit dem Staatsschutz Hand in Hand vor. Dies geschieht mit politischer Zielgerichtetheit und zeigte sich in den letzten Jahren insbesondere in der Gleichsetzung von sogenanntem linken und rechtem Extremismus. Es werden Sprachregelungen eingeführt, die die politischen Inhalte des Widerstands hinter scheinbar moralisch-ethischen und sinnentleerten Argumentationsmustern verschwinden lassen sollen.
Bereits 1998 nahm die Anti-EXPO-AG in einem Flugblatt zu der sich damals abzeichnenden *ideologischen Offensive der Herrschenden gegen den EXPO-Widerstand*, wie folgt, Stellung:

"Anfang Februar '98 war wirklich Erstaunliches über den EXPO-Widerstand in der Presse zu lesen. Unter dem reißerischen Titel "EXPO 2000 - Die Show vermiesen - Autonome Gruppen rüsten bundesweit zum Kampf gegen die Weltausstellung in Hannover" scheint FOCUS (5/1998) eine neue ideologische Offensive gegen den EXPO-Widerstand eingeläutet zu haben. Von der lokalen Tageszeitung "Neue Presse" wurde diese Veröffentlichung übernommen. Die Publikationen beziehen sich auf einen "vertraulichen Bericht" des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Demnach wird vor einer bundesweiten Mobilisierung "linksextremistischer Kreise gegen die Weltausstellung" gewarnt. Mit Hilfe der denunziatorisch aufgeladenen Feindbilder "Autonome Gruppen" und "Chaoten" wird ein Szenario entworfen, als würde ein entfalteter und entschlossener Widerstand den EXPO-Strategen in Hannover bereits die Hölle heiß machen. In bestem Militärdeutsch wird ein bundesweit koordinierter "Aufmarsch an der Leine" prognostiziert, wird behauptet, eine "gewaltbereite Stadtguerilla" säße auf dem Sprung, und es gäbe so etwas wie "Hauptquartiere der Expo-Gegner". Eine Informationsveranstaltung zum Thema Argumente und Widerstand gegen die EXPO wird vom FOCUS zu einer Szene aus einem Chicago-Gangster-Film umgedichtet, um das Herbeireden einer "explosiven Kumpanei" zu unterstreichen: EXPO-GegnerInnen aus Hannover "redeten auf ihre Gastgeber ein". "Nach einigen Stunden intensiver Verhandlungen reichten die Berliner den Norddeutschen die Hand: 'Wir sind dabei'".
Als "Beleg" der Gefahr dient eine Auflistung diverser Anschläge gegen Sachen (von FOCUS aber auch schon mal als "Attentate" bezeichnet) v.a. im Raum Göttingen, wie z.B. dem Anschlag auf das Göttinger Arbeitsamt im November '97. Das Konstrukt wird deutlich, wenn FOCUS

behauptet, "Staatsschützer schreiben den Anschlag ‚autonomen Expo-Gegnern' zu", in der Erklärung zu die sem Anschlag die EXPO jedoch mit keinem Wort erwähnt wurde. Ebenso wird ein Zusammenhang zur Berliner NOlympics-Bewegung und zur Mobilisierung gegen die Castor-Transporte konstruiert. Geradezu absurd wird es, wenn der FOCUS von einer extra aus Frankreich angereisten "StörerInnengruppe" schreibt, die angeblich versuchte, die Eröffnung des EXPO-Cafés "mit Feuer und Flamme" zu behindern, sich aber mangels Ortskenntnissen in den Straßen Hannovers verlaufen habe – handelte es sich bei dieser Gruppe doch um eine von der EXPO-GmbH engagierte Performance-Combo, an deren achtloser "Einbeziehung" des Holocaust-Mahnmals in die Performance sich in der Tat sehr viele störten.

Als Höhepunkt der Hetze und Diffamierung ist ein flapsig hingesagter Hinweis des EXPO-Geschäftsführers Volk zu werten, der den EXPO-GegnerInnen offenbar seine eigene menschenverachtende Sichtweise unterstellt, indem er suggeriert, wer gegen Weltausstellungen ist, dem/der sei auch zuzutrauen, bei solchen Veranstaltungen "die Mayonnaise für die Wurst zu vergiften".

Auch wenn jüngst wieder etwas Bewegung in die Diskussion um die EXPO 2000 gekommen ist, so ist nach wie vor zu konstatieren, daß die seit der "Bürgerbefragung" 1992 kaum noch existente Anti-EXPO-Bewegung erst jetzt beginnt, sich erneut zu konstituieren. Warum aber dann diese aufgeregte Panikmache, dieses systematische Hochstilisieren des EXPO-Widerstandes, diese bewußten Lügen und Diffamierungen?

Die Verfassungsschützer sehen in der EXPO durchaus ein "anschlagsrelevantes Projekt". Dem ist zuzustimmen, ist sie doch ein Projekt, daß beispielsweise die Ausstellung von Gen- und Reproduktionstechnologien und Bevölkerungspolitik zum Ziel hat, das Prostitutionstourismus fördert, das vorgibt, die Lösungen für die Zukunft parat zu haben, das förmlich die internationale Solidarität für die Menschen im Trikont provoziert.

Richtig bei der Berichterstattung ist auch die Erkenntnis, daß der Widerstand gegen die EXPO 2000 nicht lokal begrenzt bleiben kann. Die EXPO bündelt die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen. Sie wird die Durchsetzung des "Freien Marktes" abfeiern, weltweit und regional. Sie wird die "Zukunft der Arbeit" und Deregulierungsprozesse abfeiern. Sie wird das Modell Großdeutschland abfeiern. Die EXPO 2000 wird das ideologische Wahrzeichen neoliberalistischer Strategien sein. Sie wird zur blanken Provokation für all die, die in immer stärkerem Maße Betroffene sein werden eines sozialen Ausleseprozesses, in dem der Großteil der Menschen vom ökonomischen Reichtum der Metropolen ausgeschlossen ist. Die Vorstellung, daß ein wichtiger Aufhänger des Protestes gegen die EXPO die Artikulation der sozialen Frage sein könnte und zu bundesweiter Mobilisierung führen wird, ist durchaus nicht ins Reich der Visionen zu verlegen, sondern real.

Wir nehmen die Aktivitäten der Sicherheitsbehörden gegen unsere Arbeit ernst. Sie werden aber nichts an unseren Versuchen ändern, die EXPO als Projekt zu beschreiben und begreifbar zu machen, das entlarvt und bekämpft werden sollte. Der offenkundige Versuch, Teile des Widerstandes mit Hilfe der geschilderten Konstrukte und Diffamierungen zu kriminalisieren und damit zu isolieren oder Menschen von vornherein davon abzuschrecken, gegen die EXPO Position zu beziehen, wird nicht aufgehen."

Auch heute Anfang 1999 setzt sich die Reihe der Veröffentlichungen gegen den EXPO-Widerstand auf überregionaler Ebene fort. Die bürgerliche Presse greift gerne die Statements des Staatsschutzes auf und macht sich mit ihren Desinformationen zum verlängerten Arm der Staatsmacht. Dabei werden die davon unter Druck gesetzten Kreise ausgeweitet und es zeichnet sich das Bild einer klassischen Kriminalisierungskampagne ab. Heiko Möhle schrieb dazu im Rundbrief des BUKO in einem leicht ironisch gehaltenen Text mit dem Titel *Ist Extremismus förderungsfähig?*:



"Nicht besser, aber origineller informiert als der "Freitag" gibt sich der Hamburger CDU-Abgeordnete Rolf Harlinghausen über das Ausmaß des "Widerstands" gegen die EXPO (Anführungszeichen im Original). Ende November stellte er eine Kleine Anfrage an den Senat, deren einleitende Sätze wir unserer geneigten Leserschaft nicht vorenthalten wollen:

"Im Verfassungsschutzbericht des Landes Niedersachsen von 1997 wird unter anderem über die "Anti-EXPO-AG an der Uni Hannover" berichtet, einem dem autonomen Spektrum zuzurechnenden Zusammenschluss, der seit 1990 kontinuierlich den "Widerstand" gegen die Expo 2000 propagiere. Die Gruppe gebe seit 1994 in unregelmäßigen Abständen das Informationsblatt "EXPO-No" heraus, in der sie ihr Ziel, "die Weltausstellung insgesamt zu verhindern", beschreibe. Diese Intention sei außerdem in den Autonomen-Publikationen "INTERIM" und "RAZZ" zum Ausdruck gebracht worden. Wie ein Flugblatt des "Büro für mentale Randale" deutlich macht, engagiert

sich inzwischen auch der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen ("BuKo") für dieses Ziel. Informationen zu dem Vorbereitungstreffen des Anti-Expo-Kongresses seien in der Hamburger Geschäftsstelle des BuKo am Nernstweg 32 erhältlich. Verantwortlich für die Koordination in Hamburg sei die Anti-EXPO-AG, die über die Jugend-Umwelt-Projekt-Werkstatt ("JUMP") in der Gaußstraße 17 zu erreichen sei."

Was soll uns das verwirrende name-dropping sagen? Da gibt es eine Vielzahl von Gruppen, die gegen die EXPO sind. Wer vom Verfassungsschutz beobachtet wird, muß gefährlich sein. Und gefährlich sind natürlich auch die, die (noch) nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden, aber mit den anderen zusammenhängen - irgendwie. Und das tun sie ja wohl, denn schließlich wollen alle die "Weltausstellung insgesamt verhindern", und zu diesem Zweck koordinieren sie sich sogar - Hamburg im extremistischen Spinnennetz, und der BUKO mitten drin.

In der Hamburger BUKO-Geschäftsstelle war man überrascht. Ein Wunder der Kybernetik? Widerstand sprießt aller Orten. Und alle sind irgendwie miteinander vernetzt - selbst wenn sie kaum je voneinander gehört haben? Noch toller: Wir müssen uns nicht mehr selber positionieren, das nimmt uns jetzt die CDU ab. Vorbei die langjährigen, zermürbenden Diskussionen über einen neuen Internationalismus und über emanzipatorisches Poltikverständnis. Die CDU gibt uns endlich wieder ein klares Ziel: "Hau weg, die EXPO!", heißt die Devise.

Neues Futter für Verschwörungstheoretiker findet sich in der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" (HAZ). Die berichtete Ende Januar unter der Überschrift "Geheimdienst beobachtet Expo-Gegner", daß der niedersächsische Verfassungsschutz personell verstärkt werde, um durch verdeckte Ermittler die "Arbeitsgemeinschaft Expo-no" sowie das Anti-Expo-Bündnis "Tipp-Ex" zu beobachten. In beiden Fällen handele es sich um extremistische Gruppierungen, deren Mitglieder "wahrscheinlich für Brandanschläge auf Baufahrzeuge an der Expo-Stadtbahnlinie verantwortlich seien". Liebe Hamburger CDU, falls Sie es noch nicht wissen: Das "Tipp-Ex"-Bündnis ist an den Vorbereitungen des nächsten BUKO-Kongresses beteiligt, der vom 28. bis 31. Oktober - wo wohl? - in Hannover stattfindet! Doch was einige Abgeordnete der CDU so gern in linksradikaler Eintracht vereint sehen möchten, das droht der Verfassungsschutz schon wieder auseinanderzureißen: "Beobachtet werden nur die Extremisten, nicht aber friedliche Expo-Gegner", zitiert die HAZ den Pressesprecher des Verfassungsschutzes.

So unterschiedlich die Strategien der ernannten und der selbst ernannten Verfassungsschützer zunächst erscheinen, beide zielen letztlich darauf, die als "extremistisch" denunzierten Stimmen zum Schweigen zu bringen. An den niedersächsischen Verfassungsschutz deshalb unsere Botschaft: Der BUKO wird sich nicht von seinen Kooperationspartnern distanzieren, nur weil ein Landesamt sich anmaßt, auf der Basis von selbst in Umlauf gebrachten Gerüchten die Welt in "Extremisten" und "Friedliche" aufzuteilen.

Die Kleine Anfrage an den Hamburger Senat setzt an einem Punkt an, an dem es große Empfindlichkeiten gibt: Es geht um Geld. "Finanzierung rechtswidrigen Handelns aus Hamburger Haushaltsmitteln?" fragte der Abgeordnete Harlinghausen und wollte wissen, welche Projekte von BUKO und JUMP der Hamburger Senat finanziell fördere. Kein Einzelfall: Kurze Zeit nach dem BUKO wurde das Hamburger Kommunikationszentrum "Werkstatt 3",



Alles im Griff

EXPO 2000 und Nachhaltige Entwicklung

Auf der EXPO 2000 in Hannover wird das Konzept der "Nachhaltigen Entwicklung", oreintiert an der Agenda 21, zur Lösung der globalen Probleme der Menschheit präsentiert. Der Film geht in Interviews mit VertreterInnen der EXPO-Gmbh, der EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft und der Siemens AG der Frage nach, ob die propagierte "Nachhaltigkeit" dem Anspruch, die "Welt zu retten", gerecht werden kann und soll, oder ob die Debatte um "Sustainable Development" nicht tatsächlich eine andere Funktion hat.

35 Minuten
Dezember 1998

Bestellungen gegen 20,- DM Vorkasse an:
Anti-EXPO-AG, c/o Asta Universität Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover

in dem die BUKO-Geschäftsstelle ihren Sitz hat, zum Gegenstand einer weiteren parlamentarischen Anfrage mit verschwörungstheoretischem Hintergrund. Die Abgeordnete Vahlefeld erregte sich über ein Werkstatt 3- Seminar mit dem überaus brisanten Thema "Die 68er und ihr Einfluß auf die Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung", das u.a. gemeinsam mit der VSP-Internationalismusgruppe veranstaltet worden sei. Da die Werkstatt 3 Zuwendungen der Hamburger Kulturbehörde erhalte, folgerte die Abgeordnete messerscharf, werde damit auch "das linksextremistische Umfeld gefördert" und sagte dem "Mißbrauch von Steuergeldern" in einem Artikel der "Welt" den Kampf an.
Das Signal ist deutlich: Wer finanziell von den Zuwendungen öffentlicher Geldgeber abhängt, der sollte sich mit radikaler Kritik zurückhalten, sonst wird der Geldhahn zugedreht. Eine Haltung - und das ist das eigentlich Bedenkliche - die viele Nichtregierungsorganisationen (NGO's) inzwischen längst verinnerlicht haben. Allzu häufig geben finanzielle Interessen und der Wunsch, von Regierung und Wirtschaft als Dialogpartner akzeptiert zu werden, die politische Linie vor. Beim Thema "EXPO 2000" zeigt sich das in aller Deutlichkeit. Unter Federführung einiger in Bonn ansässiger Organisationen hat sich eine spezifische Haltung entwickelt, die EXPO sanft zu kritisieren und gleichzeitig zur Beteiligung aufzurufen."

Doch auch mit den zuletzt genannten Artikeln und Anfragen war die Reihe von Falschinformationen dieser Art von Präventionskampagne noch nicht beendet. Jedes neue Treffen der Anti-EXPO-Zusammenhänge scheint kommentiert zu werden. In den aktuellsten Artikeln wird unter Bezugnahme auf Beobachtungen des Verfassungsschutzes und des Verfassungsschutzberichtes des Jahres 1998 gar eine internationale Vernetzung des Widerstandes befürchtet. Zudem stellt der *Weserkurier* in Bremen fest, dass es sich, laut niedersächsischem Verfassungsschutzchef Minnier, erst im Herbst dieses Jahres entscheiden wird, ob sich die linksradikale Szene der BRD in grösserem Maße auf die EXPO beziehen wird. "Zumindestens mit Nadelstichen müssen wir rechnen", so Minnier im Weserkurier. Selbst, wenn diese politischen Zuspitzungen seitens der Herrschenden übertrieben erscheinen mögen, müssen sie ernst genommen werden. Immer wieder denken Linke eigentlich doch zu harmlos zu agieren um tatsächlich kriminalisiert zu werden, zumal sie sich auf der Seite der gerechten Sache sehen. So wird sich in falscher Sicherheit gewähnt. Verkannt wird der Blick der Verfolgungsbehörden, die die Gegnerschaft zum System ihrerseits durchaus ernstnehmen. Hinzukommt in Bezug auf Ereignisse, wie die EXPO 2000, dass aus der Aufrüstung der Behörden eine institutionelle Zwangsläufigkeit erwächst, die Ermittlungserfolge verlangt. Millionen Investitutionen in die sogenannte Innere Sicherheit inklusive von Sondereinheiten zum Schutz der EXPO können nur legitimiert werden, wenn auch entsprechende Ergebnisse, sprich angebliche TäterInnen präsentiert werden können. Um dieser Spirale zu entgehen muss der Anti-EXPO-Widerstand an die Öffentlichkeit gehen und breitere politische Bündnisse suchen. Letztlich ist der Schutz vor Kriminalisierung dabei jedoch immer nur ein zweitrangiges Ziel. Zentral muss das politische Profil sein, das letztlich auch der beste Schutz vor Kriminalisierung ist. Es muss darum gehen den politischen Streit zum Gegenstand gesellschaftlicher Debatten zu machen. Das politische Anliegen der Kritik an der EXPO muss im Vordergrund stehen und sozial verankert werden. Zu oft endet linke Politik heute in einer Variante von Menschenrechtspolitik, sei es nun im Bereich der antirassistischen oder der Antirepressionsarbeit, die ohne eine eigene relevante linke Basis, perspektivisch erfolglos bleibt. Ganz abgesehen einmal von Argumentationen, die versuchen Empörung und Widerspruch gegen einzelne Misstände des herrschenden Justizsystems zu formulieren. Der Versuch auf diese Weise bürgerliche Kräfte einzubinden und so zu tun, als würde die eigene revolutionäre Politik von sich aus nicht schon den Rahmen des Systems in Frage stellen, ist kontraproduktiv. Eine solche Politik kann nicht mehr als eine manchmal vielleicht notwendige, weil einzig noch möglich erscheinende Verzweifelungstat sein. Wichtiger ist es die zum grossen Teil selbstverschuldete gesellschaftliche Isolierung durch den Streit um politische Inhalte und die Formulierung linker Perspektiven zu überwinden.

28. - 30.05.1999

"Internationalismus quo vadis?"

Vor dem Gipfel-Sturm: BUKO-Ratschlag in Köln

"Internationalismus quo vadis?" Mitglieder des BUKO-Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft haben ihre Antworten auf diese Frage in der Broschüre "kölngehen - Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus" formuliert, die Mitte April anläßlich der bevorstehenden Kölner Gegengipfel-Veranstaltungen erscheint. Auf dem Ratschlag werden einige der AutorInnen ihre Thesen zur Diskussion stellen. Anknüpfend an die Diskussionen der beiden Ratschläge im Vorjahr geht der BUKO einen Schritt weiter in der Standortsuche der Internationalismusbewegung zwischen Lobbyismus und sozialen Bewegungen.
Themenschwerpunkte:

· Teilnahme an den Gegenaktivitäten zum EU-/Weltwirtschaftsgipfel
· Perspektiven für einen neuen Internationalismus
· Berichte von Aktivitäten und interne Entscheidungen

Wir erinnern uns: Zwischen den "großen" Kongressen finden ein- bis zweimal jährlich "kleine" Ratschläge statt, um den Mitgliedsgruppen, Arbeitsschwerpunkten und Kampagnen Möglichkeiten zum Kennenlernen und zum Austausch zu geben. Mit Köln als Tagungsort läßt sich der Bezug des BUKO zu den sozialen Bewegungen gleich konkret ausdrücken: Am 29. Mai beginnen mit einer europäischen Großdemonstration die Kölner Gegengipfel-Aktivitäten, und wir sind dabei.

Das Programm des Ratschlags ist in der BUKO-Geschäftsstelle erhältlich.



BUKO-ADRESSEN

BUKO GESCHÄFTSSTELLE:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 31 56, FAX 040-39 07 520,
E-MAIL BUKO@CL-HH.CL.SUB.DE
➲ UNTER DER GLEICHEN ADRESSE SIND EBENFALLS DIE BUKO-ARBEITSSCHWERPUNKTE RASSISMUS UND FLÜCHTLINGSPOLITIK, WELTWIRTSCHAFT UND ALTERNATIVER HANDEL ZU ERREICHEN.

BUKO AGRAR-KOORDINATION:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 25 26, FAX 040-39 07 520

BUKO PHARMA-KAMPAGNE:
AUGUST-BEBEL-STR. 62, 33602 BIELEFELD,
TELEFON 0521-60 550

BUKO KAMPAGNE "STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT":
BUCHTSTR. 14-15, 28195 BREMEN,
TELEFON 0421-32 60 45, FAX 0421-33 78 177,
E-MAIL REXBUKO@OLN.COMLINK.APC.ORG

alaska - ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALISMUS:
BERNHARDSTR. 12, 28203 BREMEN,
TELEFON 0421-72 034, FAX 0421-72 034

Broschüre zum Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999

kölngehen - Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus

Themenschwerpunkte:
➲ Kapitalistische Globalisierung - Krisen, Strategien und Institutionen
➲ Herrschende Diskurse über Globalisierung und politische Regulierung
➲ Internationalismus quo vadis?
➲ Reflexionen über vergangene und aktuelle Kampagnen

Herausgeber:
➲ BUKO-Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft
➲ 72 Seiten

Bestelladresse:
➲ BUKO-Geschäftsstelle
➲ Preis: 6.- DM, ab 10 Stck. 4.50 DM, ab 50 Stck. 4.- DM (zuzügl. Versandkosten)



Termine

02. - 04.07.1999
Vorbereitungsseminar zum BUKO 22 - Macht Zukunft Spaß
Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt

Die Seminarplanung wird Anfang Mai auf einem Ttreffen der Vorbereitungsgruppe festgelegt.

Ort: Hannover oder Berlin
Informationen: BUKO-Geschäftsstelle

27.07. - 1.08.1999
Seminar „Kein Mensch Ist Illegal"

In der Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik der EU Staaten nehmen die Probleme der Menschen, die ohne Aufenthaltsberechtigung in diesen Staaten leben, einen immer größeren Raum ein. Die Verschärfungen der Ausländergesetze innerhalb der EU, die Rolle der Medien beim Zustandekommen der Ablehnung von Flüchtlingen in immer größer werdenden Kreisen der Bevölkerung bilden zusammen mit der Information über die Situation der Flüchtlinge ein Teil des Seminarprogramms. Die Möglichkeiten der Unterstützung für Illegalisierte und Formen des Widerstandes gegen die inhumane Flüchtlingspolitik der EU-Staaten, werden den anderen Teil des Seminars ausmachen.

Seminarort: Paderborn
Anmeldung: bis zum 21.07.1999; BDP - Infoladen, Postfach 1334, 33043 Paderborn

01. - 03.10.1999
Fünf Jahre Aufstand in Chiapas

Mit dem Aufstand der zapatistischen Guerilla haben sich nicht nur die Verhältnisse in Chiapas und in Mexiko geändert sondern auch Diskussionen in den Metropolen. Neben der klassischen Soli-Arbeit bezieht sich ein breites politisches Spektrum auf Chiapas. Die anfängliche Euphorie angesichts des offenbar möglichen Brückenschlags zwischen Chiapas und hier ist aber einer gewissen Ernüchterung gewichen. Gerade die von Chiapas angeregte Vernetzung emanzipatorischer Projekte scheint nicht richtig voranzukommen. Deshalb laden wir zu einem Strategieseminar ein, um sich über die vielfältigen Aspekte des Problems auszutauschen.

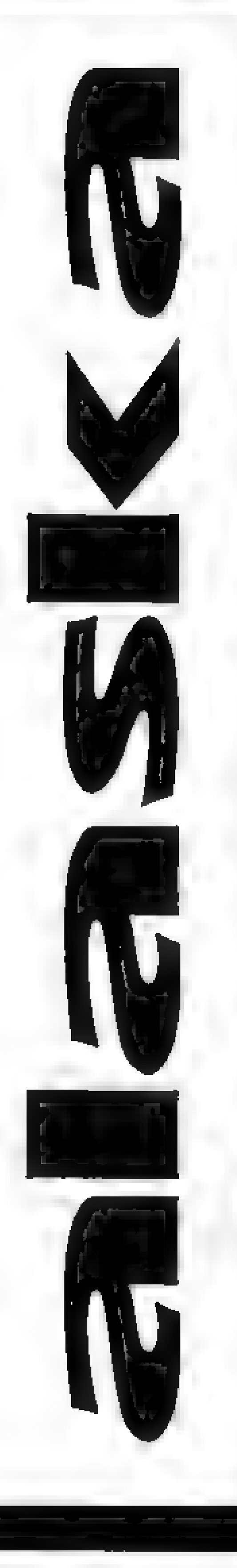
Seminarort: Dritte Welt-Haus Frankfurt am Main
Anmeldung: bis zum 24.09.1999 bei der BUKO-Geschäftsstelle
Informationen: Penumbra; Dritte Welt-Haus Frankfurt am Main Falkstraße 70; 60487 Frankfurt am Main; TEL.: 0 40/39 31 56; FAX: 0 40/390 75 20 EMAIL: BUKO@CL-HH.CL.SUB.DE

150° West 60° Nord

Irgendwo in Alaska

oder manchmal auch näher als gedacht

- Buchladen Ostertor, Fehrfeld 60, Bremen
- Weltladen, Ostertorsteinweg 90, Bremen
- BBA-Laden, St. Pauli Str. 10-12, Bremen
- Buchladen Neustadt, Lahnstrasse 65b, Bremen
- Universitätsbuchhandlung, Universität, Bremen
- Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, Hamburg
- Alhambra, Hermannstr. 83, Oldenburg
- Internationalismus-Buchhandlung, Engelborsteler Damm 10, Hannover
- Infoladen Korn, Kornstr. 28-30, Hannover
- ROSTA-Buchhandlung, Aegidistr. 12, Münster
- EX, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Buchhandlung Schwarze Risse, Gneisenaustrasse 2a, Berlin
- Infoladen Daneben, Liebigstrasse 34, Berlin
- b_books, Lübbenerstr. 14, Berlin
- Politik&Rausch, Grünbergerstr. 73, Berlin
- Buchladen Rote Strasse, Nikolaikirchhof 7, Göttingen
- Büchertisch Notstand, Universitätsstr. 150, Bochum
- Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, Köln
- Buchhandlung Schwarzes Schaf, Rathausplatz 2, Ludwigsburg
- Buchandlung Libresso, Bauerngasse 14, Nürnberg
- Versandbuchhandlung Anares-Nord, Postfach 1247, 31305 Uetze
- Infoladen Grauzone im JuZe, Dreiheiligenstr. 9, A-6020 Innsbruck
- Bookshop Het Fort van Sjakoo, Jodenbreestraat 24, NL-1011 Amsterdam



InterContinental Caravan

Karawane für Solidarität und Widerstand - Wie es kommt, daß 500 indische BäuerInnen mit uns ihre und auch unsere Rechte einfordern wollen

Im Mai/Juni 1999 werden 500 InderInnen zusammen mit VertreterInnen aus anderen Ländern des Trikonts durch Europa reisen. Sie wollen nicht mehr auf Almosen aus der westlichen Welt warten, sondern sie fordern Respekt für ihre Rechte bei denen ein, die sie seit Jahrhunderten weltweit mißachten. Sie verstehen sich selber als Teil des internationalen Protests gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem, das sich nicht an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert. Die "Internationale Karawane für Solidarität und Widerstand" wird innerhalb von einem Monat acht Länder Europas besuchen. Den TeilnehmerInnen der Karawane geht es um den Austausch und den Kontakt mit europäischen BäuerInnen und politischen Basisbewegungen. Andererseits geht es ihnen darum, einer breiten Öffentlichkeit im Norden ihre Situation und die direkten Auswirkungen des "freien" Handels und der WTO-Abkommen zu vermitteln. Deshalb wird die Karawane auch in Deutschland auf zwei wichtige Ereignisse treffen: den EU-Gipfel und den Weltwirtschaftsgipfel in Köln.

Die Initiative für diese Karawane ging von den BäuerInnen aus dem indischen Bundesstaat Karnataka aus. Diese sind in der KRRS ("Karnataka State Farmers' Association") einer indischen Bauernorganisation organisiert.

Die indische BäuerInnenorganisation KRRS bezieht sich in ihrer Arbeit nicht nur auf landwirtschaftliche und globale, politische Themen. Vielmehr engagieren sie sich in ihrem Land ebenso für Alternativen gesellschaftlichen Lebens, was nicht durch das Diktat der Konzerne und Handelsabkommen sondern vielmehr von Selbstbestimmung geprägt ist. Es handelt sich um eine sogenannte "ghandische" Bewegung, deren Ziel die Umsetzung die Dorfrepublik ist, die auf Basisdemokratie, wirtschaftlicher und politischer Selbstbestimmung gründet. Ihre Alternative zur globalisierten Wirtschaftsordnung besteht im Aufbau von lokalen Versorgungsnetzen, von nachhaltigen Technologien und solidarischen Bündnissen. Die VertreterInnen möchten mit dem Menschen Europas in einen direkten Dialog treten und sich gemeinsam mit uns für eine Welt einsetzen, in der die Menschen unmittelbare Kontrolle über ihre regionale Ökonomie erlangen. Lebensqualität ist für sie nicht mit ständigem Wirtschaftswachstum und beharrlich steigendem Massenkonsum verbunden.

Die Welthandelsorganisation (WTO) mit Sitz in Genf und multinationale Konzerne wie Bayer, Monsanto oder Hoechst zwingen den BäuerInnen die globalisierten Handelsbedingungen auf, was dazu führt, daß kleinbäuerliche Existenzgrundlagen zerstört werden. Die KleinbäuerInnen können nicht gegen Agrarmultis und Importe aus den USA und Europa konkurrieren. Nachdem im Rahmen der Zollbestimmungen der WTO die Importzölle für Erdnüsse aufgehoben wurden, sahen sich die BäuerInnen in einer ausweglosen Situation, da sie den Preis der nach Indien importierten Erdnüsse, nicht weiter unterbieten konnten. Im letzten Jahr begingen aus diesem Grund hunderte von KleinbäuerInnen Selbstmord.

Während einerseits die BäuerInnen von ihren Produkten nicht mehr leben können, kann sich paradoxerweise der Rest der ärmeren Bevölkerung Grundnahrungsmittel kaum noch leisten. So hat sich beispielsweise der Preis von Zwiebeln, einem der wichtigsten Nahrungsmittel der traditionellen indischen Küche, verachtfacht. Solches geschieht vor allem aufgrund der Öffnung des Marktes, wo dann die lokalen Eigenheiten, hier der Preis eines Grundnahrungsmittels, nicht mehr berücksichtigt werden.

Nicht nur die Wirtschaftsbedingungen, sondern auch bestimmte Produkte werden den BäuerInnen aufgezwungen. Beispiel dafür ist die Entwicklung von gentechnisch verändertem Saatgut in Indien, was bei den BäuerInnen jedoch auf erbitterten Widerstand gestoßen ist. Der Versuch der Firma Monsanto, erstmals Feldversuche mit manipuliertem Saatgut durchzuführen, hatte im letzten Jahr den Protest hunderttausender Bauern und BäuerInnen hervorgerufen. Diese steckten während einer Aktion in vergangenen November einfach kurzer Hand das erste Versuchsfeld in Brand.

Bleibt man beim Thema Gentechnologie, so wird deutlich, daß die Karawane auch unsere Verhältnisse in Europa anspricht, die ebenfalls die Realität von Globalisierung widerspiegeln. Zum Beispiel die heutige Situation in unseren Supermärkten, in denen die Produkte vorzugsweise erst mal tausende von Kilometern zurücklegen, bevor sie bei uns im Kühlschrank landen. Und ob dann gentechnisch behandelte Pflanzen in diesen Nahrungsmitteln verwendet wurden, kann heute keiner mehr nachvollziehen.

Geplant ist eine Route durch zehn Länder Europas. An den Orten werden Begegnungen mit unterschiedlichsten Gruppen und Organisationen stattfinden. Neben einem direkten Austausch und der öffentlichen Information wollen die InderInnen und ihre BegleiterInnen auch die Institutionen und multinationalen Konzerne, die ihre desolate Situation zu einem großen Teil zu verantworten haben, mit ihrer Präsenz konfrontieren. Es wird Aktionen und Demonstrationen vor wichtigen Institutionen, den Hauptbüros von transnationalen Konzernen und der WTO geben.

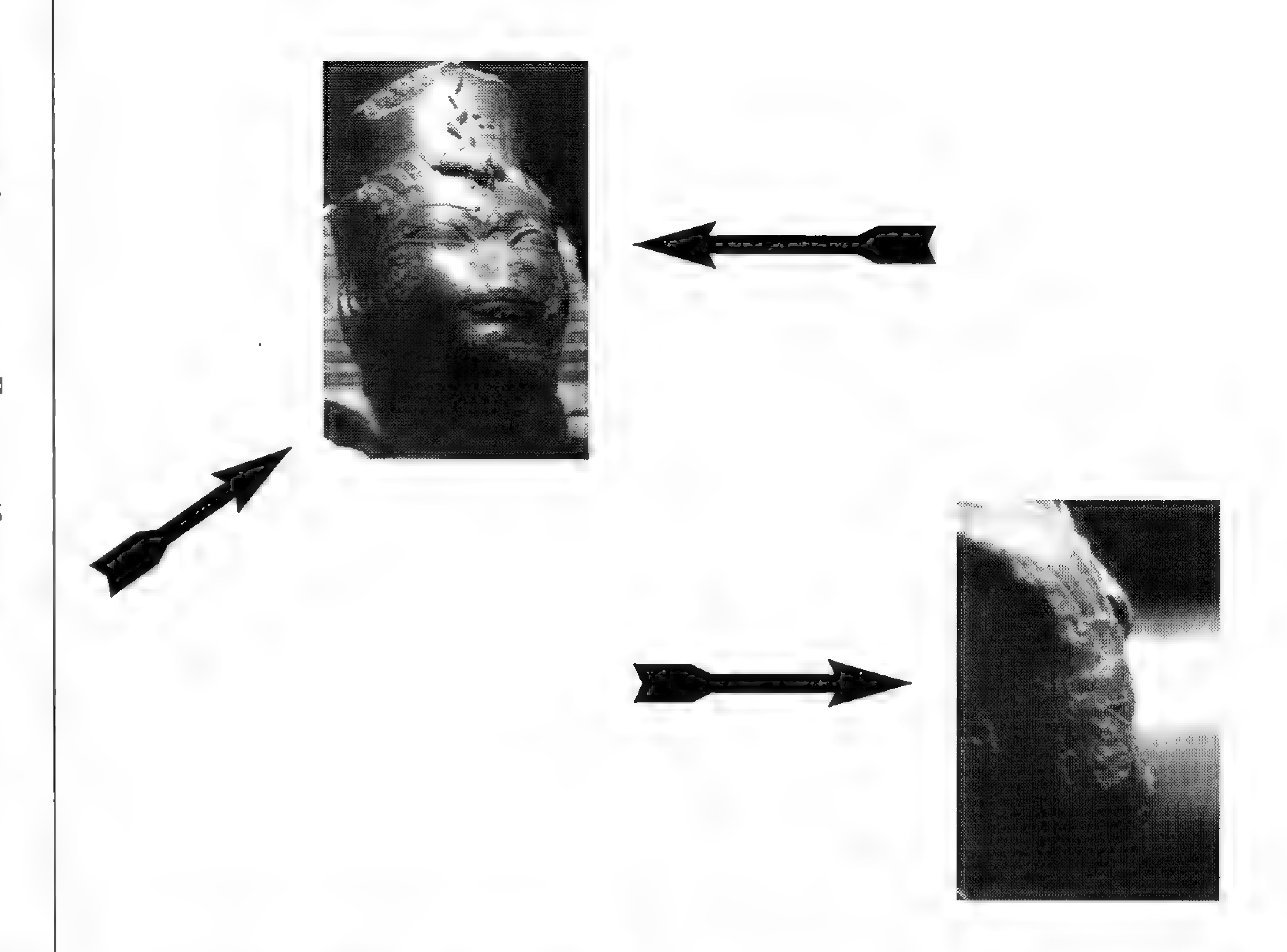
Die Route der Karawane ist so gewählt, daß sie sich an bereits geplanten Märschen und Aktionen beteiligen wird. Hierzu zählen die Beteiligung an einem Marsch für die Abschaffung aller Atomwaffen von "For Mother Earth!" in Belgien, Veranstaltungen und Aktionen mit der französischen Erwerbsloseninitiative "AC!" sowie Zusammenkünfte mit der Bauernbewegung "Droits Devant". Den Abschluß soll die Teilnahme an den Gegenveranstaltungen zum Weltwirtschaftsgipfel im Juni in Köln bilden.

Dieses Projekt ist eine große Chance. Nicht wie sonst werden EuropäerInnen über die Problematiken in sogenannten Entwicklungsländern reden. Hier wird vielmehr das Ziel verfolgt, die BäuerInnen und VertreterInnen von Basisbewegungen des Trikonts zu unterstützen hierherzukommen und für sich selber zu sprechen. Diese Karawane ist keine "3.-Welt-Karawane", sondern ein gemeinsames, internationales Projekt.

Es ist wahrscheinlich das erste mal, daß Menschen aus dem Süden in dem Umfang nach Europa kommen und gemeinsam, solidarisch mit der Bevölkerung hier für wirtschaftliche Veränderungen und bessere Lebensbedingungen demonstrieren. Dies könnte ein Startpunkt sein für eine neue Art der "Solidaritäts-"Bewegung, die einsieht, daß Veränderungen

Der Ablauf in Deutschland:

24.-26. Mai: Treffen mit der Karawane "Geld oder Leben" in Bielefeld und Münster
29. Mai: Teilnahme eines Teils der Karawane an der Demonstration zum EU- Gipfel in Köln
30. Mai – 2. Juni: Berlin
3.u.4. Juni: Teilnahme eines Teils der Karawane an den Gegenveranstaltungen zum EU-Gipfel in Köln
15.Juni: Ankunft aller TeilnehmerInnen in Deutschland, Aufteilung der Busse auf lokale Gruppierungen in Süddeutschland
16.Juni: Ruhetag, Aktion zum Thema Artenvielfalt anläßlich der Eröffnung des Evangelischen Kirchentages in Stuttgart, lokale Veranstaltungen
17. Juni: Veranstaltung zum Thema Globalisierung bei Stuttgart,
18. Juni: Globaler Aktionstag
19. Juni: Teilnahme an den Gegenveranstaltungen zum Weltwirtschaftsgipfel in Köln
Großes Abschiedsfest gemeinsam mit der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen
20. Juni: Abreise nach Amsterdam



dort nur durch Veränderungen hier erreicht werden können.
Menschen hier werden mit den Auswirkungen des globalen Wirtschaftssystems konfrontiert und Menschen aus anderen Ländern haben die Möglichkeit, uns ihre Vorstellungen von Entwicklung näherzubringen.
Die Karawane findet im Rahmen des Anfang 1998 in Genf gegründeten Netzwerks von Basisbewegungen, Peoples Global Action, statt.
Wir wünschen uns, daß dieses Projekt von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird. Zur Realisierung dieses Projektes brauchen wir noch takräftige Unterstützung!
Gesucht werden: Geld- und Essensspenden, BusfahrerInnen, Computer, Telefone, Faxe, Modems (in Köln), und viel mehr...
Wir freuen uns auch über neue Gruppen, die zu dem Projekt stoßen und in unterschiedlichster Form daran teilnehmen. Dies könnte dadurch geschehen, daß man Veranstaltungen zu bestimmten Themen organisiert, die noch nicht aufgegriffen worden sind, oder das man sich an der Organisation von Essen, Unterkunft und Finanzen beteiligt.
Dies ist unser aller Projekt!!!

Kontakt: hyperlink mailto:icc99@gmx.de; icc99@gmx.de; Icc c/o Allerweltshaus Körnerstr. 77-79, 50823 Köln
Weitere Informationen unter: http://stad.dsl.nl./~caravan/ oder icc99@gmc.de
SPENDEN AN: Intercontinental Caravan, Kto.: 3701010441, BLZ: 50090100, Ökobank Berlin

Alltagsforschung

Schöner Sterben

by Christoph Spehr

Das Konzept der "Zielgruppe" ist etwas Drolliges. Man geht auf der Straße, wie wenn nichts wäre, und merkt gar nicht, daß irgendjemand einen mit unsichtbarer Farbe markiert hat. In einem Hochhaus mit Zielfernrohr, Nachsichtgerät und Richtmikro sitzt und einen beobachtet. Weil man seine Zielgruppe ist. Von der er was will.
Zu denen, die im Display der entwicklungspolitischen Szene plötzlich neongelb aufleuchten, gehören neuerdings die Alten. "Ältere Menschen", okay (wann wird man zu Frauen "weiblichere Menschen" sagen?), oder noch etwas peppiger, die Gruppe "60 plus". Nach Jahren der Vernachlässigung als störrische, schwerhörige Querulanten sind die Alten in den Status einer Zielgruppe aufgestiegen. Der Verein "HerbstRose e.V." teilt uns mit, daß er in Hannover ein Seminar durchführt (in Kooperation mit dem Kirchlichen Entwicklungsdienst der Nordelbischen Kirche), das den schönen Titei trägt: "Entdeckungen - Begegnungen. Erfahrungen und Perspektiven entwicklungspolitischer Bildungsarbeit mit älteren Menschen". "Vorrangiges Ziel" sei es, informiert uns der Verein, "die älteren Menschen über die Situation in der 'Einen Welt' zu informieren, Begegnungen zu ermöglichen, Vorurteile abzubauen und besonders die wirtschaftlichen Ursachen der Ungerechtigkeit zu verdeutlichen sowie die gemeinsame Verantwortung hierfür deutlich zu machen."
Was bedeutet das? fragt man sich. Interessieren sich Plusler und Pluslerinnen besonders für Ökonomie? Haben sie mehr Zeit für Brigadenarbeit in Nicaragua? Ist ein Mittel entdeckt worden, das samstägliches Infostandstehen zu einer Wohltat für die müden Venen macht? Durch Umstände, die wir nicht näher erläutern möchten, verfügen wir über ein Amateurvideo von der legendären Sitzung, die den Anstoß zu all dem gab.
Auf dieser Sitzung trafen sich vor ein paar Jahren VertreterInnen der verschiedenen entwicklungspolitischen Organisationen. Zur Begrüßung zeigt man sich in ritueller Weise gegenseitig die leeren Taschen, damit niemand auf die Idee käme, beim anderen Anträge zu stellen; dann beriet man die mißliche Lage. Da keiner und keinem etwas einfiel, wie man an Geld kommen sollte, vergingen die Stunden stockend, bis man endlich in die Kneipe aufbrach.
Dort wurde die Runde lustiger und ließ ihrer Kreativität freien Lauf. "Wir könnten doch Banken überfallen", rief jemand. Dafür sei man nicht wirklich qualifiziert, fanden die anderen. "Wir könnten alten Damen auf der Straße die Handtasche wegreißen", schlug jemand anders vor. Wieder lachten alle. Und dann sagte jemand: "Aber wie wäre es, wenn uns die alten Damen ihre Handtasche - mit allem, was darin ist, versteht sich - vermachen würden?"
"Genial", riefen die anderen und es wurde sehr aufgeregt. Einer hatte zufällig den SPIEGEL dabei, in dem über die Billionen berichtet wurde, die in den nächsten Jahren vererbt würden. Und schwupp! war eine neue Zielgruppe geboren.

Von den Titeln für zukünftige Kampagnen, die an diesem Abend noch entworfen wurden, erwies sich keiner als haltbar. Weder "Schöner Sterben" noch "Erleichtern Sie sich!" konnten sich durchsetzen, und auch das offensive "Haben Sie mal drüber nachgedacht, was Ihre EnkelInnen mit Ihrem Geld machen werden?" wurde verworfen. Aber die Grundidee war klasse. Und so gründete Greenpeace sein "Greenpeace Team 50 +", und die anderen gründeten auch PluslerInnen-AGs, und die ganz Schlauen verlegten sich darauf, Seminare anzubieten, wie man PluslerInnen agitiert, und kassierten satte Seminargelder dafür.
Das Geschäft beruht, das hat man inzwischen erkannt, auf Diskretion. Nicht zu schnell mit der Tür ins Haus fallen. Unauffällig zwischen all die "Impulsreferate" über die "Entdeckungen" und "Begegnungen" gemischt, gibt's dann die Diskussionsrunde "Spendenmarkt oder Engagement? Ältere Menschen als Zielgruppe der Zukunft." Das ist sie, die "besondere Veranwortung". Und deshalb das mit der Ökonomie. Und mit den wirtschaftlichen Ursachen der Ungerechtigkeit, und was man dagegen tun kann. Besonders wenn man ein Plusler oder eine Pluslerin ist. Mit bißchen was auf der hohen Kante. Und Enkeln, die nerven.

Rezensionen

Staatsarchitektur

by Bernd Hüttner

Auf den ersten Blick sieht sie aus wie ein Kunstkatalog, die 1200 Gramm schwere Ausgabe *Staatsarchitektur* der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift *Vor der Information*. Sie befasst sich mit Migrations- und Asylpolitiken und geht darauf in unterschiedlicher Art und Weise ein: *Vor der Information* arbeitet mit Bild- und verschiedenen Arten von Textbeiträgen. Die AutorInnen kommen aus dem breiten Feld der Kunst und Theorie im deutschsprachigen Raum, aber auch aus Frankreich und Großbritanien, darunter etliche mit einer nicht-mehrheitsgesellschaftlichen Sozialisation. Es finden sich aber auch fundierte Beiträge aus dem (enger gefaßten) politischen Spektrum.
Inhaltlich geht es um sexistische und rassistische Strukturen der Gesellschaft, ihre juristische Schaffung und Absicherung und ihre völkischen Grundlagen. Dabei werden alte Formen des Rassismus ebenso untersucht, wie die neuen, kulturalistischen. Bewegungspolitisch wird unter anderem über und von *sans-papieres* und die Kampagne *kein mensch ist illegal* berichtet, oder es werden Erfahrungsberichte aus unterschiedlichen MigrantInnenberatungs- und -selbsthilfeinitiativen publiziert. Die Reichweite der Beiträge ist unterschiedlich: Sie reicht vom wissenschaftlichen Blick von außen auf Migration, bis zu Berichten von mit Illegalisierung und Rassismus konfrontierten. Ungewöhnlich ist die starke Betonung feministischer Perspektiven und Standpunkte im gesamten Band. Die Situation und die Wünsche von Frauen werden in ihrer Unterschiedlichkeit wie auch in in ihrer Gleichheit deutlich gemacht. Ebenso wird symapthischerweise die eigene Denkstruktur und der privilegierte Sprechort der Schreibenden in vielen Beiträgen reflektiert. Ob es wirklich gelungen ist, die Probleme des Schreibens und Sprechens über Migration, wie etwa Generalisierung oder Bevormundung in den theoretisch geprägten Artikeln zu vermeiden, muß offen bleiben. Es ist aber sehr angenehm zu erfahren, daß sich die ProduzentInnen von *Vor der Information* damit sehr gründlich auseinandergesetzt haben.
Sollte *alaska* irgendwann einmal nur noch halbjährlich oder jährlich erscheinen, dann wird sie hoffentlich optisch so gut gestaltet, und vom Inhalt so vielfältig, kritisch und selbstreflexiv sein , wie *Vor der Information*.

Vor der Information 7/8: Staatsarchitektur, ca. 336 S., DM 32, öS 220 (plus Porto), Bezug: Vor der Information, Säulengasse 7/15, A-1090 Wien, e-mail: vor.ri@eunet.at

Short Cut

Glo-, Glo-, Globalisierung

by Bernd Hüttner

Globalisierung ist der neue Modediskurs und so wollte der *Bund demokratischer WissenschaftlerInnen* (BdWi) nicht abseits stehen und organisierte im Herbst 1997 eine Konferenz zu Globalisierung und Standort. Nun liegt ein Sammelband dazu vor, der aus der Tagung entstand. Sammelbände sind eine widersprüchliche Sache. Sie sind vielfältig und mensch kann durch sie viel kennenlernen. Einerseits enthalten sie aber oft schon bekanntes, andererseits machen sie einen auf neues aufmerksam, da sich in ihnen manchmal ein bisher unbekannter Aspekt oder Gedanke verbirgt.
So ist es auch bei *Ungleichheit als Projekt*. Das Buch enthält insgesamt 32 Aufsätze, davon neun von Frauen. Viele AutorInnen veröffentlichen nochmals, was sie anderswo schon als Artikel oder als Buch publiziert haben: Brigitte Young schreibt wiedermal über Globalisierung und Transformation von Genderregimes, Uta Ruppert über global governance und Frauenbewegung, Ulrich Brand über Nachhaltigkeit und Öko-Kapitalismus, Hans-Jürgen Urban von der IG Metall über die Defizite der Gewerkschaften und Reinhart Kößler über Nationalstaaten und Globalisierung. Dies ist alles, und das ist heute schon etwas wert, relativ solide und unaufgeregt, wenn auch manchmal inhaltlich etwas traditionell und brav.
Andererseits enthält der Band auch neues: Wolfgang Krumbein etwa erteilt der vieldiskutierten "Aufwertung der regionalen Ebene" eine fulminante Absage und hält die Regulationstheorie für die Analyse räumlicher Entwicklung für ungeeignet. Ralf Adelmann stellt visuelle Raumkonstruktionen und Bilder, wie sie sich etwa in der digitalisierten und animierten Wetterkarte oder im Bild vom Globus Erde zeigen, vor. Elisabeth von Dücker schreibt spannend darüber, wie sich Feministinnen in der zutiefst sexistischen Struktur von Museen bewegen und ihre Vorstellungen in Museumskonzepten (nicht) umsetzen.
Den Schluß des Bandes bildet der Entwurf einer Abschlußerklärung der Tagung, der auch ihr Grundkonzept verdeutlicht. Der Text steht in einer linkssozialdemokratischen Tradition, verteidigt sozusagen die goldenen 70er Jahre gegen Blair und Schröder. Einige Beispiele: Die Entwicklungshilfe soll erhöht werden, von einer Kenntnis der Problematik der Entwicklungshilfe keine Spur. Dasselbe gilt für die Forderung nach einer sozialen und ökologischen Regulierung des Welthandels etc. Natürlich soll auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, und "Erwerbs-" soll nicht etwa an Frauen, "und unbezahlte Arbeit" an Männer (die sich seit Jahrzehnten standhaft weigern eben dies zu tun), nein, es soll hübsch neutral "zwischen den Geschlechtern" umverteilt werden.
Das Buch ist trotzdem nicht zu ökonomistisch, da es, wie schon angedeutet, auch Artikel zu "weichen Themen" wie Kultursponsoring auf

Eine unbedingt notwendige **Richtigstellung** des Impressums des letzten Heftes:
Die Fotos wurden nicht von Harry Loges, sondern von **Britta Biesterfeld** und **Katarina Harms** gemacht.
Sorry!!

der *documenta* oder zur Bilanz der Frauenförderungspolitik an Universitäten enthält. Die Quote von feministischen Artikel beträgt für solche Verbände gar sensationelle 20 Prozent und das Buch enthält keinen Beitrag von Joachim Hirsch oder Elmar Altvater. Wenn sie also zu faul..., äh, zu wenig Zeit haben, ein ganzes Buch zu Globalisierung zu lesen, sind sie mit dem vielfältigen Buch *Ungleichheit als Projekt* gut bedient. Ehrlich.

Regina Stötzel (Hg.): Ungleichheit als Projekt. Globalisierung. Standort. Neoliberalismus; BdWi Verlag Marburg 1998, 472 S., 48 DM

Alte Medien

Das Ende der Antideutschen

by Bernd Hüttner

Ein Niedergang ist anzuzeigen. Von "den" Antideutschen, einer in den Jahren 1990 bis 1994/95 produktiven Fraktion der Linken hierzulande, ist kaum etwas geblieben. Für eine neue emanzipatorische politische Bewegung ist von ihnen - leider - kaum noch ewas zu erwarten.

Die Antideutschen konstituierten sich wegen des Nationalismus' der *deutschen* Linken, der sich nach dem Anschluß der DDR offen zeigte. Sie waren ein relativ heterogener Haufen, mit Überschneidungen zum sachte modernisierten K-Gruppen-Marxismus oder vereinzelt auch zur Kulturszene. Eine Strömung, die sich, da Organisationen keine große Rolle mehr spielen, um einige Zirkel und Zeitschriften gruppierte: *bahamas* und *17° C* waren neben *konkret* die beiden Zeitschriften, die die Debatte der Antideutschen prägten. *bahamas* wurde ab 1993 als öffentliche Zeitung vertrieben. Der KB hatte sich kurz vorher gespalten: Die Mehrheit setzte auf eine Orientierung an der PDS und gibt bis heute die Zeitschrift *ak* heraus, *bahamas* war das Organ der Minderheit. *17° C* wurde 1991 vor allem von Ex-Autonomen gegründet und hatte wegen seines bezugs zur Kulturszene großen Erfolg und Einfluß. *17° C* hat mittlerweile ein theoretisches Niveau erreicht, dem kaum noch zu folgen ist. Was die Redaktion erreichen will, wird immer unklarer. Politische Artikel, die auf Debatten der Linken eingehen, und hier gab es z.B. im Rest-antideutschen Spektrum ja immerhin die Debatte zur Kritik von MigrantInnen an *konkret*, finden sich nicht. *bahamas*, das seit seiner Gründung konsequent ohne Bilder gestaltet wird (was hier aber *kein* Vorwurf sein soll), verkommt zusehends zu einem Organ obskurantistischer Adorno-Fans und verhinderter weltpolitischer Strategen und wird zu einem Ort seitenlanger marxistischer Textexegese, die einem, wenn man nicht gerade zu dem Thema promoviert, unzugänglich bleibt.

konkret ist die auflagenstärkste linke Monatszeitschrift und schon deswegen relevant. Sie fällt in der Qualität zusehends ab und hält peinlicherweise seit Jahren EMMA für "die" Frauenbewegung. Hatte sich *konkret* ab 1989 anderen Spektren der Linken geöffnet, bestimmt seit einigen Jahren Selbstähnlichkeit das Bild: Die selben Autoren schreiben immer wieder über die selben Themen. So lässt sich der Werbespruch von *konkret* "Lesen, was andere nicht wissen wollen" schon eher in "Lesen, was man sowieso schon weiß" abwandeln: Daß die Grünen doof sind, Deutschland scheiße und die PDS ostalgisch ist, weiß mensch mittlerweile. So what? Zu wem spricht *konkret*? Und vor allem: Was folgt daraus? *konkret* bleibt die Antwort schuldig.

Was ist mit *jungle world*, der Zeitung, die von Alt(-autonomen) und Jung(-demokratinnen) gerne gelesen wird? Ist sie kein *lesenswertes* antideutsches Medium? Auch wenn *jungle world* von allen genannten noch am ehesten auf der Höhe der Zeit ist, macht sich in ihr in letzter Zeit eine Beliebigkeit breit, die langsam einschläfernd wirkt. Allen außer *jungle world* ist ein männlich-weißer Blick eigen, besonders *konkret* und *bahamas*. Sie verfolgen ein klassisches Politikmodell, der Ort des Sprechens und Schreibens bleibt für die LeserInnen im dunkeln und in den Beiträgen unreflektiert, soziale Bewegung und Organisierung, die es ja trotz allen Niederganges der Linken noch gibt, kommen nicht vor. Die Debatte ist völlig eurozentriert, Beiträge aus einer internationalen Debatte, aus der mensch vielleicht lernen könnte, finden keinen Eingang in die Publikationspraxis.

Der Niedergang der Antideutschen ist deswegen tragisch, weil sich ihre Analysen erst heute bestätigen (Kriegseinsatz, 68er als rechte Schrittmacher, etc. pp etc. pp.) und vor allem, weil er all den Steinzeitlinken und Knallköpfen, die die Antideutschen *noch nie* leiden konnten, einen späten Triumph ermöglicht. So wird die linke Publikationslandschaft, die schon gähnend langweilig ist, noch unerträglicher, und die Linke kann entweder "breit" über die (Notwendigkeit einer) Wiederkehr des Keynesianismus streiten, oder an kleinen, tendenziell marginalisierten Orten, unermüdlich versuchen, eine neue öffnende Debatte in Gang zu setzen.

bahamas, Postfach 62 06 28, 10796 Berlin (ca. 60 S., 7,50 DM) - 17° C, Susannenstr. 14d, 20357 Hamburg (ca. 84 S., 7,50 DM) - konkret, am Kiosk (68 S., 8 DM)

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus
und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard,
Iris Bockermann, Bernd Hüttner,
Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Harry Loges
Cover: design by markovits
Druck: Gegendruck,
Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

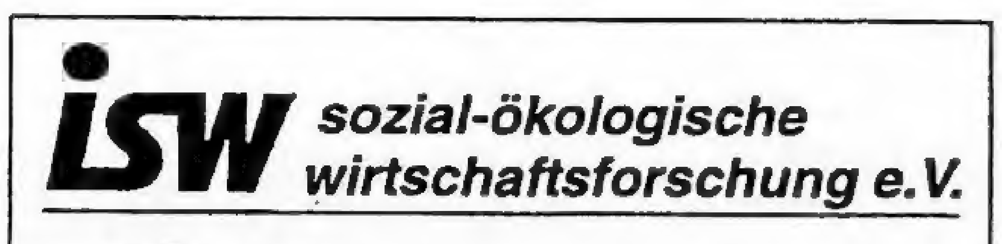
Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.

Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.



analysen
fakten & argumente

isw-report
erscheint vierteljährl., 5,- DM + Versand
Jahresabo incl. wirtschaftsinfo: 30,- DM

Süd-Globalisierung (Nr. 36, Aug. 98)

Weltwirtschaftskrise ?!
(Nr. 37/38, Nov. 1998), 8,- DM

Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende
Beiträge des 7. isw-forums
(Nr. 39, Febr. 1999), 5,- DM

isw-spezial
Energiesteuer – und dann?
(Nr. 10, April 97), 80 S., 8,- DM + Vers.

Die Krise in Rußland (Erweit. Kapitel zu Rußland aus report 37/38)
(Nr. 11, Nov. 98), 4,- DM + Vers.

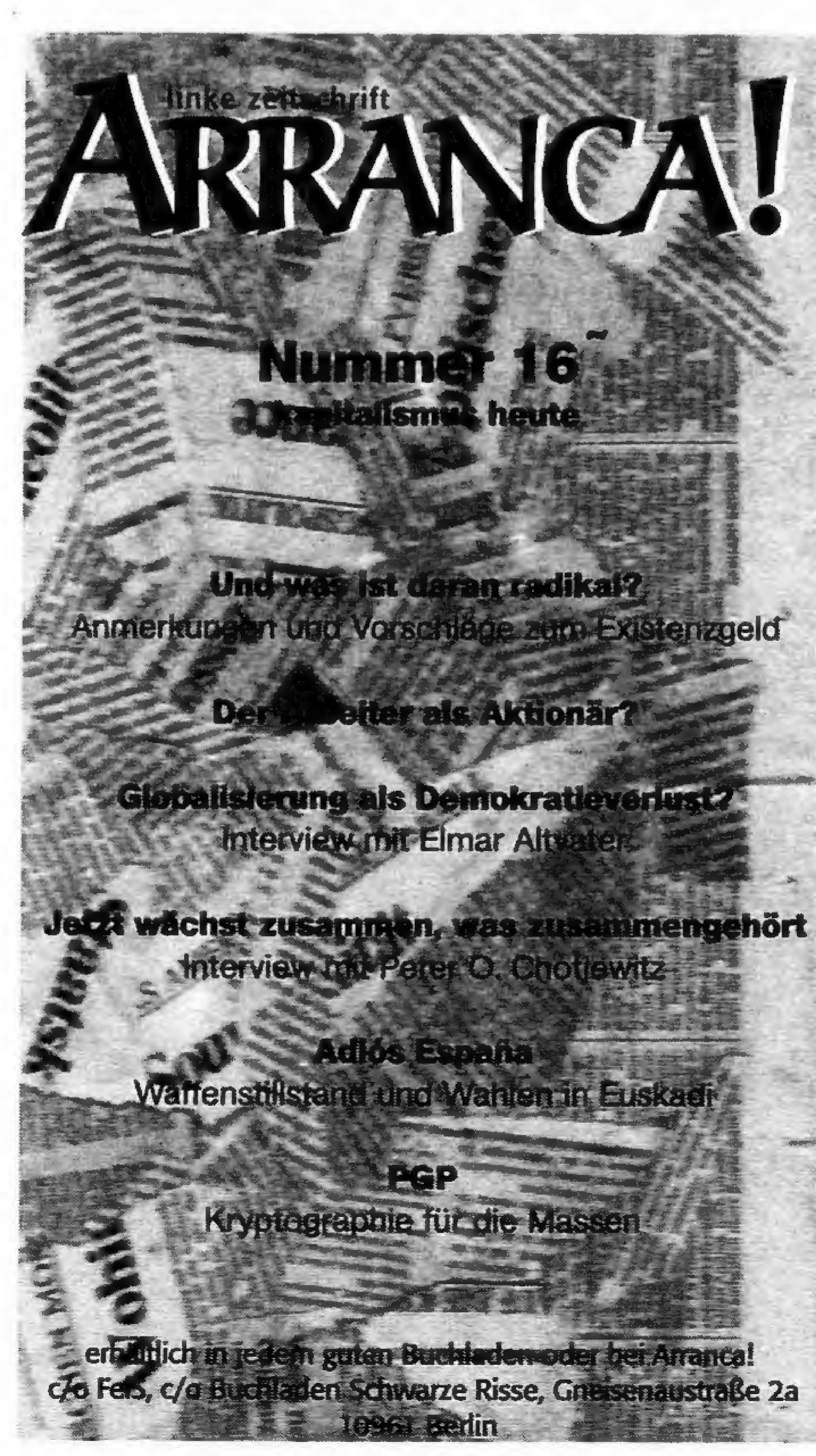


isw-wirtschaftsinfo
Fakten & Argumente
zu Produktion, Produktivität, Gewinne, Löhne, Investitionen, Pleiten, Fusionen ...
(Nr. 28, Febr. 99), DM 5,- + Vers.

isw-grafikdienst
Der Steuerskandal
(Nr. 3, Juni 96) 10,- DM + Versand
Armut und Sozialabbau
(Nr. 4, Jan. 97) 10,- DM + Versand
Arbeits-Los
(Nr. 5, April 98) 10,- DM + Versand

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren
isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15





Reflexionen einer Rebellion

Die mexikanische Zeitschrift ***Chiapas*** erscheint seit 1995.
An der Schnittstelle zwischen politischer und akademischer Analyse begleitet sie den Aufstand in Chiapas.
Die Zeitschrift mit etwa 200 Seiten in Buchform erscheint zweimal jährlich. Neben längeren Abhandlungen werden wichtige aktuelle und historische Dokumente abgedruckt.
Regelmäßige AutorInnen sind John Holloway, Javier Elorriaga, Luis Hernández Navarro, Carlos Monsiváis, Bolívar Echeverría, Antonio García de León, Ana Esther Ceceña u.a.

Chiapas Nr. 6 **(1998)**

Alejandro Toledo
Hacia una economía política de la biodiversidad y de los movimientos ecológicos comunitarios
Edur Velasco y Richard Roman
Migración, mercados y pobreza en el Septentrión Americano
Rodolfo Uribe Iniesta:
El cuestionamiento de los sujetos sociales como lectura de la rebelión chiapaneca
Ramón Vera Herrera
Veredas para retomar nuestro camino
Francisco Pineda
Vaciar el mar: la guerra y la crisis del estado
Ana Esther Ceceña
De cómo se construye la esperanza

Ein Abonnement der Zeitschrift ***Chiapas*** für drei Ausgaben (Spanisch) ab Nr. 6 kostet 39 DM und verlängert sich nicht automatisch!
Die Einzelhefte Nr. 4 und Nr. 5 kosten je 13 DM.

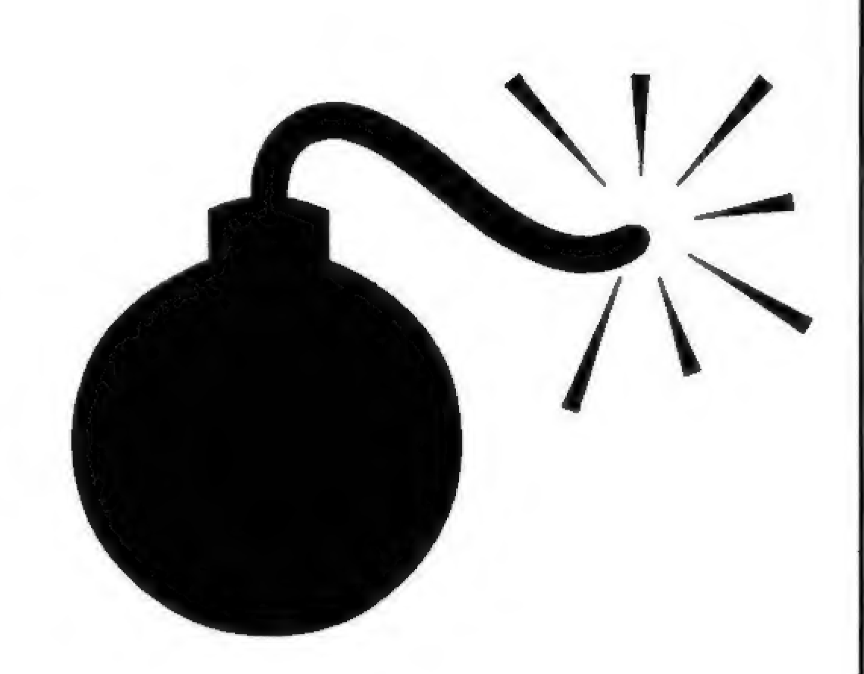
Bestellungen an:
Penumbra
Dritte-Welt-Haus
Falkstraße 74
60487 Frankfurt am Main
gensler@wiwi.uni-frankfurt.de

antimilitarismus information

Es ist Krieg.

4/99

ami



monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). ***Probeheft gratis***
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ami.html Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

DER VERLAG MIT DEN BESONDEREN SEITEN ...

AbL VERLAG

Agrar Bündnis

Der kritische Agrarbericht 1999

Das AgrarBündnis sind Landwirtschafts-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Verbraucher- und Dritte-Welt-Organisationen.

Gemeinsames Ziel ist es, umfassende agrarpolitische Perspektiven zu entwickeln und durchzusetzen.

Der kritische Agrarbericht bietet neben reichhaltigen Hintergrundinformationen und genauen Analysen auch praktische und agrarpolitische Handlungsansätze, die aus den Bedürfnissen und Debatten einer breiten gesellschaftlichen Basis heraus entwickelt wurden.

Ein aktuelles Jahrbuch und zeitloses Nachschlagewerk zugleich!

Unverzichtbar
- **für Vor- und Nachdenker**
- **für Politiker und Praktiker**
- **für alle, die an einer nachhaltigen Landwirtschaftsentwicklung interessiert sind!**

320 Seiten · 36,– DM
ISBN 3-930413-15-9

Bestellungen und günstige Abos der Berichte direkt beim Verlag:
ABL Bauernblatt Verlags-GmbH
Marienfelder Straße 14
33378 Rheda-Wiedenbrück
Tel. (05242) 48185 · Fax 47838

TERRE DES FEMMES

Frauen werden weltweit in ihren Menschenrechten verletzt. Wir setzen uns für sie ein. Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.

KSK Tübingen
Kto.-Nr. 881 999
BLZ 641 500 20
Nähere Infos bei:
TERRE DES FEMMES e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2565, D-72015 Tübingen
T. 07071/79 73-0, Fax 07071/79 73-22

Naturkatastrophe in Nicaragua

Spenden Sie für Soforthilfe und Wiederaufbau!

Konto 976 738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00
Stichwort: »Mitch«



Infobüro Nicaragua, Pf 101320, 42013 Wuppertal
Tel. 0202-300030, Fax 314346, eMail nica@wtal.de

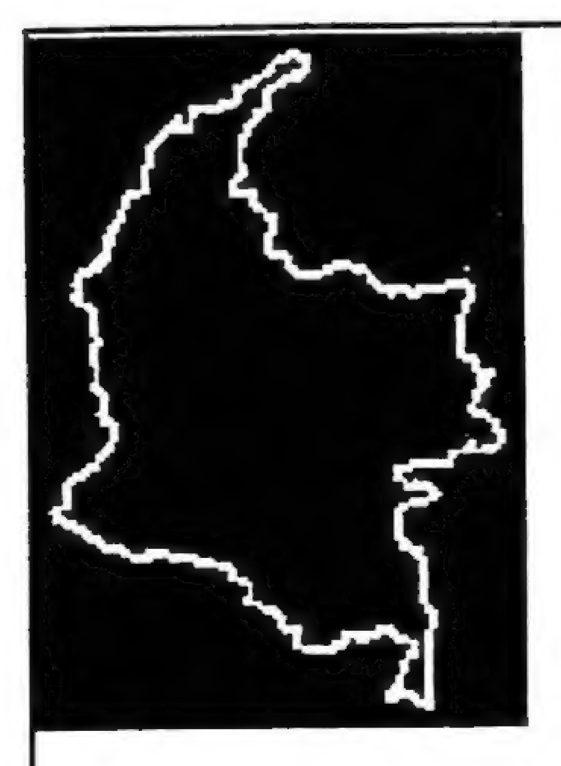
Nr. 28 Frühjahr 1999

BAHAMAS

Von Menschen- und Völkerrechten

Zum Stand der kurdischen Sache • Vom Mißgeschick des Demokratieretters: Pinochet • Eine kursorische Geschichte der UCK • Nachhut und Avantgarde: Rumänische Bergarbeiter • Hessenwahl: Jugend gegen Ausländer • Über den „Dritten Weg" • Vom Verschwinden des Gebrauchswerts zur politischen Ökonomie der Gerechtigkeit • u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse/Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44



Der Kolumbien Rundbrief

informiert über die Menschenrechtslage und politische Entwicklungen in Kolumbien, über die Arbeit der Basis- und Menschenrechtsorganisationen und über die Solidaritätsarbeit zu Kolumbien in der Bundesrepublik. Folgende Ausgaben sowie ältere Nummern sind erhältlich:

***Frieden ohne Menschenrechte?** (Berichte zur Menschenrechtslage) (RB 44/45, 12/98) * **Kein Friede ohne Gerechtigkeit - Menschenrechte in Kolumbien** (Broschüre, 12/98) * **Die Vertreibung - Menschen ohne Rechte** (RB 43, 12/97) * **Drogenkrieg in Kolumbien** (RB 42, 5/97) * **Landkonflikte und Menschenrechte** (RB 40/41, 9/96)*

Der **Kolumbienrundbrief** erscheint mit ca. 2 Ausgaben im Jahr und kostet im Abo DM 20.-, einz. DM 7.- plus Versand. **Bestellungen an:**

Kolumbiengruppe e. V. * Postfach 1347 * 72 603 Nürtingen * Tel./Fax.: 07022/36242.

Bezahlung: V-Scheck/Briefm. oder Überweisung auf das Konto Nr. 500660000, Volksbank Nürtingen, BLZ 612 90120.

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Bernhardstraße 12
28203 Bremen

12/ 100/ 1/225/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

/1989

heftezählen

:das ursprünglich angekündigte Heft „Do Not Lean Out – Grenzziehungen: Rassismus, Kultur, Ideologie" erscheint als Nummer 226

alaska

:internationalistisch.feministisch.links.anders.

Bestellen:
Abos
Probehefte
Plakate:
fon/fax 0421 - 72034

design by markovits